ll.Grundsätze			
1.	WIR HANDELN FÜR UNSER LAND		
1.1	Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen tragen dop- pelte Verantwortung		
1.2	Politik in Nordrhein-Westfalen		
1.3	Neue Herausforderungen für unser Land		
2.	UNSER WEG: DIE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT		
3.	KONSERVATIVE POLITIK BEDROHT DIE VIELFALT UND SCHAFFT NEUE PROBLEME, OHNE DIE ALTEN LÖSEN ZU KÖNNEN		
4.	OHNE FRIEDE IST ALLES ANDERE NICHTS		
4.1	An der Entspannungspolitik festhalten		
4.2	Solidarität mit den ärmeren Völkern ist lebens- notwendig		
4.3	Der Friede beginnt im eigenen Land		
5.	SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK FÜR NORDRHEIN- WESTFALEN		
5.1	Arbeit und Umwelt		
5.1.1 5.1.1.1 5.1.1.2 5.1.1.3	Sozialdemokratische Wirtschafts- und Arbeits- marktpolitik Politik des qualitativen Wachstums Arbeitszeitverkürzung Qualifizierende Arbeitsmarktpolitik		
5.1.2 5.1.2.1	Sozialdemokratische Umweltpolitik Aktionsprogramm gegen das Waldsterben		
5.1.2.3 5.1.2.4	Luftreinhaltung Lärmbekämpfung Bodenschutz Schutz der Lebensmittel		

#### 5.1.3 Technologiepolitik 5.1.4. Energiepolitik

5.1.2.6 5.1.2.7

Schutz der Lebensmittel Gewässerschutz und Wasserwirtschaft Abfallwirtschaft

5.2	Wohnen und Leben
5.2.1 5.2.1.1 5.2.1.2 5.2.1.3	Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen Schutz des Freiraums Arten- und Biotopschutz Naturnahe Landwirtschaft
5.2.2 5.2.2.1 5.2.2.2 5.2.2.3	
5.2.3 5.2.3.1 5.2.3.2 5.2.3.3 5.2.3.4 5.2.3.5	Behutsame und erhaltende Stadterneuerung Wirtschaftsgerechte und umweltfreundliche Ver- kehrswege Abschluß begonnener städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen Wiedernutzung leerstehender Fabrikgebäude Landesweiter Grundstücksfonds Sozial- und umweltgerechte Bodenpolitik
5.2.4 5.2.4.1 5.2.4.2 5.2.4.3 5.2.4.4 5.2.4.5 5.2.4.6	Wohnen Bestandserhaltung preisgünstigen Wohnraums und Modernisierung Sicherung der eigengenutzten Wohnung Mieterschutz Wohnungsbauförderung Kostengünstiges und flächensparendes Bauen Neue soziale Wohn- und Wohnungsbauformen/Wieder- belebung des Genossenschaftsgedankens
5.3	Demokratischer Staat - Staat der Freiheit
5.3.2.2	Sozialdemokratische Innenpolitik sichert Bürger- freiheit und schafft Sicherheit Den Rechtsfrieden bewahren Für ein liberales Demonstrationsrecht Besserer Datenschutz sichert Freiheitsrechte Rechtsreform statt Abbau von Rechten Die liberale Rechtspolitik in Nordrhein-Westfalen wird fortgeführt Freiheit und Liberalität brauchen ständige Reform- bereitschaft beim staatlichen Handeln Wir wollen mehr Demokratie wagen Mehr Demokratie in der Arbeitswelt Den technologischen Wandel wollen – aber ihn sozial beherrschbar machen Demokratie lebt in unseren Städten und Gemeinden
5.4	Die Solidarische Gesellschaft schafft wirkliche Chancengleichheit und Freiheit
	Bildung und Kultur Schule und berufliche Bildung Weiterbildung Hochschule und Forschung Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen Lebendigkeit und Vielfalt des kulturellen Geschehens in unseren Städten und Gemeinden Raum für neue Formen kultureller Aktivität Denkmalschutz und Stadtentwicklung

5.4.2 5.4.2.1 5.4.2.2 5.4.2.3 5.4.2.4 5.4.2.5	Sozialhilfe Solidarität der Generationen Gesundheitspolitik
5.4.3 5.4.3.1	Medien Eckwerte für ein Landesmedienkonzept
5.5	Öffentliche Finanzen
5.5.1	Solide Finanzwirtschaft mit Stetigkeit und Augenmaß
5.5.1.1 5.5.1.2	Ursachen der Finanzkrise
5.5.1.3 5.5.1.4	Haushaltspolitik der kommenden Jahre Verantwortung des Bundes
5.5.1.5 5.5.1.6	Sozialdemokratische Strategie der Konsolidierung
5.5.1.7	
5.5.2 5.5.2 1	Kommunalfinanzen Ursachen der Finanzkrise in den Gemeinden
5.5.2.2	Nordrhein-Westfalen steht zu seinen Städten und Gemeinden
5.5.2.3	
5.5.3	Gegen den Irrweg der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen
5.5.4.1 5.5.4.2 5.5.4.3 5.5.4.4	Für eine gerechte Steuerpolitik Steuerliche Schlupflöcher verstopfen Steuerliche Förderung von Eigenheimen und Eigen- tumswohnungen Familienlastenausgleich Reform der Lohn- und Einkommenssteuer
6.	WIR IN NORDRHEIN-WESTFALEN: GEMEINSAM SCHAFFEN WIR ES
6.1	Verantwortung für unser Land
6.2	Wir sind das Gegengewicht zur Bonner CDU-Regierung
6.3	Wer erhalten will, muß verändern
6.4	<u>Die SPD in Nordrhein-Westfalen: Die offene Volks-partei</u>

<u>Wir k</u>ämpfen um die Mehrheit

6.5

# 1. WIR HANDELN FÜR UNSER LAND

Wir in NRW

Gegen die Wende

Wohlstand und Sorgen

Frieden statt Krieg

Arbeit und Umwelt

#### 1.1 <u>Sozialdemokraten in Nordrhein-West-</u> falen tragen doppelte Verantwortung

Die Bürger in Nordrhein-Westfalen haben der SPD die absolute Mehrheit der Mandate im Landtag gegeben. Sie wollen, daß unser Land sozialdemokratisch regiert wird: Als ein Land der großen Möglichkeiten. Ein Land der Vielfalt und Toleranz, das für 17 Millionen Menschen zur liebenswerten Heimat wurde. Nordrhein-Westfalen: ein Land mit guten Zukunftschancen. Sozialdemokraten mit ihren Ministerpräsidenten Heinz Kühn und Johannes Rau haben es seit 1966 entscheidend geprägt.

In dieser Regierungsverantwortung ist die SPD zugleich das kraftvolle Gegengewicht zur Bonner CDU-Regierung: Kernstück der Sozialdemokratie, die in der ganzen Bundesrepublik gegen die falsche Politik der Konservativen streitet. Die Arbeit der Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wirkt weit über die Landesgrenzen hinaus: Als ein Teil einer großen Vertrauensarbeit, auf deren Fundament die SPD auch im Bund die Regierungsverantwortung zurückgewinnen muß.

Dieser doppelten politischen Verantwortung stellen sich die Sozialdemokraten in einem geschichtlichen Abschnitt, der den Menschen viele Probleme und schwierige Widersprüche aufgibt:

- Einerseits lebt die Mehrheit unserer Bürger in bisher nie erreichtem Wohlstand. Andererseits wächst die Zahl derer, die sich um ihre materielle Existenz und Zukunft sorgen.
- Einerseits häuft unsere Industrienation gesellschaftlichen Reichtum an, andererseits bedrohen wir durch unsere Produktionsmethoden mehr und mehr die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen.
- Obwohl wir in Mitteleuropa seit nahezu vier Jahrzehnten von Krieg verschont sind, empfinden die Menschen in beiden Teilen Deutschlands die steigende Gefährdung des Friedens durch den Wahnsinn des Wettrüstens.
- Obwohl unsere Gesellschaft einen riesigen Bedarf an Arbeitsleistungen hat
- zum Beispiel für den Umweltschutz, die Erhaltung und Erneuerung der Städte, für neue Energiespartechniken, für soziale Arbeit -, geraten immer mehr arbeitsfähige Frauen und Männer in Arbeitslosigkeit. Den Staat kostet das Unsummen, die besser zur Finanzierung von Arbeit ausgegeben werden sollten.

Sozialdemokraten widersetzen sich der konservativen Politik, die nur einer Minderheit das Tor zur Zukunft öffnen will. Sie widerstehen der Gefährdung des Friedens im Inneren und nach außen. Sie kämpfen gegen soziale Ungerechtigkeiten und gegen Umverteilung von unten nach oben. Sie streiten für mehr Demokratie.

Was Sozialdemokraten erstreben, trägt einen einfachen Namen von hohem Anspruch: Soliderische Gesellschaft. Sie gilt es aufzubauen und zu festigen, damit die Menschen durch gemeinschaftliches Handeln bestehen.

Die Solidarische Gesellschaft ist die moderne Antwort auf die Fragen, vor die uns Krisen und Widersprüche unserer Zeit stellen. Sie ist die kämpferische Antwort auf Rückschritt oder Resignation. Sie bleibt die Alternative zur Ellenbogengesellschaft, das Gegenstück zu dem Versuch der Konservativen und ihrer Helfer, auf Kosten der vielen die Privilegien weniger zu mehren.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen stehen dafür ein, daß unser Land sozial und tolerant bleibt. Deshalb erstrebt die SPD auch bei der nächsten Wahl eine Bestätigung ihrer klaren Mehrheit. Die SPD wirbt um die Stimmen all derer, die die Solidarität der Gemeinschaft brauchen, und derjenigen, die Solidarität in der Gesellschaft wollen.

Nordrhein-Westfalen steht gegen den konservativen Rückschritt, der jetzt durch die Bonner CDU-Regierung Raum gewinnt. Denn das haben selbst diejenigen nicht gewollt, die - weil sie den ökonomischen Versprechungen von damals glaubten - bei der Bundestagswahl 1983 CDU wählten: Sie haben gewiß nicht den gesellschaftlichen Rückschritt wählen wollen. Sie haben nicht gewollt, daß ihnen die überholten Traditionen aus den 50er Jahren nunmehr übergestülpt und daß ihnen moralische und kulturelle Maßstäbe aufgezwungen werden, die sie längst für überwunden hielten.

Sozialdemokraten wiederholen: Wir in Nordrhein-Westfalen bilden ein starkes Gegengewicht durch

- unsere Wirtschaftspolitik, die Zukunftsindustrien durch gezielte Hilfen fördert, ohne die traditionellen Branchen und deren Modernisierung zu vernachlässigen;
- unsere Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die in Teilbereichen die Folgen unsozialer Einschnitte der Bonner CDU-Regierung zu mildern versucht;

Solidarische Gesellschaft

Klare Mehrheit für die SPD

Gegen den konservativen Rückschritt

Unser Angebot für eine soziale Politik

- unsere Umweltschutzpolitik, die jetzt handelt und das Notwendige nicht auf morgen vertagt;
- unsere Bildungspolitik, die auch dazu geführt hat, daß sich die Chancen für Arbeitnehmerkinder und vor allem für Mädchen erheblich verbessert haben und daß in den Universitäten unseres Landes die meisten Arbeiterkinder studieren;
- unsere Wohnungs- und Städtebaupolitik, die sich an den Bedürfnissen der Bewohner und an ihren materiellen Möglichkeiten orientiert;
- unsere liberale Innenpolitik und Rechtspolitik, die Bürgerfreiheit sichert und Sicherheit schafft, die den inneren Frieden bewahrt;
- unsere Politik für Frauen, die gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Frauen vor weiteren Benachteiligungen bewahrt.

Unser Land muß sozial bleiben, modern und freiheitlich. Darum bittet die SPD die Wählerinnen und Wähler abermals um klare Verhältnisse: Sozialdemokraten wollen für die Solidarische Gesellschaft erneut eine klare Mehrheit.

#### 1.2 Politik in Nordrhein-Westfalen

Unser Land Nordrhein-Westfalen ist das Herz der Bundesrepublik.

Nordrhein-Westfalen ist das bevölkerungsreichste Bundesland, hier ist die Energiebasis der Republik, der Standort der Schwer- und Großindustrie, aber auch das Land mit den meisten mittelständischen Unternehmen. Ohne uns wäre die Bundesrepublik nicht, was sie ist.

Denn Nordrhein-Westfalen trägt viel Verantwortung für alle: zum Beispiel die Last der Kohlevorrangpolitik, die wir im Interesse der nationalen Energiesicherung tragen und die uns besondere Anstrengungen zur Verhinderung der Umweltverschmutzung aufbürdet. Nordrhein-Westfalen erwartet, daß die besonderen Leistungen und Lasten, die es in den Aufbaujahren und bis heute stellvertretend für andere vor allem zur Sicherung der nationalen Energieversorgung auf sich genommen hat, endlich honoriert werden. Die Probleme der Kohle sind jedenfalls mit unverbindlichen Absichtserklärungen Bundesregierung nicht zu lösen. Wir fordern die konkrete Solidarität des Bundes und der Länder, denn Nordrhein-Westfalen hat Probleme zu bewältigen. andere Bundesländer nicht oder nicht in diesem Ausmaß belasten.

Wir tragen Verantwortung für alle

Vorrang für Kohle

Aber Nordrhein-Westfalen ist nicht nur ein Land der Industrie. Unser Land beherbergt eine reichhaltige und anregende Kultur. Das zeigen Vielfalt und Quaseiner Hochschulen, Theater, Opernhäuser und Museen. Der Reichtum, den die Menschen dieser Region erarbeiten, soll ihnen auch weiterhin zugute kommen. Sozialdemokraten haben dafür gesorgt, daß Nordrhein-Westfalen in die eigene Zukunft investiert und stetig die Lebensbedingungen der Bürger verbessert: Im Verkehr und im Wohnungsbau, im Bildungsangebot und durch soziale Einrichtungen vielfältiger Art. An diesem Programm zur Sicherung der eigenen Zukunft müssen wir festhalten.

Unsere vielfältige Arbeits- und Kulturlandschaft bedeutet für die Bundesrepublik gewiß auch eine große Chance: Nordrhein-Westfalen mit seinem Ruhrgebiet kann weltweit die einzige traditionsreiche Industrieregion sein, in der der Modernisierungs- und Erneuerungsprozeß in einem relativ kurzen Zeitraum erfolgreich gelingt.

Auf diesem Weg ist der soziale Friede ein hohes Gut. Gemeinsam mit den Gewerkschaften werden wir pfleglich damit umgehen. Wir in Nordrhein-Westfalen wissen: Technischer Fortschritt ist nur dann wirklich ein Fortschritt, wenn er humen gesteltet und immer wieder mit sozialem Fortschritt verbunden wird.

#### 1.3 Neue Herausforderungen für unser Land

Eine hochentwickelte Industriegesellschaft wie die Bundesrepublik Deutschland besitzt die Kraft, ihre Bürger vor materieller Not zu schützen. Ihr stehen fast unbegrenzte Möglichkeiten der Technik zu Gebote. Sie verfügt über ein reiches Angebot an Bildung und Information.

hohe Wohlstandsniveau wurde erreicht durch ein historisch einmaliges Wirtschaftswachstum nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Das "Wirtschaftswunder" der 50er Jahre wuchs aus den Trümmern unseres kriegszerstörten Landes. Wer heute den jungen Menschen nur diese eine Aufbauphase vorhält, schiebt eine der wichtigsten, die leidvollste Voraussetzung dieses schaftswunders bewußt beiseite: die ihm vorausgegangene Zerstörung unseres Landes. Wer uns nur die 50er Jahre heute zum Vorbild machen will, der unterschlägt vor allem die Vergangenheit, die diese vorbildliche Aufbauleistung nötig machte.

## Land der Kultur

Modern aus der Tradition

Sozialer Friede

Aufbau aus der Zerstörung

# Sorgsame Zukunftspolitik

Maschinen im Dienst der Menschen

Der Reichtum steht allen zu

Wer auch unter den heutigen Bedingungen weiterhin quantitatives Wachstum ohne Wenn und Aber zum Allheilmittel für die sozialen Probleme machen möchte, ist weder einfallsreich noch modern: Er klammert sich an die Hoffnungen von gestern und kapituliert vor den Notwendigkeiten von heute. Wohlstand und Fortschritt heute verlangen mehr. Sie fordern ein Wachstum, das die Qualität des Lèbens nicht mindert. Sie erzwingen Produktionsmethoden, die unsere Umwelt schonen und unsere Energiequellen sparsam nutzen. Wohlstand und Fortschritt müssen in einer großen solidarischen Anstrengung neu erarbeitet und gesichert werden. Es gibt keinen Grund, anzunehmen, daß Industriegesellschaften unfähig wädiese Aufgabe zu meistern und die Beschäftigungskrise zu bewältigen. Was aber ist dazu nötig? Sozialdemokraten meinen, daß es nicht ausreicht, technische und ökonomische Veränderungen einfach auf sich zukommen zu lassen. Wir müssen uns wirtschaftlich und sozial rechtzeitig auf den Wandel einstellen und planvoll gestalten. Diese müssen wir gemeinsam beantworten.

Die technische Entwicklung birgt Risiken für viele Menschen und ihre ange-stammten Arbeitsplätze, aber in ihr liegen auch neue große Chancen. Bei uns wird die künftige Arbeitsteilung zwischen Technik und Menschen maßgeblich neu bestimmt. Sozialdemokraten werden ihren Teil beitragen, damit technischer Fortschritt sich nicht gegen die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wendet, damit Menschen der Maßstab für Maschinen bleiben - und nicht umgekehrt. Technischer Fortschritt ist kein Selbstzweck. Er dient zwei Zielen von gleichem Rang: Die Konkurrenzfähigkeit unserer schaft zu verbessern und zugleich die Lebensqualität unserer Bürger und Bürgerinnen zu erhöhen. Dabei ist sehr ernsthaft zu bedenken, welche Folgen es haben könnte, wenn in naher Zukunft nicht mehr vor allem die Menschen, sondern die Maschinen Produkte erzeugen wirtschaftliche Werte schaffen. folgt aus der Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit, daß an die Stelle einer mit dem arbeitenden Menschen verbundenen Technik zunehmend eine vom Menschen abgelöste Technik treten und zur Quelle gesellschaftlichen Reichtums wird? Moderne Politik darf die Antwort auf solche Fragen, die sich aus diesem Zusammenhang schon heute dem Sozialstaat stellen, gewiß nicht verweigern, wenn sie nicht mitschuldig werden will, daß über kurz oder lang der innere Friede ernstlich in Gefahr gerät.

Vicle Bürger haben Zweifel, ob die politischen Institutionen in der Lage sein werden, die Probleme zu lösen. Manche zweifeln selbst am politischen System. Sozialdemokraten gehen an veränderten Orientierungen nicht achtlos vorüber. Sie sind allerdings entschlossen, für die Glaubwürdigkeit ihrer Politik zu werben, die auf planvolle Gestaltung ausgerichtet ist und dafür die Zustimmung im demokratischen Gemeinwesen sucht.

Den Menschen wird eines immer deutlicher bewußt: Wir alle zusammen bilden eine Lebens- und Überlebensgemeinschaft. Eine Gesellschaft, in der - gemäß der konservativen Ideologie in den 50er Jahren - die Ellenbogen der jeweils Stärkeren den Ausschlag gäben, könnte niemals allen Menschen eine gute Zukunft schaffen. In schwierigen Zeiten brauchen wir alle mehr Solidarität, nicht weniger Solidarität.

Unser Leitbild der Solidarischen Gesellschaft strahlt in zwei Richtungen:

In der Tradition der Arbeiterbewegung ist Solidarität zum einen das wichtigste Mittel der Schwächeren, ihre Interessen in der Auseinandersetzung mit den Mächtigen zu vertreten. Ohne das organisierte gemeinsame Handeln der Arbeitnehmer wäre es nicht gelungen, die Situation der arbeitenden Menschen zu verbessern. Der von Sozialdemokraten eingeleigesellschaftspolitische schritt hat die Unabhängigkeit vieler einzelner gestärkt. Die grundsätzliche Interessenlage der arbeitenden Menschen und ihrer Angehörigen ist aber gleich geblieben: gerade in Zeiten verschärfter Verteilungskonflikte sind sie aüf Solidarität besonders angewiesen.

Solidarität ist zum anderen die bewußte Hinwendung des Starken zu jenen, die ohne Hilfe und Unterstützung verloren wären. Ohne diese Form von Solidarität würde unsere Gesellschaft kalt und unmenschlich, der Wunsch nach einem menschlichen Miteinander bliebe ein leeres Wort.

Auch der selbstbewußte Bürger, der materiell abgesichert ist und die sozialen Sicherungssysteme nicht zu benötigen scheint, ist gefährdet in einer Gesellschaft, in der soziale Ungerechtigkeit herrscht und Unterprivilegiertheit billigend in Kauf genommen wird. Die Starken und Leistungsfähigen von heute sind die Schwachen und Älteren von morgen.

# Glaubwürdig und planvoll handeln

2. UNSER WEG: DIE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

Unser Leitbild: Solidarität

> Menschliche Gesellschaft

Sozial und modern

Chancengleichheit

Den Alten helfen

Die Jüngeren fördern

Wer hilft ihnen, wenn nicht eine nachwachsende Generation die Solidarität gelernt hat? Solidarität zu gewähren eine Rückversicherung für Fall, daß man Solidarität braucht. Die solidarische Gesellschaft ist ein Überlebensprinzip, das auf Gerechtigkeit Würde des Menschen und baut. Die solidarische Gesellschaft ist der Weg, auf dem zugleich der Friede mit der Natur gefunden und erhalten werden kann.

Sozial ist nicht nur vernünftig und menschenwürdig, also modern. Ebenso ist richtig, daß unsere Gesellschaft es sich "gar nicht leisten kann", unsozial sein. Sozialer Friede hat auch einen hohen ökonomischen Wert.

Die Solidarische Gesellschaft ist untrennbar verbunden mit dem Auftrag, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen, Chancengleichheit aller Bürgerinnen und Bürger zu schaffen und Partnerschaft zwischen Männern und Frauen zu verwirklichen.

Wir können nicht nur, wir müssen eine vernünftige steatliche Politik unterstützen, die aus diesen Grundsätzen Konsequenzen zicht. Mehrung des Wohlstandes und eine gerechte Verteilung von sozialen Chancen, Einkommen und sozialer Sicherheit gehören in der Solidarischen Gesellschaft untrennbar zusammen. Die sozialen Sicherungssysteme sind Teil dieser Solidarität. Der Staat muß dafür sorgen, daß sie erhalten bleiben.

Wichtig aber bleibt vor allem: Die älteren Mitbürger, die unser Land aufgebaut haben, müssen sich auf die Solidarität verlassen können. Sie haben einen Anspruch auf Leistungen, die sie sich erarbeitet haben und die ihnen deshalb zustehen. Sozialdemokraten stehen dafür ein, daß dieser Anspruch nicht geschmälert wird. Die älteren Mitbürger müssen sicher sein können, daß ihnen nichts genommen wird, was ihrer erbrachten Leistung entspricht.

Mit den heute jüngeren Menschen aber muß die Diskussion darüber neu begonnen werden, wie sie sich die Sicherung ihres Alters vorstellen. Ihnen kann und muß zugemutet werden, die finanziellen Grenzen, an die unsere Sozialversicherungssysteme stoßen, in Reformpläne einzubeziehen. Die nachfolgenden Generationen sollen rechtzeitig wissen und darüber mitentscheiden können, was sie für ihre soziale Sicherheit leisten müssen und wollen, um ebenso gesichert zu sein wie die heutigen älteren Menschen.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen ist politische Heimat derjenigen, die Solidarität brauchen, und derjenigen, die Solidarität wollen. Nordrhein-Westfalen kann und soll die politische Heimat der Solidarischen Gesellschaft sein.

Deshalb gilt unverändert die Aussage Wahlprogramms zur Landtagswahl 1980: "Wir Sozialdemokraten stehen für soziale Gerechtigkeit, für freie Entfaltung, für Sicherheit aller Bürger. Leistung und dauerndes Ziel der Sozialdemokratie ist es, den Kampf für soziale Rechte und den Kampf für geistige Freiheit miteinander zu verbinden: das eine ist ohne das andere wirkungslos. Sozialdemokraten erfüllen diese doppelte Aufgabe. Sie vertreten gleichermaßen die Interessen der arbeitenden Menschen wie die Interessen aller Menschen, die geistige Freiheit in einer offenen Gesellschaft wollen. Dieses Bündnis der Vernunft ist die Voraussetzung für den Erfolg der Sozialdemokratie."

Die konservativen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland reagieren auf die
neuen Herausforderungen mit den Rezepten der 50er Jahre. Dieser Weg ist
falsch. Wohin er führt, können wir seit
einiger Zeit beobachten: Konservative
Wirtschaftspolitik zerstört die Solidargemeinschaft, vermehrt die bestehenden

Seit der konservativen Wende im Bund erlebt unser Land eine fortschreitende Umverteilung: Millionen wird viel genommen, wenigen wird besonders viel gegeben. Das ist Klassenkampf von oben.

Probleme und behindert ihre Überwin-

duna.

In einem solchen Klima können die notwendigen Prozesse ökonomischer Umstrukturierung nicht gelingen. Kreative
menschliche Intelligenz kann sich für
humane Zwecke nur in einem liberalen
und offenen Klima entfalten, sie ist ohne Mitverantwortung und Beteiligung nur
schwer denkbar. Die Konservativen verspielen das größte ökonomische Kapital,
das wir haben: motivierte, zur Mitarbeit und Mitverantwortung bersite Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen.

Der Rückzug des konservativ beherrschten Staates aus seiner Verantwortung für die aktive Gestaltung der Zukunft, vor allem aus seiner Verantwortung für die Arbeitsplätze, ist mit dem Sozialstaatsgebot unseres Grundgesetzes nicht vereinbar.

NRW ist diese Heimat

3. KONSERVATIVE POLITIK
BEDROHT DIE VIELFALT
UND SCHAFFT NEUE
PROBLEME, OHNE DIE
ALTEN LÖSEN ZU KÖNNEN

Gegen Rezepte der 50er Jahre

Klassenkampf von oben

## Gleiches Recht für alle

Das Gesellschaftsbild der Konservativen geprägt vom Vorrecht des Stärkeren; von der Ideologie, wonach die Leistungsfähigsten sich eben durchsetzen und die anderen auf der Strecke bleiben. Leistungsbegriff ist aber nur eine Hülle: Darin verbirgt sich die Anbetung des Erfolgreichen, ohne daß nach dem Zustandekommen, dem Wie des Erfolges fragt wird. Das Gesellschaftsbild der Konservativen ist geprägt von einer Familienideologie, die Partnerschaft und gemeinsame Verantwortung außer läßt und Frauen mit "Heimchen-am-Herd"-Parolen aus dem Arbeitsleben horausdrängen will.

Die zunehmende Neigung der Konservativen zu moralisierender Intoleranz und die wachsende Unfähigkeit zu demokratischen Kompromissen empfinden wir als unerträglich und politisch gefährlich. Geradezu kriegswissenschaftlich werden Diffamierungskampagnen gegen den politischen Gegner geplant und ohne Rücksicht auf die Schädigung unseres demokratischen Gemeinwesens durchgezogen.

Durch den Versuch der konservativen Restauration, den die Konservativen Wende nennen, droht in unserem Land eine Phageistiger Enge, obrigkeitsstaalichen gesellschaftlicher Unduldsam-Gehabes, keit. Was wir an Freiraum des Denkens und Handelns geschaffen haben, soll wieder geschlossen werden. Die Bonner CDU-Regierung will die persönliche Freiheit überall dort schmälern, wo diese Freiheit sich dem Autoritätsanspruch dieses konservativen Staates oder den Privilegien der wenigen nicht ohne weiteres unterordnen möchte: Zum Beispiel in der Kunst, im Recht auf Meinungsäußerung, beim Datenschutz.

Sozialdemokraten widersetzen sich mit aller Kraft diesem Rückfall. Nordrhein-Westfalen ist das Gegengewicht zur konservativen CDU-Regierung. Sozialdemokraten wachen darüber, daß die Institutionen des Staates von den Konservativen nicht zur parteipolitischen Herrschaftsabsicherung und zur Durchsetzung ihrer Gesellschafts- und Moralvorstellungen mißbraucht werden. Wiedererwachende Elemente obrigkeitsstaatlichen Verhaltens sind Ursache für wachsende Staatsverdrossenheit.

Sozialdemokraten wollen einen handlungsfähigen Staat, der von der Zustimmung und Sympathie der Menschen getragen ist. Nur so kann der Staat wirksam nach freiheitlichen, toleranten, sozialen und solidarischen Prinzipien die Gesellschaft organisieren.

Geistige Enge droht

Gegen den Obrigkeitsstaat Die Menschen in unserem Land wissen: Politik der Konservativen bedroht Vielfalt und Toleranz, zerstört soziale Übereinstimmung, untergräbt den inneren Frieden. Der konservative Staat schafft neue Probleme, ohne die alten lösen zu können.

# Für Vielfalt und Tolera**n**z

#### 4.1 An der Entspannungspolitik festhalten.

Friede ist nicht alles im Leben der Menschen, aber ohne Friede ist alles andere nichts. Im Zeitalter atomarer Massenvernichtungsmittel wäre ein Krieg im Herzen Europas das Ende jeder sinnvollen menschlichen Existenz; am meisten betroffen wären die Menschen in beiden deutschen Staaten. Deshalb halten Sozialdemokraten an der Entspannungspolitik fest und stellen ihre Politik unter die übergreifende Verpflichtung, aktiv an einer dauerhaften Friedensordnung mitzuarbeiten.

Die konservative Bundesregierung hat durch ihr Verhalten im Zusammenhang mit den Genfer Verhandlungen die Erfolge der Entspannungspolitik für lange Zeit verspielt. Es droht die Gefahr eines neuen Kalten Krieges.

Verantwortliche Politik muß Wege aus der Gefahr aufzeigen und sie auch gehen. Während in den 70er Jahren die damalige konservative Opposition die Friedens- und Entspannungspolitik erbittert bekämpfte, steht der heutigen Regierung eine Opposition gegenüber, die konstruktiv die Friedens- und Entspannungsinteressen unseres Volkes vertritt. Sozialdemokraten sind davon überzeugt, daß der Friede durch immer mehr Massenvernichtungsmittel nicht erhalten werden kann, sondern stärker gefährdet wird. Sozialdemokraten lehnen Produktion und Lagerung biologischer und chemischer Kampfstoffe in unserem Land ab. Sie lehnen die Stationierung neuer US-Mittelstrekkensysteme auf dem Boden der Bundesrepublik ab und fordern, die nuklearen Raketen auf beiden Seiten in Europa wieder abzubauen.

Dauerhafter Friede entsteht durch Verhandlungen, militärische Abrüstung und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die SPD tritt ein für die Ausweitung des Handels zwischen Ost und West, mit allen östlichen Nachbarn, weil auch solche Formen des gegenseitigen Interessenausgleichs Elemente der Entspannungspolitik und damit der Friedenssicherung

# 4. OHNE FRIEDE IST ALLES ANDERE NICHTS

Friedenspolitik steht obenan

Wege aus der Gefahr

Atomraketen abrüsten

# NATO für den Frieden

Deutsch-deutscher Austausch

Dritte-Welt-Politik in unserem Interesse

Mit den Kirchen

Friede im Innern

sind. Die SPD widersetzt sich den gefährlichen Konzepten, die glauben, man könne den Osten ökonomisch in die Knie zwingen.

Die Sozialdemokraten bekennen sich zum westlichen Bündnis. Die Landesverteidigung und die Bundeswehr, die einen Friedensauftrag hat, stehen für die Sozialdemokraten nicht zur Disposition.

Mit der DDR sollte auch unser Land zu einem intensiven Austausch kommen. Die SPD in Nordrhein-Westfalen strebt verstärkte Kontakte mit Bürgern der DDR und vermehrte kulturelle Kontakte an. Besondere Bedeutung messen wir dem Jugend- und Schüleraustausch zwischen den beiden deutschen Staaten bei.

# 4.2 <u>Solidarität mit den ärmeren Völkern</u> ist lebensnotvendig.

Sozialdemokraten lassen sich von der Idee der Solidarischen Gesellschaft nicht nur im innenpolitischen Bereich leiten. Solidarität ist Leitbild unserer Politik im Verhältnis zu den Menschen der sogenannten Dritten Welt. Solidarität besonders mit den armen und ärmsten Völkern ist lebensnotwendig für diese Menschen ebenso wie für uns, denn auch unsere Sicherheit und unser Wohlstand werden nicht erhalten bleiben, wenn wir uns nicht um gerechteren Interessensausgleich von Nord und Südbemühen.

Atomares Wettrüsten, Hochzinspolitik und Elend in der Dritten Welt hängen eng zusammen. Weltweit ist das Verhältnis von Ausgaben für Verteidigung zu Aufwendungen für Entwicklung ein Skandal. Wir fordern deshalb: Stopp der Hochrüstung überall in der Welt – auch in den Ländern der Dritten Welt. Die dadurch freiwerdenden Mittel müssen für den Ausbau der Entwicklungshilfe verwandt werden. Wir verlangen von jeder Bundesregierung, daß sie unablässig in diesem Sinne initiativ wird.

Für diese Politik werben wir Sozialdemokraten bei den Menschen. Wir finden dabei Partner bei den engagierten Christen und ihren Kirchen.

# 4.3 Der Friede beginnt im eigenen Land

friede nach außen kann nur Bestand haben, wenn wir den Frieden im eigenen Land erhalten und festigen. Bei vielen ist noch die Erfahrung lebendig, wic innerer Unfriede in Aggression nach außen umschlagen kann. Wer leichtfertig den inneren und sozialen Frieden riskiert, wer die Gesellschaft spaltet oder Teile ausklammert, der zerstört nicht nur den inneren Zusammenhalt unseres Gemeinwesens. Er gefährdet zugleich – bewußt oder unbewußt – den äußeren Frieden, denn er löst Prozesse aus, die leicht außer Kontrolle geraten können.

Deshalb ist es so wichtig, wie die Menschen in unserer Gesellschaft miteinander umgehen. Der Vorschlag der sozialdemokratischen Kultusminister und -senatoren der Länder Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen zur Friedenserziehung in der Schule eröffnet einen wichtigen Weg, Vorurteile und Feindbilder abzubauen, Verständnis für die Ängste des anderen zu wecken und Möglichkeiten friedlichen Zusammenlebens in unserem Land wie zwischen den Völkern weiter zu entwickeln.

Wir müssen den Frieden auch immer wieder bei uns selbst proben. Das Ziel ist Friedenserziehung nicht nur im Verhältnis zu den Menschen in den Nachbarländern, sondern auch Erziehung zur Friedfertigkeit im eigenen Land im Verhältnis der Nachbarn und zu Minderheiten in unserer Gesellschaft. Inneren Frieden kann es ohne sozialen Frieden, Duldsamkeit und Nächstenliebe nicht geben.

Für uns Sozialdemokraten gilt unverändert, was Gustav Heinemann gesagt hat: "Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem sich der Mann zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken lernte, sondern der Friede ist der Ernstfall, in dem wir uns alle zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr."

Unsere Vorstellung von einer Solidarischen Gesellschaft, unser Kampf gegen eine konservative CDU-Politik bestimmt unser Handeln in Nordrhein-Westfalen:

- Arbeit und Umwelt Ökonomie und Ökologie lassen sich nicht trennen
- Wohnen und Leben
- Demokratischer Staat Staat der Freiheit
- Die solidarische Gesellschaft schafft wirkliche Freiheit und Chancengleichheit.

# Erziehung zum Frieden

# "Friede ist der "Ernstfall"

# 5. SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK FÜR NORDRHEIN-WESTFALEN

# Umwelt und Industrie

# Gefährdete Lebensgrundlagen

#### 5.1 Arbeit und Umwelt .

Ökonomie und Ökologie lassen sich nichttrennen.

Unsere weitere Entwicklung muß ökonomischen und ökologischen Notwendigkeiten gleichermaßen entsprechen. Arbeitsplätze und Einkommenssicherung sowie Schutz unserer natürlichen Lebensbedingungen sind keine Gegensätze, sondern sie bedingen einander. Ökologische Probleme in hochindustrielisierten Gesellschaften bedürfen zu ihrer Lösung ökonomischer Mittel, die wirtschaftliche Entwicklung wird ohne Sicherung der Umwelt an Grenzen stoßen.

In den letzten Jahrzehnten hat die Produktion von Gütern und Dienstleistungen in historisch einmaligem Maße zugenommen. Der Fortschritt der Technik war Motor dieser Entwicklung. Gleichzeitig sind völlig neue Gefahren für den Menschen entstanden, denn Technik kann Nutzen und Schaden stiften.

Die Steigerung von Produktion und Konsum wurde mit dramatisch steigenden Belastungen der natürlichen Umwelt, mit Raubbau an Ressourcen und Verschwendung von Energie erkauft.

Inzwischen hat die Belastung der natürlichen Umwelt ein Ausmaß erreicht, das vielfach ihre Regenerationsfähigkeit übersteigt.

Besonders gefährdet sind die natürlichen Lebensgrundlagen in einem so dicht besiedelten Industrieland wie Nordrhein-Westfalen. Sterbende Wälder, der unwiederbringliche Verlust vieler Pflanzen- und Tierarten, erhebliche Belästigungen der Menschen durch Lärm und Luftverschmutzung, die Anreicherung von Schwermetallen im Boden und steigende Nitratbelastung des Grundwassers sind nur einige Beispiele.

Damit stößt die bisherige Art unseres Wirtschaftens an Grenzen, die durch die Endlichkeit des Raumes, die Endlichkeit der Rohstoff- und fossilen Energiequellen sowie die Regenerationsfähigkeit des Naturhaushaltes bestimmt sind.

Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik sind untrennbar verzahnt. Sie verschmelzen beim gesellschaftlich verantwortlichen Umgang mit Technik und Energie.

5.1.1 Sozialdemokratische Wirtschaftsund Arbeitsmarktpolitik Wirtschaftspolitik für Nordrhein-Westfalen zielt ab auf realistische Wohlstandssteigerung und die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit für Frauen und Männer.

Voraussetzungen einer solchen Wirtschaftspolitik sind

- Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die optimale Ausbildungmöglichkeiten haben und gerecht entlohnt werden müssen,
- funktionsfähige Unternehmen aller Größen und Branchen,
- starke Gewerkschaften,
- ein planvoll handelnder Staat und planvoll handelnde Kommunen.

Das Zusammenwirken dieser am Wirtschaftsprozeß Beteiligten erfolgt für Sozialdemokraten nach dem Leitgedanken: "Wettbewerb soweit wie möglich - Planung soweit wie nötig!". Wirkliche soziale Marktwirtschaft ist für Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit. Gerade deshalb wissen sie: Der Markt allein ist blind für soziale Not und Gefährdungen der Umwelt. Hier muß der Staat rahmensetzend und ausgleichend handeln.

Das soziale Problem Nr. 1 ist auch für Nordrhein-Westfalen die hohe Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit gefährdet die individuelle und soziale Existenz der Menschen, sie gefährdet auch ihre Familien. Sozialdemokraten richten ihre Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik danach aus, daß dieses Problem gelöst werden kann. Dies kann nur gelingen, wenn Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, Unternehmen und ihre Verbände sowie Staat und Kommunen gemeinsam verantwortlich handeln. Sozialdemokraten setzen debei auf

- eine Politik des qualitativen Wachs− tums,
- Arbeitszeitverkürzungen,
- eine qualifizierende Arbeitsmarktpolitik.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat nur begrenzte Handlungsmöglichkeiten. Wir sind eingebunden in weltwirtschaftliche Verflechtungen, wir sind abhängig insbesondere von einem freien Welthandel, von der gegenwärtigen Hochzinspolitik der USA, von den Problemen, welche die hohe internationale Verschuldung für das Währungssystem mit sich bringt. Wir sind eingebunden in die Verpflichtungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und abhängig von den Entscheidungen der EG-Wirtschaftspolitik, die in Brüsselfallen. In dieser Situation liegt die Hauptverantwortung für den Beitrag des

## Recht auf Arbeit

"Wirkliche soziale Marktwirtschaft"

> Politik gegen Arbeitslosigkeit

Hauptverantwortung beim Bund

### NRW hilft

"Qualität des Wachstums"

Aktive Strukturpolitik: Handeln anstatt warten

Staates zur Wiederherstellung der beschäftigung beim Bund. Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen haben dennoch in den vergangenen Jahren alles in ihrer Kraft Stehende getan, um Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze zu schaffen beziehungsweise zu sichern. Deshalb ist die sozialdemokratische Landesregierung bis an die Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes gegangen - so hat Nordrhein-Westfalen hunderttausenden Frauen und Männern zu Arbeit und zu neuen Zukunftschanden verholfen. sozialdemokratisch regierte Nordrhein-Westfalen wird auch künftig mit seinen Möglichkeiten gegen Arbeitslosigkeit kämpfen.

5.1.1.1 Politik des qualitativen Wachstums

Der politischen Mitverantwortung für mehr Beschäftigung, für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, für eine humane Gestaltung der technischen Entwicklung, für die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen wird der Staat gerecht, wenn er den notwendigen Strukturwandel aktiv mitgestaltet.

Dazu ist eine Politik des qualitativen Wachstums notwendig.

Maßstäbe dafür sind:

- die ökologische Verträglichkeit von Produkten, Produktionsverfahren und Konsum.
- die soziale Gestaltung und Verträglichkeit der technischen Entwicklung,
- die Erweiterung individueller Handlungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz,
- arbeitsplatzschaffende Wirkungen privater und öffentlicher Investitionen.
- Kreativität auf allen wirtschaftlichen Feldern, sowohl bei der Art neuer Produkte wie auch beim Prozeß ihrer Erzeugung,

Sicherung des Wettbewerbs gegenüber der Macht großer Vermarktungsindustrien,

wirkungsvoller Schutz der Verbraucher.

Diese Maßstabe werden realisiert durch:

 a) Aktive Strukturpolitik und vorausschauende Industriepolitik

Sozialdemokraten gestalten ihre aktive Strukturpolitik auf der Grundlage einer sozial gebundenen Marktwirtschaft.

Bund, Länder und die gesamte Volkswirtschaft haben in den 50er und 60er Jahren von dem Beitrag alter Industrieregionen – vor allem dem Ruhrgebiet – zum wirtschaftlichen Wiederaufbau entscheidend profitiert. Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen fordern deshalb, diese Region heute in ihrem schwierigen Prozeß der Umstrukturierung besonders zu unterstützen.

Staatliche Strukturpolitik muß dazu helfen, die in der Wirtschaft des Landes vorhandene Wirtschaftskraft zu stärken und dabei insbesondere Innovation und Modernisierung der Unternehmen zu unterstützen. Es sind neue Entwicklungsmöglichkeiten energiesparende marktgängige, für und umweltfreundliche Produkte und eröffnen. Produktionsverfahren zu Damit gewinnt unser Land neue Wachstums- und Beschäftigungschancen. Deshalb betreiben Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen Struktur- und vorausschauende Industriepolitik.

Gegen den Strukturwandel darf nicht ansubventioniert werden. Es sind aber zugleich Chancen für einen regional verträglichen und sozial verantwortbaren Strukturwandel zu eröffnen. Dazu sind öffentliche Hilfen notwendig und vertretbar.

Die Infrastruktur unseres Landes ist im wesentlichen geschaffen. Sie bedarf aber des qualitativen Ausbaus und der Erneuerung. Das gilt sowohl für die wirtschafts- wie die haushaltsnahe Infrastruktur. Das Land wird dabei die Schwerpunkte auf die Bereiche Umwelt, Energiepolitik, Stadterneuerung, öffentlichen Personenverkehr und soziale Einrichtungen legen.

Vom Bund ist eine angemessene Beteiligung an der Infrastrukturfinanzierung zu fordern.

Die Wirtschaftsstruktur unseres Landes bietet gute Chancen für die Zukunft. Sie nimmt in vielen Bereichen Spitzenpositionen ein, z. B. bei den Energie- und Umwelttechnologien, der Bergbau- und der Stahlerzeugungsund Stahlverarbeitungstechnik, aber auch in der zukunftsträchtigen Biotechnik.

Bei der Umstrukturierung sind in erster Linie die Unternehmen selbst gefordert. Die Entscheidungen des einzelnen Untermehmers für neue Produk-

# Öffentliche Hilfe nötig

"Unternehmer kommt von Unternehmen"

#### Forschen

# Orientierung für Kohle und Stahl

te, zur Marktanpassung, zur Entwicklung neuer Verfahren kann ihm niemand abnehmen. Die Wirtschaftspolitik des Landes kann hier nur zu einem aufgeschlossenen Klima beitragen
und durch Beratung, Innovationsförderung und Hilfen bei Technologietransfer unterstützend eingreifen.

Aktive Strukturpolitik fördert die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren. Dem dienen die Technologie-programme unseres Landes, welche die Anwendung neuer Techniken fördern. Ihr dient die Forschungspolitik, die besonders auf den Ausbau und die Ansiedlung weiterer Forschungseinrichtungen ausgerichtet ist. Ihr dienen die verstärkten Bemühungen um eine Recycling- und Abfallwirtschaft, die sowohl umweltverträglich als auch marktfähig ist.

Die eigenen Anstrengungen des Landes dürfen für den Bund nicht Anlaß sein, sich aus seiner Verantwortung für die sektorale Wirtschaftspolitik zurückzuziehen.

Dies gilt besonders für Kohle und Stahl, die ihre Kapazitäten anpassen müssen und dabei ihre Modernität und hohe technologische Leistungsfähigkeit nicht verlieren dürfen.

Aktive Strukturpolitik der Sozialdemokraten unterstützt in den Basisindustrien Kohle und Stahl neue Orientierungen, die eine umweltfreundlichere Nutzung der Kohle und eine zukunftssichere Produktpalette beim
Stahl zum Ziel haben.

Die Bundesrepublik und unser Land können auf eine eigene Stahlindustrie nicht verzichten. Die vorgesehenen Stahlhilfen sollen die Bemühungen der Stahlunternehmen um Erhaltung und Steigerung ihres in der Regel hohen Leistungsstandards stützen und damit Arbeitsplätze in diesem Wirtschaftszweig auf Dauer sichern. Sollten diese Hilfen, die vom Bund und vom Land finanziell unterstützt werden, wegen privatwirtschaftlicher Egoismen nicht wirksam werden, müssen auf nationaler Ebene gemeinwirtschaftliche Lösungen erwogen werden.

Landespolitik kann die notwendigen Voraussetzungen für strukturelle Wandlungen unter anderem durch die

Verkehrsinfrastruktur schaffen. Wir haben dies in den vergangenen Jahren vor allem durch den Ausbau eines hervorragenden Straßennetzes und die Förderung des öffentlichen Personennehverkehrs getan. Wir haben den Ausbau und Neubau der Wasserwege für eine kostengünstige Groß- und Schubschiffehrt erreicht.

Der 1985 beginnende Neubau der Schleuse Henrichenburg, den die sozialdemokratische Landesregierung durchgesetzt hat, wahrt die wirtschaftlich-industriellen Chancen des östlichen Reviers. Wir werden uns auch in Zukunft gegenüber dem Bund vor allem dafür einsetzen, daß in Nordrhein-Westfalen weiterhin ein sowohl für den Personen- wie den Güterverkehr leistungsfähiges Bundesbahnnetz erhalten bleibt.

Ohne spezielle regionale Förderung wären Teile des Landes, vor allem die alten Industriegebiete und der ländliche Raum, hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben.

Regionale Wirtschaftsförderung dient dazu, Wachstumspotentiale der Gesamtwirtschaft in diese Räume zu lenken, in denen die Arbeitsmarktprobleme besonders schwerwiegend und die vom Strukturwandel besonders stark betroffen sind.

Deshalb bleibt für Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen die regionale Wirtschaftsförderung ein wichtiges Element ihrer Strukturpolitik. Allerdings müssen die Kriterien und Instrumente der "Gemeinschaftsaufgebe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" überprüft werden, wenn sie weiterhin einem wirksamen Ausgleich gerecht werden und eine stetige Modernisierung der Wirtschaft fördern soll.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen fordern gegenüber dem Bund:

- Stärkere Berücksichtigung von langanhaltender und strukturell sich verfestigender Arbeitslosigkeit,
- stärkere Konzentration auf industrielle Problemgebiete, in denen Ersatz für wegfallende Stahl-, Kohle- und Textilarbeitsplätze geschaffen werden muß,
- Haushaltsmittel des Bundes für das Stahlstandortesonderprogramm.
- b) Politik für kleine und mittlere Unternehmen und freie Berufe

Mit rund 450.000 kleinen und mittleren Unternehmen ist Nordrhein-WestfaBundesbahn

# Regionale Wirtschaftsförderung

Mittelstand wächst

# Hilfe für kleine und mittlere Unternehmen

len das Land des Mittelstandes. Seit 1975 nimmt in Nordrhein-Westfalen die Zahl der kleinen und mittleren Unternehmen ständig zu.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden kleine und mittlere Unternehmen weiterhin fördern, weil sie ein wichtiger Garant für den Wettbewerb sind, weil sie konjunkturelle Schwankungen ausgleichen und weil sie große Leistungen für die berufliche Ausbildung erbringen.

Über die Zukunft der Arbeit wird wesentlich in den kleinen und mittleren Betrieben entschieden und nicht in den gefährdeten oder schrumpfenden großbetrieblichen Industrien des vergangenen Jahrhunderts. Von mittelständischen Betrieben gehen auch immer häufiger kreative Investitionen und neue technologische Entwicklungen aus. Sozialdemokraten werden die Existenz mittelständischer Betriebe sichern und Neuerrichtungen fördern.

Entsprechend dieser Zielsetzung ist das mittelstandspolitische Förderungsinstrumentarium ausgerichtet. Es schließt als wesentliche Komponenten die landespolitischen Möglichkeiten der Innovationsförderung und der Qualifikationsverbesserung ein. Es umfaßt:

- Finanzierungshilfen und Beratungen für Existenzgründungen – auch alternativer Produktionen – und Existenzverlagerungen (einschließlich Bürgschaften und Gutachten),
- Sicherung des bestehenden Unternehmensbestandes, auch in gemischten Wohn- und Gewerbegebieten (zum Beispiel Neufassung des Abstandsund Planungserlasses),
- Hilfen bei der Erschließung von Auslandsmärkten, Unterstützung bei Messevertretungen und Exportberatung,
- Technologie- und Innovationsförderung und Hilfen zur betrieblichen Leistungssteigerung,
- Förderung der Aus- und Weiterbildung und
- Förderung der Mittelstandsforschung.

# Gute Dienstleistungen...

Freie Berufe erfüllen wichtige Aufgaben in der gesamten Wirtschaft, bei der Versorgung der Bürger mit Gütern und Dienstleistungen. Sozialdemokraten betrachten die Angehörigen der freien Berufe als eine wichtige Gruppe bei der notwendigen Modernisierung der Wirtschaft. Zu funktionierendem Wettbewerb tragen sie ebenso

bci wie zu verstärkter Innovation, sie bieten ein breit gefächertes Angebot an qualifizierten Ausbildungsund Arbeitsplätzen.

Wosentliche Voraussetzungen für erfolgreiche Tätigkeit der Selbständigen und freien Berufe sind qualifizierte Ausbildung in Schule und Beruf und ausreichende Angebote zur beruflichen Fortbildung der Selbständigen und ihrer Mitarbeiter. Selbständige und freie Berufe sind in besonderem Maße auf beschleunigten Technologietransfer angewiesen, wie er im
Zusammenhang mit der Landesinitiative Zukunftstechnologien gesicherwerden soll.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen fördern die Existenz und Zukunftschancen der freien Berufe in unserem Land. So haben Sozialdemokraten im Landtag eine Gesetzesinitiative eingebracht, durch die Nebentätigkeiten von Beamten eingeschränkt werden. Dadurch werden auch Betätigungsfelder der freien Berufe gesichert.

#### 5.1.1.2 Arbeitszeitverkürzung

Mehr freie Zeit bei gesichertem Lebensstandard zu haben, gehört zu den sozialen Zielen der Menschen seit Beginn der Industrialisierung. Heute ist es möglich, mehr Lebensqualität durch weniger Arbeit zu realisieren. Dafür muß die Arbeit sinnvoll verteilt werden. Verkürzung der Arbeitszeit ist ein notwendiger Beitrag zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Sozialdemokraten halten es deshalb für unerläßlich, daß die Gewerkschaften im Rahmen der Tarifautonomie für Arbeitszeitverkürzung streiten.

Ansatzpunkte dafür sind die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden, in Verbindung damit die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, die Verkürzung der Jahresarbeitszeit, beispielsweise durch Verlängerung des Urlaubs, und die Verkürzung der Lebensarbeitszeit auf freiwilliger Basis.

Wir stehen vor der Aufgabe, behutsam und schrittweise ein neues Verständnis und vor allem auch ein neues Wertverständnis von Arbeit zu entwickeln. Der traditionelle Begriff von Arbeit muß überführt werden in ein Verständnis sinnvoller Tätigkeit, das sich nicht in einem engen Verständnis von Erwerbsarbeit erschöpft.

## ...und gute Ausbildung

Freie Berufe

Arbeit besser verteilen

Verkürzung der Arbeitszeit

# Arbeitsplatz

Teilzeitarbeit

Berufliche Qualifikation fördern

Schwerpunkt: Jugendliche Möglich wird diese Entwicklung, wenn wir die zunehmende Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen zur Verkürzung der Arbeitszeit nutzen. Finanzierbar ist diese Entwicklung, wenn die Rationalisierung nicht zu einer Verringerung des Volkseinkommens führt.

Sozialdemokraten fordern ein die Arbeitszeitordnung ersetzendes Arbeitszeitgesetz, um den Überstundenberg zu verringern. Sie setzen sich ein für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit auf freiwilliger Basis. Die von der Bundesregierung beschlossene Vorruhestandsregelung ist unzureichend und weitgehend wirkungslos.

Viele Menschen suchen einen Teilzeitarbeitsplatz. Teilzeitarbeit muß freiwillig und für Männer und Frauen gleichermaßen zugänglich sein. Teilzeitarbeit bedarf tarifvertraglicher und gesetzli-Regelung: dabei muß gesichert sein, daß keine berüflichen und sozialen Nachteile entstehen und daß keine Vollzeitarbeitsplätze gegen den Willen der Arbeitnehmer in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt werden. Teilzeitarbeit darf vor allem nicht zu Lasten der erwerbstätigen Frauen gehen, die in Krisenzeiten allzuleicht aus dem Erwerbsleben oder in die Vereinsamung von Heimarbeit gedrängt werden.

#### 5.1.1.3 Qualifizierende Arbeitsmarktpolitik

Die hohe Arbeitslosigkeit zu überwinden, wird nicht kurzfristig gelingen. Die Auswirkungen des qualitativen Wachstums und der Arbeitszeitverkürzung werden Zeit brauchen. Deshalb ist es erforderlich, so viele Menschen wie möglich durch Hilfen der Solidargemeinschaft (Bundesanstalt für Arbeit) und auch durch staatliche Förderung zu beschäftigen und dabei ihre berufliche Qualifikation zu verbessern. Dabei ist sicherzustellen, daß Initialzündungen zur Arbeitsplatzbeschaffung gegeben und nicht billige Arbeitskräfte oder Überbrükkungsmaßnahmen finanziert werden. Nordrhein-Westfalen setzt den Schwerpunkt bei der Hille für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz und für junge arbeitslose Menschen.

Junge Menschen, die lange arbeitslos sind, können keine soziale Identität aufbauen und verlieren Vertrauen in den demokratischen Staat. Die Wirtschaft war bisher nicht in der Lage, die erforderliche Zahl an Ausbildungsplätzen und Arbeitsplätzen bereitzustellen. Seit 1980 wurden vom Land Nordrhein-Westfalen rund 400 Mio. DM für Qualifizierung von Jugendlichen bereitgestellt. Dadurch erhielten über 50.000 junge Menschen eine berufliche Chance.

Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat 1982 erstmals einen umfassenden Berufsbildungsbericht vorgelegt, in dem die Ausbildungsplatzsituation analysiert und Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildung vorgeschlagen werden.

Sie erneuert diesen Bericht jedes Jahr. Für 1984 haben die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen ein Landesprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beschlossen und werden es fortführen. Ausbildungsplatz- und Arbeitplatzmangel treffen vor allem Mädchen und junge Frauen. Deshalb sind Hilfen für diese ein Schwerpunkt. Jährlich werden über 200 Mio. DM für rund 20.000 junge Arbeitslose aufgewandt:

- Finanzielle Anreize zur Schaffung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze für ausbildungsfähige Schüler ohne Hauptschulabschluß und Sonderschüler.
- Zusätzliche Ausbildungsplätze für Mädchen, die vor allem in gewerblichtechnischen Berufen bereitgestellt werden sollen.
- Ausbildungsplatzförderung für den öffentlichen und sozialen Bereich.
- Förderung von Ausbildungsverbünden zur Nutzung freier Teilausbildungskapazitäten.
- Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze für Krankenschwestern und Krankenpfleger.
- Förderung der Übernahme von Jugendlichen nach Betriebsstillegung oder Betriebseinschränkung.

Besondere außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen:

- Sonderausbildungsstätten Düsseldorf und Herne.
- Sonderausbildungsgruppen in außerbetrieblichen Einrichtungen und Übungswerkstätten für schwer vermittelbare Jugendliche, die nicht unter das Benachteiligtenprogramm des Bundes fallen.
- Vollzeitschulische Berufsausbildung.

Darüber hinaus wurden im öffentlichen Dienst des Landes allein im Bereich der Landesverwaltung und bei den Kommunen seit 1981 mehr als 1.700 zusätzliche Ausbildungplätze geschaffen. Insgesamt bestehen zur Zeit rund 10.000 Ausbildungsplätze im Landesdienst.

Chance für 50.000

Landesprogramm NRW

Jährlich 200 Millionen Mark

Hilfe für Mädchen

Sonderausbildungsstätten

Ausbildungsplätze im Landesdienst

# Programm für Jugendliche

Zu wenig Lehrstellen der Wirtschaft

Berufsbildungsabgabe

Um besonders benachteiligten Jugendlichen eine Chance zu geben, sich in das Berufsleben einzugliedern, haben wir eine Reihe ausbildungsvorbereitender Maßnahmen finanziert:

- Berufsförderungslehrgänge, praxisorientierte Lehrgänge in betrieblichen und außerbetrieblichen Lehrwerkstätten für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß und Sonderschüler, die auf eine anschließende Ausbildung vorbereitet werden sollen.
- Berufsvorbereitungsjahr, vollzeitschulische Berufsvorbereitung mit jeweils zur Hälfte theoretischem und praktischem Unterricht für nicht berufsreife Jugendliche, die auf eine anschließende Berufsausbildung vorbereitet werden sollen.
- Ausbildungsplätze für behinderte Jugendliche in Berufsbildungswerken.
- Kombinierte Arbeitsbeschaffungs- und Bildungsmaßnahmen; vormittags Arbeit, nachmittags Kurs an der VHS zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses.
- Sozialpädagogische Begleitmaßnahmen für arbeitslose Jugendliche.
- Modellmaßnahmen der Eingliederung von Drogenabhängigen und Strafentlassenen.
- Vorangehende Beratung und nachgehende Betreuung arbeitsloser Jugendlicher.
- Arbeitsmotivierende Maßnahmen und Modellmaßnahmen in Werkeinrichtungen im Rahmen flankierender Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Aufgrund unserer Verfassung Wirtschaft zur Durchführung der beruflichen Ausbildung verpflichtet. Besonders Handwerk und mittelständische Unternehmen leisten dabei oft mehr, als für jeweiligen Eigenbedarf erforderlich wäre. Die Wirtschaft insgesamt konnte in den vergangenen Jahren diese Verpflichtung jedoch nicht ausreichend erfüllen. die Lasten der Ausbildung nicht auf alle Betriebe verteilt waren. Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden weiterhin über den Bundesrat und den Bundestag dafür eintreten, daß zur Beteiligung der nichtausbildenden Betriebe an der Finanzierung der beruflichen Bildung die gesetzlichen Voraussetzungen für die Wiedereinführung einer allgemeinen und bundeseinheitlichen Berufsbildungsabgabe geschaffen werden. Darüber hinaus werden alle anderen Möglichkeiten, die Unternehmen an der Finanzierung der Berufsausbildung zu beteiligen, geprüft.

Der Bundeskanzler hat 1983 eine Ausbildungsplatzgarantie gegeben – er hat diese nicht eingehalten, sein Versprechen gebrochen und lange Zeit nichts, danach viel zu wenig getan. Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden die Bundesregierung weiterhin an ihre Verantwortung für die Ausbildung der Jugendlichen erinnern. Wir fordern vom Bund eine Fortsetzung und Verstärkung der Maßnahmen für die berufliche Ausbildung, insbesondere für die benachteiligten Jugendlichen. Wir fordern die Fortführung regionaler Ausbildungsplatzkonferenzen gemeinsam mit Bund, Land, Arbeitgebern, Gewerkschaftern und den örtlichen Arbeitsämtern.

Jungen Frauen und Männern eine berufliliche Perspektive für ihr Leben zu geben, heißt, ihnen eine Chance zum Eintritt in das Arbeits- und Erwerbsleben zu eröffnen. Hierbei ist zunächst die Wirtschaft gefordert, die in den nächsten Jahren noch stärkere Anstrengungen beim Schaffen zusätzlicher Ausbildungsund Arbeitsplätze unternehmen muß. Wenn Industrie, Handwerk und Verwaltungen hierbei nicht genügend tun, werden Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen dies nicht tatenlos hinnehmen. Wir entlassen weder die Bundesregierung noch uns selbst aus der Pflicht zu aktivem staatlichen Handeln. Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen halten für den Fall eines ungenügenden Angebotes an Ausbildungsplätzen durch die Wirtschaft die Bereitstellung weiterer Ausbildungsplätze in überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen und den weiteren Ausbau der vollzeitschulischen Ausbildung für unerläßlich.

Für Teilnehmer von Maßnahmen der vollzeitschulischen und außerbetrieblichen
Berufsbildung sollten Ausbildungsvergütungen vereinbart werden. Die Kammern
werden verpflichtet, Teilnehmer an vollzeitschulischen und außerbetrieblichen
Ausbildungsgängen zur Prüfung zuzulassen.

Nicht nur angesichts des quantitativen Defizits an Ausbildungsstellen, sondern auch wegen der regional einseitigen Angebotsstruktur an Ausbildungsberufen sollen in Nordrhein-Westfalen außerbetriebliche Ausbildungsplätze für zukunftsorientierte Berufsfelder da angeboten werden, wo sie betrieblich nicht angeboten werden. Zur Einrichtung außerbetrieblicher Ausbildungsstätten können vorhandene Werkshallen und Betriebsgebäude genutzt werden.

Wenn in den nächsten Jahren, entsprechend der demografischen Entwicklung, die 7ahl der Jugendlichen, die einen Industrie und Handwerk müssen mehr tun

Ausbildungsvergütungen

Außerbetriebliche Lehrstellen

# Weiterbildungs-Gesetz

Umweltschutz gleichrangig

Verursacherprinzip

Ausbildungsplatz suchen, zurückgeht, muß geprüft werden, ob Gelder, die bis dahin für Ausbildungszwecke zur Verfügung gestellt wurden, für qualifizierende Beschäftigungshilfen verwendet werden sollten.

Wesentlicher Teil einer Qualifizierungspolitik muß die Anpassung der beruflichen Kenntnisse an die technisch-wissenschaftliche Entwicklung sein. Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung 1984 ein Weiterbildungsgesetz für Arbeitnehmer vorgelegt, das die Voraussetzungen für eine Verstärkung der beruflichen und politischen Weiterbildung schafft. Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden darüber himaus die bestehende Unterstützung von Arbeitnehmern und Unternehmen in der Weiterbildung (unter anderem regionale Berufsbildungszentren, Übungsfirmen, Berufsförderwerke) fortsetzen.

#### 5.1.2 Sozialdemokratische Umweltpolitik

Nordrhein-Westfalen hat im Umweltschutz in den vergangenen Jahren Beispielhaftes geleistet.

Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen als Voraussetzung für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen darf nicht hinter den materiellen Ansprüchen der Gesellschaft zurückstehen. Soziales Handeln der Zukunft setzt eine verstärkte Orientierung an ökologischen Erfordernissen voraus.

Das bedeutet, daß gerade auch im Verhältnis zu ökonomischen Zielsetzungen ökologische gleichrangig eingebracht werden.

Dabei orientiert sich sozialdemokratische Umweltpolitik an folgenden Grundsätzen:

- Erhaltung beziehungsweise Wiederherstellung der Regenerationsfähigkeit des gesamten Ökosystems.
- Konsequente Durchsetzung des Verursacherprinzips, Einsatz von Abgaberegelungen als Steuerinstrument. Das Gemeinlastprinzip soll in begründeten Ausnahmefällen – bei der Rettung des Waldes und der Sicherung der Kohle – befristet angewandt werden, um unzumutbare Verteilungswirkungen für bestimmte Regionen oder Wirtschaftszweige zu vermeiden und einen Innovationsschub in der Industrie ∠u fördern.
- Vermeidung von Umweltbelastungen anstatt Verteilung von Belastungen.
- Vermeidung von Schadstoffen statt

nachträglicher Entsorgung bzw. Wiederverwendung und Verwertung von Reststoffen und Abfällen.

Denn weit verbreitete Praxis ist es bisher, grundsätzlich wiederverwertbare Stoffe aus betriebswirtschaftlichen Erwägungen als Abfall zu behandeln.

Diese Grundsätze werden in Nordrhein-Westfalen in konkretes Handeln umgesetzt. Die sozialdemokratische Landesregierung hat ein umfassendes Umweltprogramm vorgelegt. Dieses Programm umzusetzen, ist das Ziel für die kommenden Jahre.

#### 5.1.2.1 Aktionsprogramm gegen das Waldsterben

Die Waldschäden in Nordrhein-Westfalen stiegen im Jahre 1983 auf 35 % an. Hauptverursacher sind Luftverunreinigungen.

In ihrem Umweltprogramm sieht die Landesregierung folgende Maßnahmen gegen das "Waldsterben" vor:

- Konsequente Durchführung der Großfeuerungsanlagenverordnung, Verschärfung der Emissionsgrenzwerte der TA Luft und Verbesserung der Eingriffsmöglichkeiten zur Emissionsminderung bei Altanlagen,
- Einführung des "Waldpfennigs" und einer Ausgleichsabgabe zur schnellen umweltfreundlichen Umrüstung der Kraftwerke,
- Emissionsminderungen bei Neuwagen und Abgasreduzierungen bei Altfahrzeugen,
- Verbesserung der Einsatzmöglichkeiten der Fernwärme und der Kraftwärmekopplung.
- Intensivierung der Forschungsvorhaben gegen das "Waldsterben", Weiterführung der Waldschadenserhebung und forstliche Standortkartierung für die Waldgebiete,
- Düngungsmaßnahmen in geschädigten Waldgebieten und vorbeugende Waldschutzmaßnahmen.

#### 5.1.2.2 Luftreinhaltung

Wirksamere Maßnahmen zur Luftreinhaltung bedürfen einer verbesserten Datenbasis. Deshalb sieht das Umweltprogramm der Landesregierung vor:

- die bestehenden Luftreinhaltepläne fortzuschreiben,
- die Ergebnisse der Luftreinhaltepläne bei der Gebietsentwicklungs- und Bauleitplanung zu berücksichtigen.

Maßnahmen gegen Waldsterben

"Waldpfennig"

Abgasentgiftung

Pläne für saubere Luft

# Weniger Autolärm

#### 5.1.2.3 Lärmbekämpfung

Lärm wird heute immer mehr von einer Belästigung zu einer Gesundheitsgefährdung. Der Lärm muß schon an der Quelle bekämpft werden. Neben verschärfte Normen müssen ergänzend finanzielle Anreize treten, zum Beispiel für umweltfreundliche, lärmarme Lastkraftwagen.

# Sauberes Trinkwasser

#### 5.1.2.4 Bodenschutz

Das Risiko für den Menschen, durch Lebensmittel und Trinkwasser in den Boden gelangte Schadstoffe aufzunehmen, nimmt zu.

Sozialdemokraten fordern daher:

- ein flächendeckendes Schwermetallbelastungskataster als laufendes Kontrollinstrument,
- Verschärfung der Zulassungsbedingungen und der Vorschriften des Umgangs mit Pflanzenbehandlungsmitteln,
- Verbot hochgiftiger Wirkstoffe (wie PCB, Tormona, 2,4,5-T), die für Mensch und Umwelt unvertretbare hohe Risiken bringen.

Die nordrhein-westfälische SPD fordert die CDU-geführten Bundesländer auf, diese Gesetzesinitiativen der nordrheinwestfälischen Landesregierung zu unterstützen.

# Brachflächen sanieren

Tormona verbieten

Industrielle, gewerbliche und bergbauliche Brachflächen können wegen der dort häufig unerkannt enthaltenen Gifte und Schadstoffe große Gefahren bedeuten. Deshalb werden die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen

- das begonnene Altlastenkataster fertigstellen, um umgehend Nutzungs- und Sanierungskonzepte entwickeln zu können.
- bei der Sanierung des Bodens nach Betriebsstillegungen die Verursacher in Haftung nehmen.

# Weniger Chemie in der Nahrung

#### 5.1.2.5 Schutz der Lebensmittel

Bei der Erzeugung und Konservierung gelangen chemische Stoffe in Lebensmittel und gefährden die Gesundheit der Menschen. Dabei zeigt sich immer deutlicher: Nicht mehr, sondern weniger Chemie ist notwendig.

Babynahrung jetzt gesünder Die Landesregierung hat durch entschlossenes Handeln durchgesetzt, daß Lebensmittel, vor allem Babynahrung, in Nordrhein-Westfalen frei von Östrogenverseuchungen sind. Sozialdemokraten fordern zum Schutz der Lebensmittel

- eine Intensivierung der Lebensmittelüberwachung,
- verstärkte ökologische Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion,
- Verbraucheraufklärung über Qualität und Beschaffenheit von Lebensmitteln.

#### 5.1.2.6 Gewässerschutz und Wasserwirtschaft

Die Qualität des Trink-, Grund- und Oberflächenwassers in Nordrhein-Westfalen ist weiter zu verbessern.

Sozialdemokraten werden daher

- die Aufstellung von Wasserbewirtschaftungsplänen und Abwasserbeseitigungsplänen weiter vorantreiben,
- Perspektivpläne für den Talsperrenbau aufstellen,
- die langfristige Sicherung der Wasserversorgung durch Ausbau, Modernisierung und Sanierung der Versorgungssysteme weiter vorantreiben und dabei dezentralen Versorgungssystemen den Vorzug geben, wenn dies aus der Sicht des Wasserdargebots, der Ökologie und aus wirtschaftlichen Gründen geboten ist, was die Eindämmung des Einflusses von Monopolunternehmen mit einschließt,
- die Grundwasserbelastung durch Nitrate und chlorierte Kohlenwasserstoffe reduzieren, dazu dienen die Grundwassergüteüberwachung und die Gülleverordnung zur Bekämpfung der Nitratbelastung,
- die Sanierung und den Ausbau von Abwasseranlagen fortführen,
- cirka 4.500 Erlaubnisse zur Abwassereinleitung auf den heutigen Stand der Technik umstellen,
- den ökologischen Zustand der Gewässer durch Verzicht auf weiteren Ausbau und die Renaturierung verbessern.

#### 5.1.2.7 Abfallwirtschaft

Der Abfall aus industriellen Reststoffen, Klärschlämmen, Bergematerial und privatem Konsum nimmt noch immer zu. Neue Deponiestandorte sind in Nordrhein-Westfalen immer schwieriger zu finden.

Für eine umweltverträgliche Abfallwirtschaft in diesem Bereich wollen Sozialdemokraten:

 eine Änderung des Landesabfallgesetzes mit dem Ziel, die Abfallmenge gering zu halten und Abfälle wiederverwerten zu können, Gesunde Wasserversorgung

Moderne Sanierungstechnik

Abfälle gefahrlos beseitigen

# Seveso darf sich nicht wiederholen

- die rechtzeitige Fortschreibung der Abfallbeseitigungspläne, die landesweit in ihren sachlichen und räumlichen Teilabschnitten und hinsichtlich ihrer Kapazitäten aufeinander abzustimmen sind. Die für die Beseitigung erforderlichen Anlagen sind nach Möglichkeit im Verbund zu betreiben, um die Anlagen optimal zu nutzen und Deponieraum zu schonen,
- Exportverbote für Abfälle,
- Umweltfreundliche und volkswirtschaftlich sinnvolle Einsammlung von Papier und sonstigen Abfällen,
- Überwachung, Überprüfung und Sanierung von Deponien,
- Erfassung aller Altablagerungen und Altlasten und, soweit erforderlich, deren Überwachung und Kontrolle. Den Verursachern von Bodenbelastungen sind die Kosten für erforderliche Maßnahmen aufzuerlegen,
- die lückenlose Überwachung der Erzeugung, des Transports, der Beseitigung und möglicherweise Verwertung von Industrieabfällen,
- Kennzeichnung von Abfalltransporten mit schädlichen Stoffen.
- für alle Erzeuger von İndustrieabfällen im Lande ein lückenloses Entsorgungsangebot unter öffentlicher Kontrolle,
- Sicherstellung der umweltfreundlichen Beseitigung von Krankenhausabfällen und Abfällen aus Arztpraxen in hierfür geeigneten Anlagen,
- die Schaffung der erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen für die vorstehenden Forderungen durch den Bund,
- Aufstellung von Plänen für eine umweltverträgliche Beseitigung von Tierkörpern.

#### 5.1.3 Technologiepolitik

Technik kann Nutzen und Schaden stiften. Wo wir sozial verantwortlich mit ihr umgehen, hat sie unsere Lebensbedingungen, unsere Arbeitsmöglichkeiten und unsere Umwelt verbessert. Sie hat aber auch Gefahren entstehen lassen, die noch nicht politisch und sozial beherrschbar sind. Technologiepolitik muß daher darauf gerichtet sein, den technischen Fortschritt zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, zur Verminderung der Umweltbelastung und zur Sicherung des Rechts auf Arbeit einzusetzen.

Die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien ist nicht Selbstzweck. Wir wissen aber auch, daß nur eine ständige Modernisierung unserer Wirtschaft auf

Technik im Dienst der Menschen Dauer Arbeit sichert und die Umwelt schont.

Wir verfolgen daher vorrangig folgende Ziele:

- Schaffung neuer Arbeitsplätze, Erhalt einer hohen Beschäftigung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen,
- Herbeiführung einer ökologisch und sozial verträglichen Güter- und Dienstleistungserstellung.

Eine wichtige Aufgabe staatlichen Handelns sehen wir auch darin, dazu beizutragen, daß neue technologische Entwicklungen human und sozial verträglich gestaltet werden.

Dazu zählen wir besonders:

- Die Diskussion der sozialen Folgen bei der Einführung neuer Technologien und die Entwicklung sozialer Strategien zu ihrer Bewältigung.
- Gezielte Qualifikationsförderung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung mit Blick auf neue Technologien.
- Maßnahmen zur Humanisierung des Arbeitslebens.
- 4. Nachhaltige Anstöße für alle Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung, besonders unter dem Aspekt des hohen Rationalisierungspotentials durch den Einsatz der Mikroelektronik.
- Besondere Berücksichtigung der Auswirkungen auf Heimarbeitsplätze.

Grundsätzlich gilt für uns Sozialdemokraten, daß niemand durch die technische Entwicklung ins berufliche Abseits gedrängt werden darf. Darum müssen zumit allen gesellschaftlichen Gruppen, vor allem mit den Gewerkschaften, die Chancen und Gefahren der neuen Technologien beobachtet werden. Wo die Belange der Arbeitnehmer beeinträchtigt, ihre Gesundheit gefährdet und ih-Mitwirkungsmöglichkeiten schränkt werden, muß der Staat mit Nachdruck eingreifen. Denn der technologische und strukturelle Wandel darf nur mit den Bürgern und nicht vollzogen werden.

Die gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Wirkungen dieser Modernisierungsstrategie liegen darin, daß die industrielle Produktion ökologisch verträglicher wird, indem sie Energie- und Materialverbrauch verringert, Rückstän-

## Arbeit muß gesichert werden

Soziale Folgen bedenken

Mehr Mitbestimmung nötig

de verhindert beziehungsweise die Wiederverwertung erleichtert und somit auch die Wettbewerbsfähigkeit der klassischen Industrien wie Elektrotechnik, Maschinenbau, Feinmechanik verbessert. Um die Chancen einer ökologisch orientierten Reindustrialisierung in Nordrhein-Westfalen umfassend nutzen zu können, ist es notwendig, die Kooperation und Kommunikation aller am Wirtschaftsgeschehen Beteiligten zu verstärken.

Pakt. für Zukunftstechnologie Mit der "Landesinitiative Zukunftstechnologien" will die SPD-Landesregierung
Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Forschung für eine gemeinsame Anstrengung zur technologischen Erneuerung der nordrhein-westfälischen
Wirtschaft gewinnen, einer technologischen Erneuerung, die einem sozial- und
umweltgerechten Technikverständnis entspricht.

Mikroelektronik

Mikroelektronik und Computertechnologie bewirken tiefgreifende Veränderungen in vielen Bereichen unseres Lebens. Angesichts dieser technischen Entwicklungsmöglichkeiten stehen wir vor gesellschaftlichen Entscheidungen mit weitreichenden Auswirkungen nicht nur auf Arbeitsmarkt und Industriestruktur unseres Landes.

Weder "Chip-Chip-Hurrah" ...

Kommunikationstechnologien, Neue : Glasfasertechnik und Satellitentechnik, und die Modernisierung vorhandener Kommunikationstechnologien, wie die Digitades Fernsprechnetzes, sind lisierung vor allem für die Wirtschaftsstruktur des Landes wichtig. Für uns Sozialdemokraten ist die Modernisierung der kommunikationstechnischen Infrastruktur Zukunftsaufgabe deshalb bedeutsamer die Auseinandersetzung um neue Rundfunkprogramme. Eine moderne Volkswirtschaft braucht hochentwickelte Techniken und Transportsysteme für die geschäftliche Wir wollen der Wirt-Kommunikation. schaft Impulse geben und die Wachstumschancen, die in den neuen Informationsund Kommunikationstechniken liegen, entschlossen nutzen. Aber die neuen Techniken bergen auch ernste Arbeitsmarktrisiken in sich. Die SPD wird sich dafür einsetzen, daß mögliche negative Arbeitsplatzeffekte durch eine aktive Beschäftigungspolitik und durch Arbeitszeitverkürzung aufgefangen werden.

... noch Maschinenstürmerei

> Ein neues Kommunikationssystem, das in den letzten Jahren durch die Verschmelzung von Daten- und Nachrichtentechnik entstand, ist Bildschirmtext. Um die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten und Wirkungen dieses Mediums zu erproben und zu untersuchen, fand in Düssel-

Bildschirmtext (BTx)

dorf/Neuss von 1980 bis 1983 ein Feldversuch des Landes mit Bildschirmtext
statt. Der Versuch ist erfolgreich verlaufen und war wesentliche Grundlage
und Voraussetzung für die begonnene bundesweite Einführung dieses vor allem
für die geschäftliche Kommunikation bedeutsamen neuen Mediums.

Natürlich müssen Unternehmen selbst innovative Entwicklungen erkennen und umsetzen. Die Landespolitik kann und muß diesen Prozeß unterstützen, unter anderem durch:

- die Förderung der Forschung und Entwicklung neuer Technologien, besonders in kleinen und mittleren Unternehmen;
- die Verbesserung des Technologietransfers zwischen Forschung und Wirtschaft und ihrer Kooperation;
- die Initiierung eines breiten gesellschaftlichen Dialogs über die sozialen Möglichkeiten der Technik.

Die Zustimmung zur weiteren technischen Entwicklung wird nur möglich sein, wenn auch der Bund den gesetzlichen Rahmen ändert.

Von der Bundesregierung fordern wir:

- eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes mit dem Ziel, die Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer beim Einsatz neuer Technologien auszuweiten.
- die Veränderung der Rahmenbedingungen für Unternehmen im Sinne der obengenannten Ziele durch neue Regelungen zum Beispiel in den Bereichen Steuerpolitik, Aktienrecht, Wagnisfinanzierung und Vermögensbildung.
- eine veränderte Finanzierungsgrundlage für die sozialen Sicherungssysteme, die der zunehmenden Anwendung der Mikroelektronik gerecht wird.
- eine Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes, mit dem Ziel, Gefahren für die Persönlichkeitssphäre der Bürger abzuwehren, die durch den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien drohen.

#### 5.1.4 Emergiepolitik

Der spærsame und bestmögliche Umgang mit Energie bleibt oberstes Ziel unserer Energiepolitik. Dies gilt vor allem, weil

rund 75 % der heimischen Primärenergie in Nordrhein-Westfalen gewonnen werden; rund 90 % der Steinkohle und Braunkohle in Nordrhein-Westfalen abgebaut werden; rund 85 % der Koksproduktion aus Nordrhein-Westfalen kommen;

# Unternehmen müssen mitmachen

Verantwortung des Bundes

Vorsicht: Datenschutz!

NRW produziert die meiste Energie

# 13 Milliarden für die Kohle

rund 50 % des Stroms in Nordrhein-Westfalen erzeugt werden.

Damit leistet das Land einen übergroßen Anteil zur Sicherung der Energieversorgung der ganzen Republik. Bis 1983 hat allein das Land über 13 Mrd. DM an Sonderlasten für die Kohle getragen und damit den Sicherungsbeitrag der Kohle ermöglicht. Aus dieser Verantwortung heraus setzen Sozialdemokraten die langfristig angelegte, erfolgreiche Kohlevorrangpolitik weiter fort. Diese Politik muß zu einer möglichst sauberen, umweltverträglichen Kohleverwendung führen.

1982 wurde von der Landesregierung ein umfassender Energiebericht Nordrhein-Westfalens vorgelegt. Er bildet die Grundlage für die weitere Politik einer sicheren Energieversorgung und einer umweltfreundlichen und rationellen Energienutzung. Aktuellen Entwicklungen muß durch eine Fortschreibung des Energieberichts Rechnung getragen werden.

Als Schwerpunkte sozialdemokratischer Energiepolitik bleiben:

# Kohlevorrang bleibt

 a) Sicherung des Vorrangs der heimischen Kohle.

Es gibt keine vernünftige Alternative zur Kohlevorrangpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen. Mit dem Jahrhundertvertrag und dem Hüttenvertrag wird der Energiebedarf der Elektrizitätswirtschaft und der eisenschaffenden Industrie dauerhaft abgesichert. Dies soll so bleiben.

b) Neue Chancen im Wärmemarkt.

Die konsequente, erfolgreiche Politik des "weg vom Öl" hat für die heimische Kohle neue Absatzmöglichkeiten im Wärmemarkt eröffnet. Durch ihren Hilfen für Direkteinsatz, durch Förderung und Entwicklung von umweltfreundlichen Verfahren zur Kohleumwandlung, durch langfristige Entwicklung von Verfahren zur Kohleveredelung und durch den weiteren Ausder Fernwärmenetze, vorrangig auf der Basis Kraft-Wärme-Kopplung, erhält die Kohle neue Absatzchancen. Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden sich dafür einsetzen, daß die Verwendung von Kohle im Wärmemarkt weiterhin öffentlich stützt wird. Wir werden uns für die Förderung von Investitionen zur Umstellung auf Kohlefeuerungen durch ein Bund-/Länder-Programm oder steuerliche Anreize einsetzen.

Kohle = Kraft und Wärme

c) Fortsetzung des Fernwärmeausbaus.

Zukunft hat die Kohle im Wärmemarkt insbesondere beim Fernwärmeausbau. Die Kommunen müssen deshalb die Möglichkeit erhalten, auch in Altbaugebieten (wie bereits in Neubaugebieten) den Anschluß und die Benutzung des Fernwärmenetzes durchsetzen zu können. Vom Bund fordern wir eine Fortsetzung des in Nordrhein-Westfalen erfolgreichen Kraftheizwerk- und Fernwärmeausbauprogramms, für das Bund und Land bisher 336 Mio. DM zur Verfügung gestellt haben.

 d) Erhaltung eines leistungsstarken Steinkohlenbergbaus.

Der strukturelle Produktionseinbruch im Stahlbereich hat zu Überkapazitäten geführt. Auch der Bergbau mußte Kapazitäten abbauen. Wir haben erreicht, daß dies regional ausgewogen und sozial verträglich geschehen kann.

Der Bergbau braucht jedoch eine langfristige Perspektive über das Jahr 1990 hinaus. Deshalb vertreten Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen die Auffassung, daß die Hilfen für den Steinkohlebergbau trotz der Haushaltsenge bei Bund und Land fortgesetzt werden müssen. Wir fordern, daß die Kontinuität der Kohle-Vorrang-Politik vor allem durch folgende Elemente abgestützt werden muß:

- Volle Erfüllung des Jahrhundertvertrags im Bereich der Verstromung,
- Verlängerung des Hüttenvertrages als Bedarfsdeckung für die Stahlindustrie über 1988 hinaus,

- Gewährung einer auskömmlichen Kokskohlenhilfe,
- Aufstockung der Investitionshilfe zur langfristigen Stabilisierung der Förderkapazitäten.

Es wird darauf ankommen, aus diesen Maßnahmen ein ausgewogenes Kohleprogramm zu entwickeln, mit dem das Kohlerevier eine sichere Perspektive behält.

e) Die heimische Braunkohle umweltverträglich nutzen.

Die Braunkohle ist als preiswerter Energieträger auch in Zukunft unverzichtbar. Sie muß weiterhin ihren Platz im Grundlastbereich der Stromversorgung behalten. Außerdem muß sie in anderen Bereichen (z.B. Wärmemarkt) verstärkt angewendet werAnschluß an Fernwärme

Langfristige Bergbauhilfe

"Jahrhundertvertrag"

Preiswerte Braunkohle

den. Die Möglichkeiten zur Veredelung von Braunkohle zu Gas- und Flüssigprodukten müssen intensiv erforscht werden.

Um eine vorausschauende Strukturund Umweltpolitik durchzusetzen, müssen in die Braunkohleplanungen die übergreifenden Folgen für die Umwelt, insbesondere für Wasser und Landschaft, in umfassender Weise einbezogen werden.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Verhandlungen mit den Braunkohleunternehmen über eine Bergschadensregulierung zu einem für die betroffenen Bürger befriedigenden Ergebnis zu führen.

f) Nordrhein-Westfalen: Land neuer und sauberer Kohletechnologien.

## Neue Kohletechnologien

Kohle kann heute umweltschonender und rationeller als zuvor eingesetzt werden. Die sozialdemokratische Landesregierung wird daher alle Techniken weiter fördern, damit sie vollim Markt eingesetzt werden und zu spürbaren Verbesserungen der Umwelt führen. Dazu gehören die Wirbelschichtfeuerung und die Kohleveredelung.

## Kohleveredelung

Eine Demonstrationsanlage in Bottrop zur Kohleverflüssigung läuft mit gutem Erfolg. Der Kohleveredelung dient auch der Hochtemperaturreaktor. Wir erwarten, daß die in unserem Land gesammelten Erfahrungen und die hohen Vorleistungen des Landes bei der Entscheidung des Bundes über den Standort und die Förderung einer industriellen Kohleverflüssigungsanlage den Ausschlag geben zugunsten Nordrhein-Westfalens.

g) Gefahrenvermeidung bei der Kernenergie.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen haben 1980 ihre Haltung zur Kernenergie festgelegt. Diese Haltung gilt unverändert.

Kernenergie: Sicherheit geht vor "Beim Einsatz der Kernenergie hat für die Sozialdemokraten die Sicherheit absoluten Vorrang. Wir werden in Nordrhein-Westfalen den Bau neuer Kernkraftwerke zur Stromerzeugung nur genehmigen, wenn andere Energieträger nicht zur Verfügung stehen. In Nordrhein-Westfalen können Kohlekraftwerke gebaut werden. Deshalb besteht für unser Land zur Zeit kein Bedarf an neuen Kernkraftwerken.

Die bereits bisher betriebenen Kernkraftwerke müssen wir sicher entsorgen. Neue können nur in Betrieb gehen, wenn die Entsorgung gelöst ist.
Aus gesamtsteatlicher Verantwortung
ist Nordrhein-Westfalen bereit, seinen Beitrag dazu durch den Bau eines
Zwischenlagers zu leisten. Wir sagen
aber deutlich, Zwischenlager sind
keine Endlager, sie dürfen nur beschickt werden, wenn feststeht, wohin die Brennelemente nach der Zwischenlagerung gebracht werden."

Diese Aussagen gelten weiterhin. Bei der Entsorgung von nuklearem Müll gibt es für uns bis heute keine ausreichenden Fortschritte.

## 5.2 Wohnen und Leben

Die arbeitsfreie Zeit ist in den letzten 30 Jahren ständig gestiegen und wird weiter steigen. 70 % ihrer arbeitsfreien Zeit verbringen die Menschen in ihrer Wohnung oder deren unmittelbaren Umgebung. Die Wohnbedingungen und die Qualität des Wohnumfeldes, die Möglichkeiten zur Erholung in der Natur und die Freizeitangebote bestimmen deshalb wesentlich den Wert der arbeitsfreien Zeit. Gerade in einem so dichtbesiedelten Land wie Nordrhein-Westfalen kommt es deshalb besonders darauf an, die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern und die Lebensbedingungen in den Städten und Dörfern zu verbessern.

Sozialdemokratische Politik erfüllt die Aufgabe, die Qualität des Wohnens und Lebens in Nordrhein-Westfalen zu verbessern durch

- Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen,
- Schaffung besserer Freizeitbedingungen,
- behutsame und erhaltende Stadterneuerung,
- sozial gerechte Wohnungspolitik.

### 5.2.1 Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen

Das Tempo der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen hat sich immer mehr beschleunigt. Ende der 70er Jahre wurden die gefährlichen Folgen dieser Entwicklung überdeutlich.

Der Mensch selbst ist bedroht, wenn die natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet und zerstört werden. Der Schutz dieser natürlichen Lebensgrundlagen ist in der dichtbesiedelten Industrielandschaft Nordrhein-Westfalens besonders wichtig.

# Kein Neubau, aber sichere Entsorgung

# Zwischenlager sind keine Endlager

Qualität des Wohnens

Lebensgrundlagen schützen

Sozialdemokratische Politik setzt sich deshalb ein für

- Schutz des Freiraums,
- Arten- und Biotopschutz,
- eine naturnahe Landwirtschaft.

#### 5.2.1.1 Schutz des Freiraums

19 % der Fläche des Landes Nordrhein-Westfalen sind besiedelt. In 12 kreisfreien Städten beträgt der Siedlungsflächenantei) mehr als 50 %. Der bisher ungebremste Freiflächenverbrauch gefährdet die Wasserversorgung durch Versiegelung des Bodens, verschlechtert die Klimabedingungen und die Luftqualität, zersiedelt, zerschneidet und verinselt die verbleibenden Freiflächen und verteuert die Infrastrukturkosten.

Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden durch Änderung des Landesentwicklungsplanes III"Umweltschutz durch Sicherung natürlicher Lebensgrundden vorhandenen Freiraum vor allem in den stark belasteten und dichtbesiedelten Gebieten sichern und erhalten. Die bisherigen Freiraumfunktionen des Landesentwicklungsplanes III (Wasserwirtschaft und Erholung) sollen ergänzt werden um ökologische Ziele für die Bereiche Natur- und Landschaftsschutz, Wald, Klima und Luft. Das Ziel Sicherung des Freiraums im Interesse von Natur, Landschaft, Wald, Klima, Luft, Wasser und Erholung tritt gleichberechtigt neben das Ziel Rauminanspruchnahme im Interesse von Industrie und Gewerbe, Städte- und Wohnungsbau, Verkehr und Abbau von Bodenschätzen.

Sicherung und Erweiterung des Freiraums bedeuten auch:

- Der Straßenneubau ist auf den unabweisbaren Bedarf zu begrenzen. Dazu ist in jedem Fall eine ökologische Bewertung der geplanten Straßenneubauten in Nordrhein-Westfalen vorzunehmen.
  - Insbesondere in Ortslagen ist die Straßenführung den Belangen aller Verkehrsteilnehmer unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrssicherheit anzupassen. Mit einem Vernetzungskonzept "Straßenrandbiotope" sollen vorhandene Chancen zur Wiederausbreitung von Tier- und Pflanzenarten über Saumzonen genutzt werden.
- Durch eine Novellierung des Landschaftsgesetzes soll die Aufstellung von Landschaftsplänen als stärkstem planerischen Schutz für die Natur beschleunigt werden. Für den wirksamen Einsatz dieses Planungsinstrumentes für den ortsnahen Naturschutz sind

Freiraum

Sorgsamer Straßenbau

Landschaftspläne

weitere personelle und sachliche Mittel für Städte und Kreise erforderlich.

- Mit der Raumverträglichkeitsprüfung sollen in Fällen großräumiger flächeninenspruchnahme konkurrierende Nutzungsansprüche geprüft und gegeneinander abgewogen werden. Dahei ist die Umweltverträglichkeit der beabsichtigten Nutzung anhand einer auch ökologisch ausgerichteten Kosten-Nutzen-Analyse zu ermitteln. An der Raumverträglichkeitsprüfung werden die anerkannten Verbände des Naturschutzes beteiligt.
- Weitere Braunkohlenabbaugebiete werden nur dann ausgewiesen, wenn gutachterliche Stellungnahmen über die Auswirkungen auf Natur- und Wasserhaushalt vorliegen. Außerdem müssen die Erfahrungen mit dem Abbau des Braunkohlenreviers Hambach ausgewertet und die Auswirkungen auf den Naturhaushalt und die ökologische Leistungsfähigkeit von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen berücksichtigt werden.
- Entscheidungen über die Nordwanderung des Steinkohlebergbaus setzen voraus, daß ein abgestimmtes energiepolitisches und bergtechnisches Konzept vorliegt, das die Auswirkungen auf Natur und Landschaft aufzeigt und befriedigende Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für die Eingriffe in die Umwelt vorsieht.

## 5.2.1.2 Arten- und Biotopschutz

Die naturbelassene Fläche des Landes Nordrhein-Westfalen, in der die Natur sich so entfalten kann, wie sie in Jahrhunderten entstanden ist, ist auf weniger als 1 % geschrumpft. 266 Tier- und Pflanzenarten sind in unserem Land akut vom Aussterben bedroht oder bereits ausgestorben. Natur- und Landschaftsschutz ist nicht mehr die Sache "realitätsferner Naturliebhaber", sondern Überlebensfrage für uns alle.

Funktionierende Ökosysteme und ein Ende des Artenrückgangs sind unverzichtbar, um das Genpotential der Natur zu erhalten, um die biologische Selbstreinigung der Naturkreisläufe zu gewährleisten, um Klima- und Wasserhaushalt zu stabilisieren und um die Regenerationsfähigkeit unserer Böden sicherzustellen.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen vorfolgen bei der Biotopsicherung folgende Ziele:

 Ausweitung der naturgeschützten Landschaftsfläche von derzeit 0,8 % auf mindestens 3 % der Landesfläche,

# Schutz des Naturhaushaltes

# Tiere und Pflanzen retten

# Biotope sichern

# Öffentliche Grünanlagen

# Naturnahe Landwirtschaft

- vorrangige Sicherung besonders gefährdeter Biotoptypen (zum Beispiel Feuchtbiotope, Trockenrasen),
- Sicherung ausreichender Biotopgröße und räumliche Vernetzung der einzelnen Biotope,
- Schutz der Biotope vor Außeneingriffen durch Ausweisung von Pufferzonen, Verbot von Grundwasserabsenkung und Schadstoffimmissionen in der nahen Umgebung,
- Verhinderung überflüssiger Entwässerungsmaßnahmen und weiterer Begradigungen von Fließgewässern.

Neben den Biotopen haben unbewirtschaftete Restflächen und Säume in Stadt und Landschaft (Waldränder, Ufer, Kleinfeldgehölze, Straßenränder), aber auch neu entstandene Frei- und Brachflächen, öffentliche Grün- und Parkanlagen, Kleingärten und Privatgärten wichtige Funktion als Rückzugsgebiete für Tiere und Pflanzen. Ein Programm zur Stadtökologie soll deshalb naturnahe Lebensräume auf innerstädtischen und stadtnahen Flächen für möglichst artenreiche Tierund Pflanzenbestände schaffen.

#### 5.2.1.3 Naturnahe Landwirtschaft

Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und Landwirtschaftspolitik sind untrennbar miteinander verbunden. Denn Landwirtschaft findet im Freiraum statt und muß deshalb den ökologischen Anforderungen unserer Gesellschaft Rechnung tragen.

Sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik will eine naturnahe Landwirtschaftsproduktion mit leistungs- und konkurrenzfähigen Betrieben. Ziele sind dabei

- pflanzliche und tierische Produkte frei von schädlichen Rückständen zu halten,
- die Struktur des Bodens zu erhalten und seine Regenerationsfähigkeit zu sichern, Bodenerosion zu verhindern, typische Landschaftselemente zu pflegen und Belastungen von Grundwasserund Oberflächengewässern durch Überdüngung zu vermeiden.

Eine naturnähere landwirtschaftliche Produktionsweise läßt sich nicht mit einer Landwirtschaftspolitik durchsetzen, die isoliert einige "Renommierbetriebe" des ökologischen Landbaus fördert und ansonsten alles beim alten beläßt. Sozialdemokratische Politik in Nordrhein-Westfalen will generell eine naturnähere landwirtschaftliche Produktion durchsetzen.

Zentrale Aufgaben der Landwirtschaftspolitik sind

- Unterstützung des naturnahen Landbaus,
- Aufbau von Forschungs- und Beratungskapazitäten an den landwirtschaftlichen Hochschulen und Selbstverwaltungsorganen für integrierte Pflanzenproduktionssysteme,
- langfristige Sicherung des Einkommens der bäuerlichen Familienbetriebe,
- grundlegende Reform der EG-Agrarmarktordnung,
- Einschränkung des Einsatzes von Pflanzenbehandlungsmitteln.

Die Landwirtschaft erfüllt auch eine wichtige Aufgabe des Naturschutzes. Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen deshalb die Landwirtschaft in die Landschaftspflege mit einbeziehen. Sie setzen sich im Zusammenhang mit einer grundlegenden Reform des EG-Agrarmarktes dafür ein, den Landwirten dann eine finanzielle Entschädigung zu geben, wenn sie im Interesse des Naturschutzes auf eine intensive und umweltbelastende Bewirtschaftung verzichten.

# 5.2.2 Mehr Lebensqualität durch bessere Freizeitbedingungen

Umfang und individuelle Gestaltungsmöglichkeiten der Freizeit sind von der allgemeinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung abhängig.

- Der Trend zur Arbeitszeitverkürzung wird auch in Zukunft anhalten.
- Die Werthaltungen gegenüber Arbeit und beruflichem Aufstieg, gegenüber Natur und Umwelt sowie gegenüber Selbsthilfe und ehrenamtlichem Engagement verändern sich.
- Immer mehr Menschen werden und wollen sich an kulturellen, geselligen, touristischen und sportlichen Aktivitäten beteiligen.
- Durch die Vielfalt der Aktivitäten in der Freizeit und trotz des Trends zu vermehrter eigenwirtschaftlicher Organisation werden vom Freizeitsektor auch Wachstumsimpulse auf die Volkswirtschaft ausgehen.

Mitentscheidend für die Möglichkeit, chancengleich und selbstbestimmt die eigene Freizeit gestelten zu können, ist die jeweilige Einkommenssituation. Deshalb darf Freizeitpolitik sich nicht allein auf die öffentliche Vorsorge für die materielle Infrastruktur beschrän-

# Weniger Pflanzenbehandlungsmittel

## Freizeit nimmt zu

# Freizeitchancen für alle

Bürgertreffs

ken; sie muß sich vielmehr als umfassendes Aktionsfeld verstehen, das alle Politikbereiche einbezieht.

Sozialdemokratische Politik in Nordrhein-Westfalen will die selbstbestimmte Freizeit für alle Bürger sichern.
Vordringliche Aufgabe ist es, die sozialen, räumlichen und zeitlichen Nachteile abzubauen, die noch immer beim Zugang und bei der Nutzung der verschiedensten Freizeitangebote und Freizeitgestaltungsmöglichkeiten bestehen. Die in
der Freizeit benachteiligten Gruppen
sind zumeist die, die auch in der Arbeit den größeren Belastungen ausgesetzt sind.

Je erfolgreicher diese Benachteiligungen abgebaut werden, desto mehr können Bürger über ihre freie Zeit selbst bestimmen. Diesem Ziel dient auch, Kindern und Heranwachsenden bereits im Elternhaus und im Kindergarten, in Vorschule und Schule und in der beruflichen Ausbildung mehr Möglichkeiten verschafft werden, Kreativität, Eigeninitiative und selbständiges Denken und Handeln zu erlernen. Auf -diese Weise wird auch die Gefahr geringer, daß Fernsehen und Video Kinder und Erwachsene einseitig zu inaktivem Unterhaltungskonsum verleiten und Möglichkeiten zwischenmenschlicher Kommunikation verschütten.

## 5.2.2.1 Öffentliche Begegnungsstätten

Insgesamt ist die Infrastruktur für Freizeitbetätigung in Nordrhein-Westfalen gut. Vor allem für diejenigen, die sportliche Aktivitäten entwickeln wollen, stehen im ganzen Lande moderne und leistungsfähige Sportanlagen für den Breitensport, aber auch für den Spitzensport zur Verfügung. In vielen Stadtteilen fehlt es hingegen noch an Treffpunkten für alternative Kulturaktivitäten, stadtteilbezogene Freizeitinitiativen und Kommunikationsmöglichkeiten.

Die sozialdemokratische Landesregierung wird deshalb im Rahmen der Politik der behutsamen und erhaltenden Stadterneuerung Mittel für öffentliche und wohnungsnahe Begegnungsstätten bereitstellen. Vorrangig sollen funktionslos gewordene öffentliche Gebäude, etwa leerstehende Schulen oder denkmalwerte, stadtbildprägende Gebäude, für die eine neue Nutzung gesucht wird, hergerichtet werden.

Seit 1971 sind in Nordrhein-Westfalen 42 überregionale Freizeit- und Erholungsschwerpunkte fertiggestellt worden, 16 weitere befinden sich im Bau und sollen bis 1985/1986 fertig werden. Der Bedarf an überregionalen Freizeitanlagen ist damit inzwischen im wesentlichen gedeckt.

Die Sozialdemokraten wollen den Wünschen nach wohnungsnaher Erholung jetzt vor allem durch Förderung von Freizeiteinrichtungen in der Nähe der Wohngebiete Rechnung tragen. Gleichzeitig muß der Schutz der freien Landschaft verstärkt werden, um das zunehmende Bedürfnis der Menschen nach naturnaher Freizeit und Erholung befriedigen zu können.

Trotz der Verpflichtung zur Rekultivierung gibt es in Nordrhein-Westfalen eine beträchtliche Zahl von "Baggerlöchern", die nach ihrer Ausbeutung liegengelassen wurden. Viele haben sich zu
"wilden" Badeseen entwickelt, an denen
oft unerträgliche hygienische Zustände
herrschen.

Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden Vorhaben fördern, solche Seen mit geringem Aufwand zu ortsnahen Erholungsstätten auszubauen. Das Verursacherprinzip muß auch hier gewährleistet bleiben.

### 5.2.2.3 Sport in der Freizeit

Sport in der Freizeit findet ein zunehmendes Interesse in der Bevölkerung. Sozialdemokratische Politik vertraut hier zunächst auf das große Angebot, das Vereine den Sportinteressierten bieten. Die vielfältigen Möglichkeiten zu sportlicher Betätigung in unserem Lande – vor allem für Kinder und Jugendliche – wären nicht denkbar ohne das größtenteils ehrenamtliche Engagement von Helfern und Betreuern in Sportvereinen und Sportverbänden. Ihre Unterstützung werden wir in partnerschaftlicher Zusammenarbeit fortsetzen.

Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden vor allem die Förderung
des Breitensports fortsetzen und verstärken. Dabei werden sie versuchen, gerade im wohnungsnahen Bereich zusätzliche Einrichtungen für Spiel und Sport,
die für jedermann zugänglich sind, anzubieten. Ziel ist es, die Voraussetzungen für Spiel, Sport und Bewegung für
alle Bevölkerungsschichten zu schaffen.

Sozialdemokraten treten dafür ein, daß

Erholung nahe genug

Baggerseen ausbauen

Breitensport: Sport für alle

# In jeder Gemeinde

Sinnvolle

Stadterneuerung

Mehr Platz zum Spielen

Radwege

gemeinsam mit Vereinen und Verbänden in jeder Gemeinde ein "Aktionsprogramm Breitensport" erstellt wird. Darin sollen die Sport- und Sportstättensituation analysiert und Perspektiven für deren künftige Entwicklung aufgezeigt werden. Entsprechende Modelle sind zur Zeit in Vorbereitung. Ziel ist es, noch vorhandene regionale und sektorale Defizite abzubauen.

### 5.2.3 Behutsame und erhaltende Stadterneuerung

Der Wiederaufbau unserer Städte und Dörfer nach dem Krieg ist heute abgeschlossen. Die Städte und Dörfer von morgen werden zum größten Teil aus den Gebäuden und Einrichtungen von heute bestehen. Deshalb muß die Städtebaupolitik heute in erster Linie eine Politik der erhaltenden Erneuerung von Städten und Dörfern sein. Sie hat vorrangig folgende Aufgaben:

- die Sicherung preiswerter Wohnungen für untere Einkommensgruppen,
- die Verbesserung des Wohnumfeldes und die Verringerung der Umweltbelastungen, vor allem in dichtbebauten Siedlungsbereichen,
- die Verbesserung der Standortbedingungen für Gewerbe und Industrie, vor allem für Klein- und Mittelunternehmen.
- die Ermöglichung neuer Formen von sozialem Engagement,
- die Bewahrung des baulichen Erbes der Vergangenheit durch Denkmalschutz und Denkmalpflege.

Die sozialdemokratische Landesregierung wird die Politik der behutsamen und erhaltenden Stadterneuerung fortsetzen, die sie 1980 eingeleitet hat. Besondere Aufmerksamkeit gilt zunächst den im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstandenen frühindustriellen Siedlungsgebieten mit ihrer engen Vermischung von Wohnungen und Gewerbebetrieben.

Bei der behutsamen und erhaltenden Stadterneuerung kommt es vor allem darauf an,

- mehr Bewegungsflächen für Kinder und Jugendliche zu schaffen,
- mehr Grün in die Wohngebiete zu bringen,
- innerörtliche Netze von Fußwegen und Radwegen einzurichten,
- die Sicherheit auf den innerörtlichen Straßen zu erhöhen und die Emissionen (Abgase und Lärm) der Kraftfahrzeuge zu vermindern,
- durch Erhaltung denkmalswerter Bauten städtebauliche Kristallisationspunkte

und historische Erinnerungswerte zu schaffen.

Die Entwicklungsmöglichkeiten von Gewerbe und Industrie, vor allem von Klein-Mittelbetrieben, am vorhandenen Standort sollen durch ein abgestimmtes Maßnahmenbündel zur Standortsicherung verbessert werden. Dabei sollen die Möglichkeiten des Städtebaus, der Wirtschaftsförderung und des Umweltschutzes aufeinander abgestimmt eingesetzt werden. Mit der Verstärkung des aktiven Immissionsschutzes können gleichzeitig der technologische Standard des Betriebes und die Bedingungen am Arbeitsplatz verbessert werden.

Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen erwarten, daß die Landesregierung
mit einem mehrjährigen Städtebauprogramm im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung den Gemeinden hinreichende
Planungs- und Finanzierungssicherheit
verschafft. Nur so können Bürgerengagement geweckt und langfristige, möglichst flächendeckende Stadterneuerungskonzepte erarbeitet und umgesetzt werden. Dabei ist sicherzustellen, daß die
Gemeinden im Rahmen ihrer Gesamtplanung
flexibel und unbürokratisch über den
Mitteleinsatz entscheiden können.

## 5.2.3.1 Wirtschaftsgerechte und umweltfreundliche Verkehrswege

Nordrhein-Westfalen besitzt heute eine gute, teilweise soger hervorragend ausgebaute Verkehrsinfrastruktur. Der Aufbau eines leistungsfähigen und attraktiven Öffentlichen Personennahverkehrs hat in den Ballungsräumen Vorrang. Dies dient auch als echte Alternative zum Auto der Mobilität der Bürger, der rationellen Energieverwendung, der Umweltverträglichkeit, der Verkehrssicherheit, der Wiedergewinnung städtebaulicher Entwicklungschancen.

Zwischen 1969 und 1983 wurden rund 147 Kilometer Stadtbahnstrecken mit rund 5,8 Mrd. DM gebaut. Zu den bereits bestehenden 200 Kilometer S-Bahn-Strecken sollen weitere 125 Kilometer als wesentlicher Teil des Öffentlichen Personennahverkehrs hinzu kommen.

Ein funktionsfähiger Öffentlicher Personennahverkehr ist auf Verkehrsverbünde und Verkehrsgemeinschaften angewiesen.

Die Landesregierung fördert deshalb die Gründung von Verbünden und Gemeinschaften. 90 % der Einwohner und 85 % der Fläche werden in Nordrhein-Westfalen be-

# Gut planen, sicher finanzieren

Vorfahrt für ÖPNV

## Neuer Verkehrsverbund

reits durch Verkehrsgemeinschaften bezichungsweise durch den Verkehrsverbund
Rhein-Ruhr bedient. Wichtigstes weiteres Ziel ist die Gründung des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg. Dank der wachsamen und hartnäckigen Politik der sozialdemokratisch geführten Landesregierung
gegenüber dem Bund wird sich die Deutsche Bundesbahn am Verbundverkehr mit
ihrem gesamten Streckennetz beteiligen.

Ende 1983 existierten rund 1.900 Kilometer Autobahnstrecken und über 12.000 Kilometer Landstraßen in Nordrhein-Westfalen. Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden hat das Landzwischen 1980 und 1983 den Gemeinden und Kreisen über 3,7 Mrd. DM zugewiesen.

Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen haben aber rechtzeitig den Auswirkungen eines extensiven Straßenbaus für die Umwelt Rechnung getragen. Im Landesstraßenbedarfsplan (1982) und im Landesstraßengesetz (1983) sind die Beteiligung der Bürger bei der Verkehrswegeplanung gestärkt und die Ziele im Straßenbau neu formuliert worden. Sie lauten: "Ausbau vor Neubau – Qualität vor Quantität!" Das bedeutet Vorrang für

- den Bau von Ortsumgehungen,
- die Beseitigung von Engpässen,
- die Verbesserung der Umweltverträglichkeit, besonders des Lärmschutzes,
- die Verbesserung der Verkehrssicherheit,
- die Erstellung eines Radwegenetzes.

Bürgernahe Verkehrspolitik

"Ausbau geht vor

Neubau"

Sozialdemokratische Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen wird bürgernah und umweltfreundlich fortgesetzt werden. Dabei ist besonders darauf zu achten, daß

- Parallelinvestitionen auf dem Gebiet des Individualverkehrs unterbleiben (zum Beispiel Planung von Parkhochhäusern in den Stadtbahnstädten, Nutzung einer durch die U-Bahn Freiwerdenden Fläche für den Individualverkehr);
- der Vorrang des Öffentlichen Personennahverkehrs in Ballungsgebieten durch weitere Maßnahmen gefördert wird (zum Beispiel Beschleunigungsprogramme, Busspuren, Entzerrung der Schulanfangszeiten);
- die Kosten im Stadtbahnbau weiter gesenkt werden, vor allem durch niveaugleiche Führungen außerhalb der Kernbereiche und Anpassung des Ausbaustandards;
- der Öffentliche Personennahverkehr auch in der Fläche gestärkt wird, im wesentlichen durch Kooperation der Verkehrsunternehmen, wobei das Land die verbundspezifischen Kosten zu tragen hat;

 die durch die Kooperation eröffneten Rationalisierungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Defizitentwicklungen der Unternehmen des Öffentlichen Personennahverkehrs aufzufangen.

Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalon erwarten vom Bund, daß er seine Politik zu Lasten des Öffentlichen Personennahverkehrs aufgibt und mehr Mittel für den Öffentlichen Personennahverkehr zur Verfügung stellt (Erhöhung des zweckgebundenen Anteils an der Mineralölsteuer und Umschichtung von Straßenbaumitteln). Sie fordern außerdem die Korrektur des vorgelegten Bundesbahn-Sanierungskonzeptes, die erneute Bereitstellung der Zusatzmittel bei der Ausstattung der Programme des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, schluß eines Rahmenabkommens über das Gesamtnetz der S-Bahn Köln und die Einboziehung von Strecken der Bundesbahn in Verkehrsverbünde und Verkehrsgemeinschaften.

Die SPD Nordrhein-Westfalen verlengt, daß die Bundesregierung die Einführung einer Geschwindigkeitsbeschränkung zur Abgasreduzierung und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit prüft und das Bußgeld für das Nichtanlegen von Sicherheitsgurten einführt.

5.2.3.2 Abschluß begonnener städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen

1982 hat die Prüfung der insgesamt 403 in Nordrhein-Westfalen begonnenen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen einen Förderbedarf von rund 2,8 Mrd. DM ergeben. Weitgehend in Übereinstimmung mit den Gemeinden konnte der Betrag um gut 60 % auf rund 1 Mrd. DM reduziert werden. Gleichzeitig erfolgte eine konzeptionelle Neuorientierung hin zu kleinteiligen und überschaubaren Stadterneuerungszielen.

Die Landesregierung wird den förderungsmäßigen Abschluß der laufenden Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen finanziell sicherstellen. 1983 bis 1986 stehen für die Abschlußförderung rund 750
Mio. DM zur Verfügung. Etwa 340 Maßnahmen werden dann finanziell abgewickelt
sein. Bis 1985 werden die 17 laufenden
Entwicklungsmaßnahmen mit einer weiteren Förderung von 42 Mio. DM ausfinanziert. Damit werden vor allem auch die
zunehmend unzumutbar werdenden Belästigungen der Bewohner von Sanierungsgebieten durch sich jahrelang hinziehende
Bautätigkeit beendet.

# Bundesbahn bleibt wichtig

Tempolimit, Sicherheitsgurte

Stadterneuerung ohne "Gigantomanie"

# Alte Fabriken neu nutzen

## Vorsorge durch Grundstücksfonds

# Bauland kostet zu viel

### 5.2.3.3 Wiedernutzung leerstehender Fabrikgebäude

Zur behutsamen und erhaltenden Stadterneuerung gehört nicht nur bei Wohngebäuden die Sicherung vorhandener Bausubstanz. Auch bei leerstehenden Fabrikgebäuden ist es häufig sinnvoller, sie zu
erhalten, anstatt sie – wie es früher
oft geschah – abzureißen.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen stadtentwicklungs- und stadtteilpolitische Zielsetzungen mit den Überlegungen zur Wiedernutzung leerstehender fabrikgebäude verknüpfen. Neue Nutzungen können etwa sein: Wohnungen, Kultur-, Freizeit- und Sporteinrichtungen und auch neue Gewerbebetriebe. Sozialdemokraten erwarten von der Landesregierung, daß sie ein Verfahren entwickelt, das Informationen über leerstehende Fabrikgebäude den Kommunen und auch potentiellen Nutzern zur Verfügung stellt.

### 5.2.3.4 Landesweiter Grundstücksfonds

Industrielle Brachflächen stellen eine erhebliche Beeinträchtigung der Umwelt und Hemmnisse bei der Durchsetzung stadtentwicklungs- und strukturpolitischer Ziele dar. Mit Mitteln des Grundstücksfonds Ruhr werden seit 1980 Zechen-, Industrie- und Verkehrsbrachen erworben, aufbereitet und für Gewerbe, Wohnen und Freizeit zur Verfügung gestellt.

Die Landesregierung hat aufgrund der guten Erfahrungen im Ruhrgebiet einen zusätzlichen landesweiten Grundstücksfonds für das gesamte Landesgebiet eingerichtet. Damit können der Grundstücksmarkt beeinflußt, Grundstücksengpässe beseitigt und grobe Fälle zerstörter Landschaft bereinigt werden.

## 5.2.3.5 Sozial- und umweltgerechte Bodenpolitik

Baulandpreise steigen weiterhin überproportional. In den Verdichtungsdie Grundstückspreise räumen machen beim Einfamilienhaus teilweise mehr als 40 % der gesamten Baukosten aus. Das ist ein echtes Investitionshindernis. Der ständige Preisanstieg veranlaßt außerdem viele Bodeneigentümer, ihre Grundstücke in der Erwartung noch höherer Gewinne zurückzuhalten. Viele Gemeinden suchen einen Ausweg in der Ausweisung immer neuer Baugebiete. führt nicht nur zu hohen Folgekosten für Infrastruktureinrichtungen und Erschließung, sondern auch zu einem weiteren Verbrauch des ohnehin knappen Freiraums.

Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden

- Vorschläge entwickeln, wie die Bodenpreissteigerung gedämpft und gleichzeitig der Planungsmehrwert bei Ausweisung neuen Baulandes vermieden oder abgeschafft werden kann,
- die Bodenhortung bekämpfen,
- kommunale Maßnahmen zur Wiedernutzbarmachung von Industrie- und Verkehrsbrachen (Flächenrecycling) fördern und die Wohnungsbaupolitik auf die Ziele des flächensparenden Bauens ausrichten.

Die Gemeinden müssen eine aktive Baulandpolitik betreiben, indem sie die kurzfristige Bebauung von baureifen Grundstücken (zum Beispiel durch Ausübung von Vorkaufsrechten, Bau- und Nutzungsgebote) oder durch gezielte Baulükkenaktionen ermöglichen. Langfristig sollten Gemeindegrundstücke verpachtet werden, um so zu einer Bodenvorratspolitik anstelle der bisher üblichen Verkaufspraxis zu kommen. Die wesentlichen Gesetzgebungskompetenzen Die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten fordern:

- Rechtsänderungen im Bereich des Bodensteuerrechts, um den finanziellen Anreiz zu Bodenhortung zu nehmen und leistungslosen Immobilienprofit zu kürzen. Die Einheitswerte der Grundstücke müssen aktualisiert werden. Werden innerhalb bestimmter Fristen Bauvorhaben nicht verwirklicht, müssen Entschädigungs- und Umwidmungsmaßnahmen der Gemeinden zulässig sein. Dabei muß sich die Höhe des Bodenwertes nach dem Zeitpunkt vor der Baulandausweisung richten.
- Generelles Ankaufsrecht der Gemeinden bei der Ausweisung neuer Baugebiete, wobei sich der Grundstückspreis nach dem Bodenwert vor der Ausweisung zu richten hat.
- Verbesserung der bauplanungsrechtlichen und immissionsschutzrechtlichen Möglichkeiten zur Lösung von Gemengelagenkonflikten.

#### 5.2.4 Wohnen

Wohnungspolitik ist wesentlicher Teil sozialdemokratischer Gesellschafts- und Familienpolitik. Die Qualität der Wohnung bestimmt die individuellen Freiräume und die sozialen Beziehungen, sie beeinflußt die Gesundheit, sie wirkt auf die Entwicklung der Kinder.

# Gegen Bodenhortung

## Baulandpolitik

# Gemeinden sollen vorsorgen dürfen

Wohnen muß bezahlbar bleiben Wohnungsbestand sichern

Bundesregierung erschwert Modernisierung

Gezielte Hilfe für den Eigenheimer Sozialdemokratische Wohnungspolitik engagiert sich deshalb vor allem für die Wohnungsprobleme derer, die sich micht allein helfen können. Niemand darf ohne eine Wohnung sein, die den sozialen Mindestanforderungen entspricht. Wohnen muß vor allem für jeden bezahlbar sein.

5.2.4.1 Bestandserhaltung preisgünstigen Wohnraums und Modernisierung

Die wichtigste Aufgabe der Wohnungspolitik ist heute und in den nächsten Jahren die Erhaltung des Wohnungsbestandes. Preisgünstiger Wohnraum kann in größerem Umfang nur im Wohnungsbestand gesichert werden.

Die Landesregierung wird die Modernisierungsförderung mit jährlich rund 220 Mio. DM Landesmitteln für rund 40.000 Wohnungen im Jahr fortführen, um preiswerten Wohnzaum für einkommensschwächere Bevölkerungsschichten zu sichern und dazu beizutragen, daß dem Herunterwirtschaften von Wohnraum und der Zweckentfremdung besser als bisher begegnet werden kann. Sie fordert vom Bund den Wiedereinstieg in die direkte Modernisierungsförderung. Der einseitige Rückzug des Bundes aus seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Modernisierung bedeutet, daß allein in Nordrhein-Westfalen für Jahr rund 40.000 Wohnungen weniger modernisiert werden.

5.2.4.2 Sicherung der eigengenutzten Wohnung

In Zeiten rückläufiger Einkommen, steigender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit geraten Bauherren und Käufer eigengenutzter Wohnungen mit relativ niedrigem Einkommen durch steigende Zinsen in finanzielle Not.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen Eigentümern, die, ermutigt durch die Gewährung staatlicher Mittel aus dem Eigentumsförderungsprogramm, ein Eigenheim erworben haben und aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in finanzielle Schwierigkeiten geraten, gezielt helfen. Die "Wohneigentumssicherungshilfe" soll einkommensabhängig sein und vorrangig kinderreichen Familien und Behinderten zugute kommen.

Vom Bund fordern Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen, daß er sich mit den Ländern an der Finanzierung beteiligt. In seiner politischen Verantwortung läge es auch, der Bundesbank ein kreditpolitisches Instrumentarium vorzugeben, das mit Hilfe von Zinsverbilligungen oder festen Kapitalmarktzinsen nachträgliche Zinssteigerungen für Bauherren und Käufer ausschließt.

#### 5.2.4.3 Mieterschutz

Zwei Drittel əller Bürger in Nordrhein-Westfalen leben in Mietwohnungen. Sozial tragbare Mieten sind für sie von existenzieller Bedeutung.

Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden deshalb bei mit staatlichen Mitteln geförderten Wohnungen am Prinzip der Kostenmiete festhalten. Um überhöhte Sozialmieten zu vermeiden, müssen gezielte Hilfen (Härteausgleich) eingesetzt werden, die neben dem Wohngeld in Härtefällen eine tragbare Miete sichern.

Die zu teuren Wohnungen der 70er Jahre müssen, um Leerstände zu vermeiden, entweder verbilligt werden, damit Wohnberechtigte dort wohnen können, oder aus ihrer Sozialbindung entlassen werden.

Sozialdemokraten fordern vom Bund, daß das neue Mietrecht der konservativen Bonner Koalition wieder rückgängig gemacht wird, weil es sich zum Nachteil einkommensschwacher Bevölkerungsschichten auswirkt. Sie erwarten außerdem, daß die Bundesregierung das Wohngeld den veränderten Einkommen und Mieten in regelmäßigen Zeitabständen anpaßt.

#### 5.2.4.4 Wohnungsbauförderung

Die Wohnungsbauförderung verfolgt die Ziele:

- Schaffung eines quantitativ und qualitativ ausreichenden Ängebots an Wohnungen,
- Sicherung von sozial tragbaren Mieten und Belastungen,
- Mitgestaltung der Stadt- und Siedlungsentwicklung.

Die Förderungsmaßnahmen im sozialen Wohnungsbau kommen auch der Bauwirtschaft zugute und sichern damit Arbeitsplätze. Die Wohnungsbauförderung dient zudem der Bildung von Wohneigentum.

Sozialdemokraten wollen am heutigen 5ystem der direkten Förderung festhalten. Dagegen halten sie das derzeitige System der einkommenssteuerlichen Förderung des Wohnungsbaus für sozial unaus-

## Härteausgleich bei zu hohen Mieten

SPD verlangt: Konservatives Mietrecht ändern

Wohnungsbau für erträgliche Mieten

# Mehr Hilfe für kleinere gewogen und ungerecht, da der Steuervor-Einkommen

teil mit dem Einkommen steigt. Wer viel verdient, wird stark gefördert; wer wenig verdient, wird wenig gefördert. Wir wollen diese ungerechtfertigten Steuervorteile eindämmen.

Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden die Förderung des Wohnungsneubaus auf die besonders benachteiligten, einkommensschwächeren Gruppen und auf die regionalen Bedarfsschwerpunkte, das heißt vor allem auf die Ballungsgebiete, konzentrieren.

Sie erwarten vom Bund, daß er die Förderung des sozialen Wohnungsbaus verstärkt. Dies kann vor allem durch Umschichtungen innerhalb der Wohnungsbauförderung (einschließlich der zusätzlichen Einnahmen des Bundes aus der Investitionshilfeabgabe) erfolgen.

#### 5.2.4.5 Kostengünstiges und Flächensparendes Bauen

Sozial tragbare Mieten und Belastungen bei Eigenheimen können nur gewährleistet werden, wenn die Grundstücksund die Baukosten begrenzt werden. Mit Modellvorhaben für kostengünstiges flächensparendes Bauen sind in Nordrhein-Westfalen gute Erfahrungen macht worden.

Die Landesregierung wird die dabei erzielbaren Kosteneinsparungen an die Mieter und Bauherren des sozialen Wohnungsbaus weitergeben. Beginnend mit dem Förderjahrgang 1984 kann die Höchstbewilligungsmiete um bis zu 0,50 DM pro qm gesenkt werden.

Durch Änderungen der Wohnungsbauförderungsbestimmungen und Novellierung der Landesbauordnung wird die Landesregierung dafür sorgen, daß weitere Kosten im Wohnungsbau eingespart werden können. Die Gemeinden sind aufgefordert, ihren Beitrag für kostengünstigen und flächensparenden Wohnungsbau durch die Bebauungs- und Bauplanung, sparsame und wirtschaftliche Grundstückserschließung und Bereitstellung preisgünstiger Grundstücke – vorrangig im Erbbaurecht – zu leisten.

Der Bund muß durch Änderung und Ergänzung der Baunutzungsverordnung rechtliche Hemmnisse für kostengünstiges Bauen beseitigen.

5.2.4.6 Neue soziale Wohn- und nungsbauformen/Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens

Modelle für preiswertes Bauen

Mieter profitieren

Preisgünstigere Grundstücke

Viele Menschen suchen nach Alternativen zu den vorherrschenden Formen des Wohnens, jenseits von Eigenheim oder Mietwohnung. Sie beleben dabei auch die traditionellen Gedanken genossenschaftlicher Selbsthilfe.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen unterstützen diesen Prozeß, der auch die historischen Wurzeln des solidarischen Verhaltens der Arbeiterbewegung aufnimmt. Dies gilt ebenso für Vorschläge, neue Formen der selbstverwalteten Arbeitsbeschaffung und Arbeitsorgenisation zu entwickeln.

Sozialdemokraten sehen es deshalb als Aufgabe an,

- den Genossenschaftsgedanken wiederzubeleben und weiterzuentwickeln,
- rechtliche Hindernisse zu beseitigen und die rechtlichen Voraussetzungen für das Tätigwerden von Solidargemeinschaften zu verbessern,
- die Erprobung neuer Wohnformen zu unterstützen und ihre Risiken zu mindern.

#### Sie fordern vom Bund:

- Prüfung, welche rechtlichen Organisationsformen (innerhalb oder außerhalb des Genossenschaftsrechts) am besten diesen Zielen entsprechen.
- Erweiterung und bessere rechtliche Absicherung der Möglichkeit, Eigenleistungen durch Selbsthilfe zu erbringen.
- Einräumung von Steuervorteilen auch für diejenigen, die Wohnungen in genossenschaftlichen Wohnformen schaffen oder erhalten wollen.

### 5.3 <u>Demokratischer Staat - Staat der</u> Freiheit

Nur die Solidarische Gesellschaft hat Kreft und Toleranz, um die neuen Herausforderungen unserer Gesellschaft zu bewältigen. Friede im Innern durch soziale Gerechtigkeit, Liberalität und Mitmenschlichkeit sind dafür unverzichtbare Voraussetzung.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen sind bereit, sich dem kritischen Protest gegen erstarrte Strukturen zu stellen. Kritik ist ein Lebenselement der Demokratie. Sozialdemokratische Kritik ist daher darauf gerichtet, die Ursachen gesellschaftlicher Konflikte aufzudecken; sozialdemokratische Politik zielt darauf, sie nach Möglichkeit zu beseitigen. Konservative verlangen statt dessen ein härteres Vorgehen des Staates. Das ist der falsche Weg. Weder

# Selbsthilfe durch Genossenschaften

Rechtliche Hürden beseitigen

Steuerliche Hilfe

Innerer Friede

NRW bleibt tolerant

## Freiheitsrechte sichern

Keine Sonderamnestie

die Verschärfung gesetzlicher Vorschriften, etwa des Demonstrationsrechtes, noch Massenverhaftungen nach Nürnberger Muster beseitigen die Ursachen für Konflikte und Proteste. Das kann nur geschehen durch eine Politik der weiteren Demokratisierung und der Reformen in all den Bereichen, in denen unsere Gesellschaft nicht in Ordnung ist.

5.3.1 Sozialdemokratische (nnenpolitik sichert Bürgerfreiheit und schafft Sicherheit

Die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger müssen immer wieder neu verteidigt werden. Sozialdemokraten in Nord-rhein-Westfalen schützen diese Freiheitsrechte auch in schwierigen Zeiten und streiten für mehr Demokratie und Liberalität. Sozialdemokratische Rechtsund Innenpolitik in Nordrhein-Westfalen will

- dem Rechtsfrieden dienen,
- die Freiheitsrechte sichern,
- den sozialen Ausgleich schaffen.

Sozialdemokratische rechts- und immenpolitische Reformen haben mehr Gerechtigkeit geschaffen, die Freiheitlichkeit unserer staatlichen Ordnung erweitert und zugleich die Fähigkeit des Staates zum Schutz dieser Ordnung und des einzelnen Bürgers gestärkt.

Die Erfolge sozialdemokratischer Reformen in den 60er und 70er Jahren wurden durch enges Zusammenwirken von Bundes- und Landespolitik möglich. Dazu gehören vor allem Reformen im Bereich des Ehe- und Familienrechts, des Strafrechts und des Strafvollzugs, der Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge, der Wirtschafts- und Umweltkriminalität. Viele rechts- und innenpolitische Reformen gehen auf Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen im Bundesrat zurück.

### 5.3.1.1 Den Rechtsfrieden bewahren

Sozialdemokraten kämpfen für eine liberale Rechtsordnung, in der Arm und Reich vor dem Gesetz gleich behandelt werden. Das bedeutet auch verstärkte Bemühungen zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität.

Grundvoraussetzung für die Einhaltung des Rechtsfriedens ist, daß der Bürger den Staat und die Tätigkeit der Organe akzeptiert. Sozialdemokraten wollen eine bürgernahe Polizei. Hier ist schon vieles geschehen, Bewährtes wird fortgesetzt:

- Die polizeiliche Präsenz ist durch den vermehrten Einsatz von Fußstreifen sichtbar verbessert worden. Die Zahl der Bezirksbeamten als Ansprechpartner für den Bürger ist wesentlich erhöht worden.
- Verkehrsunfallbekämpfung erfolgt verstärkt durch Aufklärung der Verkehrsteilnehmer und durch Entschärfung von Gefahrenstellen.
- Die kriminalpolizeiliche Beratung des Bürgers ist effektiver gestaltet worden.
- Die Auswahl aus den Bewerbern für den Polizeidienst geschieht sehr sorgfältig unter besonderer Beachtung ihrer Eignung, dem Bürger angemessen zu begegnen. Dem dient auch der zunehmende Frauenanteil in der Schutzpolizei. Für das Verhältnis der Bürger zur Polizei und die Effektivität der Polizeiarbeit ist die Berufszufriedenheit der Polizeibeamten wichtig. Entlastungen für den Wechselschichtdienst und der Aufstieg diensterfahrender lebensälterer Beamter sind geschaffen und eingeleitet worden.
- Auch in der Aus- und Fortbildung wird dem Verhältnis der Bürger zur Polizei besondere Bedeutung zugemessen (zum Beispiel Verhaltenstraining zur Konfliktbewältigung).
- Die Bürger haben berechtigte Sicherheitsbedürfnisse. Die sehr hohe Aufklärungsquote bei Gewaltdelikten (1983: 75,30 %) zeigt, daß hier der richtige Weg eingeschlagen worden ist und auch generalpräventive Wirkungen erzielt werden (Rückgang im Jahre 1983 um 3,14 %, Anteil an der Gesamtkriminalität 1983: 2,43 %).

Weil Kritik ein Lebenselement der Demokratie ist, kann die Polizei gerade bei Demonstrationen durch ihr Verhalten Vertrauen zum kritischen Bürger zeigen und damit auch beim Bürger Vertrauen zum Staat schaffen. Bei den Großdemonstrationen in Bonn und Kalkar ist dies bewiesen worden. Obwohl in Nordrhein-Westfalen die weitaus meisten politischen Veranstaltungen und Großdemonstrationen Bundesrepublik stattfinden. liegt der Anteil der Veranstaltungen mit unfriedlichen Begleiterscheinungen weit unter dem Bundesdurchschnitt. Die nordrhein-westfälische Linie des besonnenen, sorgfältig differenzierenden Reagierens auch auf lautstarken öffentlichen Protest, mit konsequentem Vorgehen gegen Krawallmacher, hat sich bewährt. Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen halten an dieser Linie Fest.

Die polizeíliche Erhebung, Verarbeitung und Weitergabe personenbezogener Daten

# Bürgernahe Polizei

# Beratung verbessert

## Sicherheit vor Verbrechen

Linie der Besonnenheit

# Daten bleiben unter Schutz

Verfassungsschutz

## Demonstrationsrecht

gegen den Willen des Betroffenen stellt einen Eingriff in dessen allgemeines Persönlichkeitsrecht dar. Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen fordern deshalb - soweit noch nicht vorhanden - klare gesetzliche Regelungen auch für den Bereich der Polizei.

Besonders problematisch ist die Weitergabe personenbezogener Daten durch die Polizei an andere Behörden. In diesem Zusammenhang fordern Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen den Bund auf, Aufgaben und Befugnisse der Nachrichtendienste und die Zusammenarbeit zwischen Polizei und den Diensten gesetzlich zu regeln.

Mit dem Verfassungsschutzgesetz ist in Nordrhein-Westfalen eine Basis für verfassungs- und gesetzmäßiges Arbeiten dieses Dienstes geschaffen. Sozialdemokratische Innenpolitik achtet in besonderem Maße darauf, daß das konkrete Tun und Lassen des Verfassungsschutzes dem legitimen Sicherheitsinteresse der Gemeinschaft ebenso entspricht wie der liberalen Grundstruktur unseres Staates und den Rechten jedes einzelnen Bürgers.

#### 5.3.1.2 Für ein liberales Demonstrationsrecht

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen stehen für ein liberales Demonstrationsrecht und lehnen alle Versuche entschieden ab, die Rechte der Bürger zur Teilhabe am demokratischen Meinungsbildungsprozeβ einzuschränken. Die von der Bundesregierung beabsichtigte Verschärfung der Rechtsnormen für Landfriedensbruch und die Einführung eines generellen Vermummungsverbots drohen Grundrechte einzuschränken und Bürger zu kriminalisieren - sie tragen in Wirklichkeit nicht dazu bei, Krawalle zu verhindern. Dem Versuch, dadurch eine Kluft zwischen friedlich demonstrierenden Bürgern und der Polizei aufzureißen, muß entgegengetreten werden. Eine Heranziehung von Demonstranten zu den Kosten des Polizeieinsatzes wird es unter einer sozialdemokratischen Regierung in Nordrhein-Westfalen nicht geben; dies würde auf eine faktische Einschränkung des Demonstrationsrechts hinauslaufen.

# 5.3.1.3 Besserer Datenschutz sichert Freiheitsrechte

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen treten ein für einen wirksamen Datenschutz. Unter ihrer maßgeblichen Beteiligung hat das Land Nordrhein-Westfalen

Bei uns hat Datenschutz Verfassungsrang

hier schon in der Vergangenheit Schrittmacherfunktion übernommen. Es hat seinerzeit die parlamentarischen Beratungen des Bundesdatenschutzgesetzes entscheidend beeinflußt. Das hat zur Schaffung unabhängiger Datenschutzbeauftragin Bund und Ländern geführt. Es hat als einziges Bundesland, und gleichzeitig mit Erlaß des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen im Jahre 1978, ein Grundrecht auf Datenschutz in die Landesverfassung aufgenommen. Das des Bundesverfassungsgerichtes zum Volkszählungsgesetz 1983 bestätigt, wie richtig dieser Weg ist.

Sozialdemokraten sind davon überzeugt und sehen sich durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt, daß wirksamer Datenschutz auf Dauer nur gewährleistet wenn das Datenschutzrecht mit Blick auf die fortschreitende technologische Entwicklung auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung die sich hieraus ergebenden Gefahren für die Persönlichkeit und die Privatsphäre des Bürgers ständig überprüft und fortentwickelt wird. In den nächsten Jahren müssen verstärkt Anstrengungen unternommen werden, um den Arbeitnehmer vor einem mißbräuchlichen Einsatz sogenannter Personalinformationssysteme zu bewahren.

Die SPD-Landtagsfraktion hat mit ihrer "Initiative zur Verbesserung des Datenschutzes in Nordrhein-Westfalen" Februar 1984 die Landesregierung aufgefordert, umgehend die landesrechtlichen Vorschriften anhand der sich aus dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts ergebenden neuen datenschutzrechtlichen Erkenntnisse kritisch zu überprüfen; dies gilt beispielsweise auch für das Melderecht und den polizeilichen Bereich. Das Vertrauen des Bürgers in den Staat, das – bedingt durch bundespolitische Vorhaben wie das Volkszählungsgesetz 1983 und das Bundespersonalausweisgesetz - teilweise verlorengegangen ist, muß nach Auffassung der Šozialdemokraten auch durch gesetzgeberische Maßnahmen wiedergewonnen werden. die dem vom Bundesverfassungsgericht anerkannten Recht des Bürgers "auf informationalle Salbstbestimmung" in vollem Umfang Rechnung tragen.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen haben deshalb auch die Absicht, eine Novelle zum Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen vorzulegen, die entscheidende Fortschritte auf dem Gebiet des Datenschutzes bringen soll und die führende Rolle des Landes auf diesem Gebiet erneut ausweisen wird. Sozialdemokraten

Arbeitnehmer vor Mißbrauch bewahren

Beispiel: Melderecht

"Selbstbestimmung"

Bürgernahe Rechtsprechung

Besserer Verbraucherschutz

Gegen "Video-Gewalt"

§ 218 nicht antasten

achten zugleich darauf, daß bei Anwendung des Datenschutzrechtes Schutzinteressen des einzelnen und Gemeinschaftsinteressen miteinander verträglich bleiben

5.3.1.4 Rechtsreform statt Abbau von Rechten

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen treten ein für eine unabhängige und bürgernahe Rechtsprechung, die den Richtern "anvertraut" ist. Entsprechendes gilt für die gesetzlichen Rechtspflegeaufgaben der Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Notare.

In vielen Bereichen können die Bürger ihre Rechte erst dann wirksam wahrnehmen, wenn der Staat wirtschaftliche Macht beschränkt. Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen setzen sich deshalb für eine weitere Verbesserung des Verbraucherschutzes ein. Der Bund muß dafür sorgen, daß die Darlehnsnehmer vor Datenkrediten wirksam geschützt werden. Das Insolvenzrecht ist so umzugestalten, daß es möglich wird, endgültige Zusammenbrüche zu verhindern und wirtschaftlich erhaltenswerte Betriebe allem die Arbeitsplätze - zu retten. Durch eine klare gesetzliche Regelung müssen Sozialpläne im Zusammenhang mit Konkursen vorrangig abgesichert wer-

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden auch künftig alles tun, um den Widerstand der gegenwärtigen Bundesregierung gegen wirksame Gesetze zur Bekämpfung der neuartigen Formen der Kriminalität – insbesondere in der Form der illegalen Arbeitnehmerüberlassung, der Computerkriminalität, Bandenkriminalität, im Betäubungsmittelbereich und des Ausschreibungsbetrugs – zu überwinden. Sozialdemokraten bekämpfen die Gewaltverherrlichung durch die Verbreitung in Video-Cassetten mit Filmen, deren Inhalt die Menschenwürde verletzt.

Die gegenwärtige Bundesregierung betreibt den Abbau von Errungenschaften sozialer und liberaler Rechtsreformen der 60er und 70er Jahre. Davon sind vor allem Frauen betroffen. Offenkundiges Beispiel dafür ist der Versuch einer Aushöhlung des reformierten § 218 StGB. Es ist heuchlerisch, wenn die Konservativen auf Frauen in Not moralischen Druck ausüben, gleichzeitig aber das Mutterschaftsgeld um 320 Mio. DM kürzen.

Sozialdemokraten wollen Frauen, die aus einer schwerwiegenden sozialen Notlage, wegen ernster Gesundheitsgefahren oder weil ihre Schwangerschaft das Ergebnis einer Vergewaltigung ist, einen Schwangerschaftsabbruch erwägen oder anstreben, individuelle Hilfe und Beratung zuteil werden lassen. In Nordrhein-Westfalen werden auch weiterhin Beratungsstellen gefördert, die den Frauen in dieser schwierigen Entscheidungssituation beistehen.

5.3.1.5 Die liberale Rechtspolitik in Nordrhein-Westfalen wird fortgeführt

Die Humanisierung des Strafvollzugs in der Bundesrepublik ist in entscheidendem Maße durch die Reformbemühungen der sozialdemokratischen Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert und worden. Diese Tradition muß geprägt fortgesetzt werden. Die Möglichkeiten des Jugendstrafrechts, den Freiheitsentzug durch Alternativen - zum Beispiel durch gemeinnützige Arbeit - zu ersetzen, müssen verstärkt ausgeschöpft werden. Durch die Erweiterung des Anwendungsbereichs der Strafaussetzung zur Bewährung soll die Eingliederung von Straftätern in die Rechtsgemeinschaft aller weiter gefördert werden.

Ein verhärtetes Klima in der Gesellschaft begünstigt die Zunahme von Konflikten und die Tendenz, eigene Interessen rücksichtslos durchzusetzen. Sozialdemokratische Rechtspolitik sichert den Rechtsfrieden durch Gewährleistung einer effektiven und bürgernahen Rechtspflege und stärkt die Einsicht, daß vor dem Weg zum Gericht alle Möglichkeiten zur außergerichtlichen Regelung ausgeschöpft werden müssen. Den Bemühungen der sozialdemokratisch geführten Landesregierung ist es zu verdanken, daß Nordrhein-Westfalen bei der Entwicklung von Alternativen zur gerichtlichen Streitschlichtung – wie beispielsweise die Schiedsmannordnung - eine führende Stellung einnimmt. Durch solche Alternativen wird der Rechtsschutz des einzelnen in einem bürgernahen Verfahren mit geringem Kostenrisiko gewährleistet.

5.3.1.6 Freiheit und Liberalität brauchen ständige Reformbereitschaft beim staatlichen Handeln

Um die Freiheitlichkeit unseres Staates und die Handlungsfähigkeit von Land und Gemeinden zu erhalten, ist es notwenHumaner Strafvollzug

Streit kann auch ohne Gerichte geschlichtet werden

# Weniger Bürokratie

Gesetze, die man verstehen kann dig, immer wieder Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften darauf zu überprüfen, ob diese unbedingt nötig, einfach anwendbar und leicht verständlich sind. Patentrezepte zur Lösung von "Bürokratieproblemen" gibt es allerdings nicht. Die Grundsätze von Demokratie, Rechtsstaat, Sozialstaat, Föderalismus, der Selbstverwaltung und des Meinungspluralismus verbieten vielfach einfache und schnelle Lösungen. Nur in vielen kleinen Schritten kann eine von vielen Menschen zunehmend als Einengung ihrer Freiheitsrechte empfundene Überbürokratisierung abgebaut werden.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen gehen diesen Weg: Von 284 Verordnungen hat die Landesregierung 125 außer Kraft gesetzt und weitere 92 vereinfacht. Aus dem Bericht der "Ellwein-Kommission" zur Gesetzes- und Verwaltungsvereinfachung in Nordrhein-Westfalen werden geeignete Initiativen abgeleitet. Dabei muß allen bewußt sein: Zielkonflikte zwischen Gleichbehandlung und Einzelfallgerechtigkeit, zwischen Rechts- beziehungsweise Verwaltungsvereinfachung und Bürgerbeteiligung sind unvermeidbar.

Sozialdemokraten treten aber den Vorstellungen der Konservativen entgegen, die mit dem Schlagwort von "Bürokratieabbau" notwendige staatliche Handlungsmöglichkeiten einschränken wollen. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der in der Lage ist, Normen zu setzen und deren Einhaltung zu gewährleisten. Besonders offenkundig ist diese Notwendigkeit beim Umweltschutz und bei der sozialen Sicherung der Schwächeren in der Gesellschaft.

## 5.3.2 Wir wollen mehr Demokratie wagen

Gerade in schwierigen Zeiten ist mehr und nicht weniger Demokratie in allen Lebensbereichen unerläßlich. Nur solche Entscheidungen, deren demokratische Legitimation unbestreitbar ist, werden Bestand haben, wenn zum Beispiel die Konsequenzen aus den verteilungspolitischen Kämpfen zu ziehen sind.

Je komplizierter die Probleme sind, die in einer Gesellschaft gelöst werden müssen, desto wichtiger werden demokratische Beratung, Beteiligung, Übereinstimmung. Sozialdemokraten setzen auf mehr Bürgerbeteiligung, auf mehr demokratische Teilhabe, wie sie sich auch in Bürgerinitiativen ausdrückt. Es gilt, solches Engagement der Bürger zu unterstüt-

...damit mehr Menschen mitreden und mitbestimmen

zen und für die gesamte Gesellschaft produktiv zu machen.

Damit die Demokratie grundlegendes Prinzip in allen Lebensbereichen werden kann, müssen alle Mitglieder der Gesellschaft möglichst gleiche Chancen erhalten, daran mitzuwirken. Wesentliche Voraussetzung dafür ist, daß Frauen und Männer tatsächlich gleichgestellt sind.

Die Konservativen setzen auf Rückzug des demokratischen Staates aus seinen Verantwortlichkeiten; sie wollen die demokratischen Entscheidungsprozesse einengen und versuchen, die konservative Rollenverteilung der 50er Jahre in der Familie wieder herzustellen.

#### 5.3.2.1 Mehr Demokratie in der Arbeitswelt

Die umfassende Demokratisierung der Arbeitswelt ist für Sozialdemokraten eine unverzichtbare Forderung. Die SPD unterstützt die gewerkschaftlichen Anstrengungen zum Ausbau der Mitbestimmung auf Ebenen. Der Mitbestimmungsanspruch der Arbeitnehmer ist nach sozialdemokratischer Überzeugung unteilbar. Sie ist die Voraussetzung für weitere Veränderungen und Reformen in der Ge-sellschaft. In den letzten Jahrzehnten wurden durch Gesetze und vertragliche Regelungen erhebliche Fortschritte in der betrieblichen Mitbestimmung und dem Unternehmensbereich erreicht und gesichert. Die Montanmitbestimmung gehört zu den unveränderbaren Elementen einer Wirtschaftsdemokratie. Sozialdemokraten setzen auf mehr Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften, weil nur so die Einführung neuer Technologien und neuer Fertigungsverfahren sozial verträglich gestaltet werden kann. gleichberechtigte demokratische Teilhabe auch im Arbeitsleben spricht dem Menschenbild unserer Sozialordnung.

Für die künftige Entwicklung gilt es, die Mitbestimmungsmöglichkeiten so auszuweiten, daß sie den Veränderungen des industriell-technologischen Systems gerecht werden. Gewerkschaften und Betriebsräte müssen die technische Entwicklung beeinflussen und im Arbeitnehmerinteresse mitgestelten können. Deshalb sind Bestandteile sozialdemokratischer Politik in Nordrhein-Westfalen:

 die Novellierung des Landespersonalgesetzes, durch die unter anderem die Mitbestimmungsrechte der Personalräte beim Einsatz neuer Technologien gestärkt werden,

# Mitbestimmung auf allen Ebenen

Mehr Mitbestimmung ...

... bei neuen Technologien

- ... in öffentlichen Unternehmen
- ... der Betriebsräte
- ... in allen Großunternehmen

Information und Beteiligung

Folgen neuer Technologien

- die Ausweitung der Mitbestimmung in öffentlich-rechtlichen Unternehmen und Einrichtungen des Landes,
- die Erarbeitung einer Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz und Einbringung im Bundesrat, in welcher die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Einführung neuer Technologien gesichert und ausgeweitet werden,
- die Vorlage einer Gesetzesinitiative zur Sicherung der Montanmitbestimmung und zur Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung auf alle Großunternehmen.
- 5.3.2.2 Den technologischen Wandel wollen – aber ihn sozial beherrschbar machen

Wesentliche Voraussetzung für jede Form Mitwirkung ist die Information. Dies gilt besonders für die Einführung neuer Technologien. Das Betriebsverfassungsgesetz muß mit dem Ziel geändert wichtige daß Informationen rechtzeitig verfügbar sind und die Arbeitnehmer und ihre Organisationen in die Lage versetzt werden, technische organisatorische Alternativlösungen einzubringen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, neue Formen der Beteiligungen, beispielsweise strategischen Produkt- und Produktionsplanung einzuführen. Die Frage der sozialen Beherrschbarkeit neuer Technolo-gien ist einzubinden in eine neue, umfassende Offensive der Mitbestimmung auf allen Ebenen. Auch auf Länderebene ist es für Sozialdemokraten unverzichtbar, den Arbeitnehmern und ihren Organisationen die Möglichkeit zu schaffen. über die Konsequenz von neuen Technologien umfassend informiert zu werden.

technologische Wandel erfordert einen ständigen Informationsaustausch zwischen der Landesregierung und den Tarifvertragsparteien. Die Landesregierung wird deshalb eine ständige Konferenz mit Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmer einrichten. Aufgabe dieser Konferenz ist die Erörterung des sozialen und technischen Wandels und der Konsequenzen daraus auf Landesebene. Diese Konferenz kann sich unter besonderer Beteiligung von Vertretern aus den Regionen spezieller regionaler Probleme annehmen.

Die Technologiefolgenabschätzung in Nordrhein-Westfalen ist stärker zu institutionalisieren, um mehr Technikbewertung für Arbeitnehmer zu erhalten. Das Programm zur "Humanisierung der Arbeit" darf nicht noch weiter durch den

ßund gekürzt werden, sondern muß nach seiner ursprünglichen Konzeption wieder ausgeweitet werden, um die Entwicklung human gestalteten Arbeitsplätzen durch Forschung vorzubereiten. Eine umfassende Politik der Humanisierung der Arbeit darf sich nicht auf die unverzichtbare Verbesserung der unmittelbaren Arbeitsbedingungen beschränken, sondern muß die Forschungs- und Technologiepolitik, die berufliche Qualifikation und die Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen mit umfassen. Gerade für das Industrieland Nordrhein-Westfalen wird es von entscheidender Bedeutung sein, daß es gelingt, den sozialen Konsens über die Notwendigkeit der technologischen Neuerung und der sozialen Gestaltung des technischen Wandels herzustellen.

Dazu ist es auch notwendig, die Arbeitnehmer und ihre Vertreter durch Weiterbildung und Qualifikation in politischen und beruflichen Bereichen in die
Lage zu versetzen, die neuen Anforderungen sach- und interessengerecht wahrzunehmen. Sozialdemokraten Nordrhein-Westfalens haben mit dem Gesetz über Weiterbildung der Arbeitnehmer den richtigen
Weg dafür aufgezeigt.

#### 5.3.2.3 Demokratie lebt in unseren Städten und Gemeinden

In den Gemeinden bildet sich das Verständnis der Bürger für Konsens und Konflikt zuerst. Deshalb ist Kommunalpolitik für Sozialdemokraten unverzichtbar.

Nordrhein-Westfalen ist zu Recht stolz auf die Freiheit seiner Gemeinden. Diese Freiheit gilt es zu bewahren und auszubauen. Denn Landespolitik und Kommunalpolitik stehen in einem auf Dauer angelegten Spannungsverhältnis. Für Nordrhein-Westfalen gilt: Soviel kommunale Selbstverwaltung wie möglich, soviel Landesregelung wie nötig. Deshalb haben wir umfassend die staatlichen Ausstattungsstandards abgebaut. Die kommunale Selbstverwaltungsorganisation wir durch eine verbesserte Gemeindeverfassung. Notwendig war und ist es vor allem, die Bürgerbeteiligung zu verbessern und den Minderheitenschutz auszubauen.

Die Novelle zur Gemeindeordnung von 1979 wird insgesamt positiv beurteilt. Diese Novelle ist fortzuentwickeln.

Die Öffentlichkeit von Ausschußsitzungen wollen wir beibehalten. Die Bezirksvorfassung in der Gemeindeordnung soll

## "Humanisierung der Arbeit"

Unsere Kommunalpolitik

Selbstverwaltung: so viel wie möglich

Bürgerbeteiligung

# Listenwahl der Bürgermeister

# Gleichstellung: Gemeinden werden aktiv

allerdings weder ausgebaut noch eingeschränkt werden. Sie ist mit Leben zu erfüllen, dann wird auch der Ruf nach erneuter Gebietsreform leiser.

Schwerpunkte der jetzigen Veränderung sind:

Wahl des Bürgermeisters und seiner Stellvertreter durch Listenwahl nach d'Hondt, Verhältniswahl bei der Bestellung von Vertretern oder Mitgliedern für Organe von juristischen oder Personenvereinigungen, Höchstzahlverfahren nach d'Hondt bei der Besetzung der Ratsausschüsse, Mitwirkung von Ausländern als sachkundige Einwohner in Ausschüssen.

Die Verbesserung der Mitbestimmung in öffentlich-rechtlichen Unternehmen gehört für uns auch zur Ausgestaltung der kommunalen Selbsterwaltung. Unser Ziel ist die Stärkung des Betriebsfriedens in mitbestimmten Organen und die Verbesserung der wirtschaftlichen Effizienz.

Kommunale Gleichstellungsstellen können für die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern einen wichtigen Beitrag leisten. Sozialdemokraten erwarten von der Landesregierung, daß Frauenförderungspläne für den öffentlichen Dienst entwickelt werden. Bei Neueinstellungen und Beförderungen soll dem Ziel der Gleichstellung entsprechend der Anteil der Frauen bewußt angehoben werden.

In Land und Gemeinden setzen Sozialdemokraten gemeinsam ihre Politik um.

5.4 <u>Die Solidarische Gesellschaft</u> schafft wirkliche Chancengleichheit und Freiheit

In Nordrhein-Westfalen sind die zentralen politischen Bereiche, in denen sich die Solidarische Gesellschaft verwirklicht,

- das Bildungswesen,
- die soziale Sicherung,
- der Umgang mit Medien.
- 5.4.1 Bildung und Kultur
- 5.4.1.1 Schule und berufliche Bildung

"Alle Vorrechte im Zugang zu Bildungseinrichtungen müssen beseitigt werden. Nur Begabung und Leistung sollen jedem den Aufstieg ermöglichen" (Godesberger Programm 1959). Aufstieg heißt im Verständnis der Sozialdemokraten, allen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Anlagen und Fähigkeiten unbehindert zu entfalten.

Sozialdemokraten haben in Nordrhein-Westfalen die Chance genutzt, ein offenes, leistungsfähiges und soziales Bildungssystem in allen Landesteilen zu schaffen. Seit Ende der 60er Jahre ist mehr Chancengleichheit für immer mehr junge Menschen verwirklicht worden. Die Beteiligung der öffentlichen Hand an Schülerfahrtkosten und Lernmitteln ist in unserem Land eine Selbstverständlichkeit.

Schulen aller Schulformen sind neu eingerichtet, ausgebaut und ausgestattet worden. Cirka 12 Mrd. DM Schulbaumittel, die das Land seit 1967 an die Gemeinden gegeben hat, sind eine Gegenwarts- und Zukunftsinvestition ersten Ranges. Vernünftige Schulgrößen, das heißt keine Zwergschulen und keine Mammutschulen, sichern ein vielfältiges Bildungsangebot innerhalb der einzelnen Schulen.

Die konsequente Einbeziehung der ausländischen Kinder und Jugendlichen in den gemeinsamen Unterricht mit deutschen Schülern hat entscheidend zu ihrer schulischen Förderung und schnellen Integration beigetragen. Durch zusätzlichen Unterricht in der Muttersprache wurde ihr Kontakt zur Heimat aufrechterhalten.

Für behinderte Kinder und Jugendliche wurde das Bildungsangebot umfassend ausgebaut. Erstmalig konnten darum auch Schwerstbehinderte in schulische Förderung einbezogen werden. Gleichzeitig wurden zunehmend Behinderte auch in allgemeinen Schulen gefördert.

Das Schulmitwirkungsgesetz hat seine erste Bewährungsprobe bestanden - es ist auf demokratische und tolerante Zusammenarbeit aller am Schulleben Beteiligten angelegt. Verstaubte Lehrpläne sind abgeschafft worden. Die Schulformen sind durch eine zeitgerechte Lehrplanangleichung einander nähergerückt. Lernziele wurden neu formuliert: Sie vereinen überkommene Inhalte, die beständig bleiben, mit den Anforderungen einer auf Demokratie und Entwicklung angeleg-Industriegesellschaft. Die neuen Aufgaben der Schule erforderten auch eine grundlegende Reform der Lehrerbildung.

Die Hauptschule ist gleichwertige weiterführende Schulform neben Gymnasium und Realschule geworden. Die Schulpflicht wurde auf 10 Jahre verlängert:

# Chancengleichheit im Bildungswesen

12 Milliarden für Schulbau

Mitwirkung in der Schule

Hauptschule gleichwertig

# Nachfrage nach Gesamtschulen steigt

## Berufsschulen

Weit über 80 % aller Schüler eines Jahrgangs erhalten jetzt bis zur 10. Klasse qualifizierte Allgemeinbildung: von allen Schulformen aus ist der Weg zur Hochschule und in die berufliche Bildung möglich geworden. Ein Hauptziel sozialdemokratischer Bildungspolitik ist schon in großen Teilen erfüllt: Un⊸ ser Schulsystem ist durchlässiger flexibler geworden, dadurch wird es der Einzelpersönlichkeit jedes jungen Menbesser gerecht. 1982/83 kamen schon 16,3 % der Schüler der gymnasialen Oberstufe aus Haupt⊸ und Realschu⊸ le. Im übrigen: Allein seit 1970 sind cirka 100 Gymnasien und Realschulen in Nordrhein-Westfalen neu gegründet wor-

Die Gesamtschule ist als gleichwertige Schulform in Nordrhein-Westfalen begründet worden. Sie trägt entscheidend dazu bei, daß soziale Benachteiligungen abgebaut werden, Bildungsgänge offenbleiben und zu frühe Auslese nicht mehr stattfindet. Die Nachfrage nach Gesamtschulen ist ständig gewachsen: 1970 gab es 8 Gesamtschulen, im Schuljahr 1983/84 bereits 53.

Berufsschulen sind als Schulen der Sekundarstufe II zu leistungsstarken und
gut ausgestatteten Bildungseinrichtungen ausgebaut worden. Sie tragen durch
ihre berufsbezogenen Bildungswege und
in Kooperation mit dem Ausbildungsangebot der Wirtschaft dazu bei, daß berufliche Bildung immer stärker als gleichwertige Bildung anerkannt wird. Das berufliche Schulwesen ist zu einem gleichberechtigten Teil unseres Bildungssystems entwickelt worden. So gab es an
Berufschulen 1970 insgesamt 85.754 Vollzeitschüler, 1983 188.791.

Mit den 22 Kollegschulen, die berufliche und allgemeine Bildung verbinden und den Übergang in den Beruf und zur Hochschule offenhalten, hat Nordrhein-Westfalen den Weg in eine zukunftsorientierte Oberstufenbildung geöffnet.

Die Zahl der Kollegschulen soll ausgeweitet werden. Insbesondere sollen mehr Oberstufen von Gesamtschulen als Kollegschulen geführt werden, die berufliche Abschlüsse und die Hochschulreife vermitteln.

Die Schule darf in einer dynamischen Gesellschaft nicht stehenbleiben. Ihre Weiterentwicklung muß jedoch behutsam und lebensnah gleichzeitig erfolgen. Sozialdemokraten wollen eine Schule, in der sich Förderung, Leistung und Freude am Lernen und in der Schulgemeinschaft ergänzen.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden dafür sorgen, daß die Bildungswege für alle offen bleiben. Wir halten an dem Grundsatz fest, daß die Förderung aller besser ist als die Auslese weniger. Eine möglichst gute Ausbildung für alle ist eine der Voraussetzungen für mehr demokratische Teilhabe vieler und für Freiheit und eine Solidarische Gesellschaft.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden dafür sorgen, daß

- das vielfältige Schulangebot vor Ort auch bei zurückgehenden Schülerzahlen erhalten bleibt. Es darf weder neue soziale Benachteiligungen geben noch ein neues Stadt-Land-Gefälle.
- Schulen aller Schulformen, insbesondere jedoch Hauptschulen, verstärkt als Ganztagsschulen ausgebaut und gefördert werden.
- die Gesamtschule überall dort, wo es dem Elternwillen entspricht, so gut erreichbar ist wie Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Sozialdemokraten unterstützen die Initiativen von Bürgern und Schulträgern zur Errichtung neuer Gesamtschulen.
- alle Schüler eine gute Allgemeinbildung und zugleich eine an der Praxis orientierte Vorbereitung auf die Berufs- und Arbeitswelt erhalten. Deshalb werden sich Sozialdemokraten für den 10-jährigen Besuch einer allgemeinbildenden Schule durch alle Jugendlichen einsetzen.
- Jungen und Mädchen gleiche Einstiegschancen in den Beruf erhalten.
- behinderte Kinder und Jugendliche in unserem Bildungswesen optimal gefördert werden; wenn eben möglich gemeinsam mit Nichtbehinderten.
- im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten und der Einsichten der Solidargemeinschaft auch im nächsten Jahrzehnt - trotz sinkender Schülerzahlen - jungen Lehrern der Weg in die Schule geöffnet wird. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Leistung letzten 15 Jahre unter anderem darin bestand, daß die Lehrerzahl von 75.000 auf 145.000 gesteigert wurde. Es werden nicht alle Lehrer in ihrem Beruf beschäftigt werden können, aber weitere Verbesserungen in der Schule, die Verantwortung vor der nächsten Generation junger Hochschulabsolventen und die Gefahr der mangelnden personellen und pädagogischen Erneuerung der Schule zwingen zu Lösungen, die einem Teil der jungen Lehrergeneration eine Chance in der Schule eröffnen.

# Bildungswege sind für alle offen

Elternwille

Gute Allgemeinbildung

Aussichten für Lehrer

Unsere Schulen müssen sich noch stärker auf eine zukunftsorientierte Bildung einstellen:

- Neue Lerninhalte sind zu entwickeln, um den wirtschaftlichen, sozialen und technologischen Wandel bewältigen zu können.
- Die Neuordnung der beruflichen Schulen der Sekundarstufe II wird mit dem Ziel, die beruflichen Bildungswege übersichtlicher zu gestalten, fortgeführt.
- Die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung muß weiter gefördert werden.
- Die beruflichen Vollzeitschulen sollen weiter ausgestaltet werden. Der Kollegschulversuch wird in diesem Zusammenhang eine Pilotfunktion für die Weiterentwicklung des beruflichen Schulwesens übernehmen.

## Weiterbildung bewährt sich

## 5.4.1.2 Weiterbildung

Auf der Grundlage des Weiterbildungsgesetzes hat Nordrhein-Westfalen seit 1975 ein Weiterbildungssystem entwikkelt, das im nationalen und internationalen Vergleich eine Spitzenstellung einnimmt. Die Arbeit der Weiterbildungsträger und die Förderung des Landes haben dies bewirkt. Die SPD ist auf diese Leistungen für Nordrhein-Westfalens Bürger stolz.

1982 gab es bereits 486 anerkannte Weiterbildungseinrichtungen, die das ganze Land flächendeckend mit Angeboten versorgen. Die Teilnehmerzahl stieg seit 1975 von 2,7 auf 5,5 Mio. jährlich.

Auch hach Haushaltskürzungen zahlt das Land über 200 Mio. DM Weiterbildungsmittel im Jahr. Die Sozialdemokraten werden auch künftig das flächendeckende Mindestangebot an Bildungsveranstaltungen sichern, das eine Voraussetzung zur Ausgestaltung des Rechtes auf Weiterbildung ist.

Zweiter Bildungsweg: NRW an der Spitze

Nordrhein-Westfalen hat das älteste und dichteste System des zweiten Bildungsweges in der Bundesrepublik. Dies soll so bleiben, ist doch der zweite Bildungsweg auch im nachhinein betrachtet ein Spiegelbild des Aufstiegs der Arbeiterbewegung.

Lebenslanges Lernen ist notwendiger denn je, um eine sich ständig verändernde Welt in Beruf, Politik und persönlichem Umfeld besser durchschauen und in ihr bestehen zu können. Deshalb sind die Weiterbildungsangebote in Nordrhein-Westfalen nicht nur zu sichern, sondern

es ist darüber hinaus dafür zu sorgen, daß die Möglichkeiten, die das Arbeitnehmer-Weiterbildungsgesetz schafft, breit genutzt werden können.

## 5.4.1.3 Hochschule und Forschung

Sozialdemokraten haben in Nordrhein-Westfalen moderne Hochschulen und Forschungseinrichtungen geschaffen.

1970 studierten an den Hochschulen des Landes rund 100.000 Studenten, heute studieren an 14 wissenschaftlichen Hochschulen, 10 staatlichen Fachhochschulen und 4 Kunst- und Musikhochschulen knapp 400.000 Studenten. Unter sozialdemokratischen Landesregierungen wurden in dieser Zeit 5 Universitäten-Gesamthochschulen und die Fernuniversität-Gesamthochschule in Hagen gegründet.

Mit dieser Politik haben Sozialdemokraten grundsätzliche gesellschafts- und bildungspolitische Veränderungen eingeleitet. Mit der Politik der Öffnung der Hochschulen ist in Nordrhein-Westfalen tatsächlich mehr Chancengleichheit und Demokratie geschaffen worden. Stammten 1966 knapp 5 % der Studierenden aus Arbeiterfamilien, so waren es im Jahr 1982 über 20 %.

Sozialdemokraten werden an der Öffnung der Hochschulen auch für die geburtenstarken Jahrgänge festhalten und weiter für Chancengleichheit und um die bestmögliche Qualifizierung im Studium streiten. Nicht der Verdienst der Eltern darf über die Zukunft eines Menschen entscheiden, sondern dessen eigene Leistung und Fähigkeit.

Wir werden die Zusammenarbeit zwischen Hochschulforschung und Industrie, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen, fördern und uns dafür einsetzen, daß neue Forschungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen gegründet werden.

Sozialdemokraten fordern von der Bundesregierung,

- Nordrhein-Westfalen als bevölkerungsreichstes Bundesland stärker als bisher bei der Gründung neuer Forschungseinrichtungen zu unterstützen.
- auf Änderungen im Hochschulrahmengesetz zu verzichten, die einem Rückfall in die alte Ordinarienuniversität Vorschub leisten.

Sozialdemokraten setzen sich dafür ein, daß

400.000 Studenten an 28 Hochschulen

20 % Studierende aus Arbeiterfamilien

Forschung und Zusammenarbeit mit dem Mittelstand

# Nachwuchsförderung

# Hochschulen tragen bei zur Modernisierung

In der Welt unter den ersten fünf

Die meisten Theater

- die Ausbildungszeiten verkürzt werden, um weitere Studienplatz-Bewirtschaftungsmaßnahmen und die Auswirkungen des Numerus clausus zu vermeiden,
- zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses besondere Maßnahmen ergriffen werden, um zu verhindern, daß die talentierte junge Generation aus der Forschung abwandert oder der Wissenschaft verlorengeht,
- die Hochschulen weiterhin offen bleiben und sie ihre Aufgeben in Lehre und Forschung ausfüllen können,
- das in Nordrhein-Westfalen bewährte Modell der Gesamthochschule gestärkt wird,
- die Hochschulen sich weiter zur Gesellschaft hin öffnen und ihre Potentiale an Wissen und Innovationskraft der gesamten Gemeinschaft stärker zur Verfügung stellen; Beispiele sind das Zusammenwirken von Hochschulen, Gewerkschaften, Kammern und Weiterbildungseinrichtungen,
- die Forschungskonzeption des Landes weiterentwickelt wird, indem die Hochschulen in die Struktur- und Technologiepolitik des Landes stärker einbezogen werden.

#### 5.4.1.4 Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen gehört nach Feststellung der UNESCO zu den fünf bedeutendsten Kulturregionen der Welt. Künstlerische Kräfte und Ideen können sich
hier besoders entfalten, weil sie von
den Gemeinden und der Kulturpolitik des
Landes entsprechend gefördert, unterstützt und ermutigt werden. Sozialdemokraten verstehen Kulturpolitik als Anreiz für die Bürgerinnen und Bürger, eigene schöpferische Fähigkeiten zu entdecken und zu entwickeln, zugleich als
Angebot, geistiges und künstlerisches
Erlebnis mit zu vollziehen.

Sozialdemokratische Landespolitik wird die kulturelle Arbeit der Gemeinden weiterhin finanziell fördern und unterstützen. Ergänzend zu kommunalen Aktivitäten werden Einrichtungen auf Landesebene (zum Beispiel Landesgalerie, Landestheater, Landesorchester und die beiden Kultursekretariate) erhalten und ausgebaut. Die Vielfalt der Theaterlandschaft und die Spitzenleistungen der Bühnen an Rhein und Ruhr – gerade bei der Aufführung zeitgenössischer Werke sollen durch ausreichende finanzielle Zuschüsse und durch engere Zusammenarbeit erhalten bleiben. Mehr als 12 Mio. Benutzer bezeugen die Breitenwirkung unserer Bibliotheken. Weitere finanzielle Einschränkungen gerade in diesem Bereich sollen vermieden werden. Der hohe Stand der Musikpflege in Nordrhein-Westfalen und der internationale Ruf der Kunstmuseen des Landes sollen erhalten bleiben. Die Eigenart des Landes muß durch die Denkmalspflege und durch Darstellung unserer eigenständigen Kulturund Industriegeschichte sichtbar gemacht werden. Sozialdemokraten fördern auch weiterhin die Entwicklung einer eigenständigen Filmkultur in Nordrhein-Westfalen.

Sozialdemokraten streiten für die künstlerische Freiheit, auch wo sie unbequem
und kritisch ist. Kunst kann sich nicht
entfalten, wo Zensur und Intoleranz offen oder versteckt hinter Förderrichtlinien sich entfalten. Sozialdemokraten
widerstehen deshalb der geistigen Enge
Zimmermann scher Bevormundungspolitik.

5.4.1.5 Lebendigkeit und Vielfalt des kulturellen Geschehens in unseren Städten und Gemeinden

Sozialdemokraten kennen den Wert des lebendigen und vielfältigen kulturellen Geschehens in unseren Städten und Ge-meinden. Stadtkultur ist mehr als der traditionelle Kulturbetrieb und als die Summe von Theatern und von Gebäuden unter Denkmalschutz. Dies alles hat seine eigene Berechtigung. Die lokale Kultur lebt aber auch in spontanen Interessengemeinschaften und Vereinen. Sie soll in der "Kneipe um die Ecke" und in den Wohnvierteln erlebbar sein. Sozialdemokratische Politik will diese ursprüngliche, autonome und unverwechsclbare lokale Kultur als eine wesentli-Voraussetzung für Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden und damit für das Wohlbefinden der Menschen herausbilden, stärken und fördern.

#### 5.4.1.6 Raum für neue Formen kultureller Aktivität

Kulturelle Aktivität entspringt dem zunehmenden Bedürfnis vieler Menschen. dəs Leben weitgehend solbst zu gestalten und Lebenssinn über vordergründige Konsumbedürfnisse hinaus zu finden. Îm vorherrschenden Kulturbetrieb wird diesem Bedürfnis nicht genug Raum gewährt. Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen die Voraussetzung für selbstbestimmte Kulturaktivitäten schaffen - ohne einen unfruchtbaren Gegensatz zwischen neuen und traditionellen Kulturformen aufzubauen. Unser Land Gute Filme

Gegen Zimmermanns geistige Bevormundung

Stadtkultur: auch in den Kneipen

### Denkmalschutz-Gesetz

100.000 Denkmäler

# Solidargemeinschaft fürdie Hilfsbedürftigen

braucht alle Formen kulturellen Schaffens; in der wechselseitigen Herausforderung liegt die Chance größerer Kreativität.

#### 5.4.1.7 Denkmalschutz und Stadtentwicklung

Das von den Sozialdemokraten geschaffene nordrhein-westfälische Denkmalschutzgesetz sichert wirtschaftlich erhaltenswerte Bausubstanz. Gleichzeitig ist es nach vier Jahren Wirksamkeit ein gelungener Einstieg, um das Bürgerbekenntnis zu gewachsenen Siedlungen und damit auch zur Geschichte Nordrhein-Westfalens zu stärken.

Das Gesetz hat schon wesentlich dazu beigetragen, bei städtebaulichen Maßnahmen einerseits Geschichtsbewußtsein und andererseits notwendige Weiterentwicklungen für harmonische Gestaltungskonzepte in unseren Städten und Dörfern zu fördern. Bewährt haben sich die Bestimmungen, daβ neben dem Erhalt die Nutzung eines Denkmals einen gleichwertigen Stellenwert erhält. In der Praxis hat sich dieser Grundgedanke des Gesetzes als eine wesentliche Voraussetzung dafür erwiesen, erhaltenswerte Bausubstanz in eine zeitgemäße Weiterentwicklung der Städte und Dörfer und ihrer Bilder einzufügen. Die Sozialdemokraten wollen helfen, daß die cirka 100.000 Denkmäler des Landes in den 80er Jahren vollständig erfaßt und durch Eintragung in die Listen geschützt werden. Sie wollen nicht nur den musealen, sondern vorrangig den sozialen, auf Stadtqualität und preiswerte Wohnquartiere angelegten Ansatz des Denkmalschutzes ausbauen.

#### 5.4.2 Soziale Verantwortung

Wirkliche Freiheit und tatsächliche Chancengleichheit gibt es nur, wenn auch die materiellen Grundlagen aller Menschen gesichert sind. Der Sozialstaat ist Verfassungsauftrag und darf deshalb nicht zur Disposition der Regierenden stehen.

- Wir brauchen die großen Solidargemeinschaften, um im Alter, bei Krankheit, bei Invalidität, bei Unfällen, bei Arbeitslosigkeit und sonstigen Fällen der Hilfsbedürftigkeit die finanzielle Existenzgrundlage jedes einzelnen abzusichern.
- Konservative Vorstellungen von Selbsthilfe und Subsidiarität, die zur Privatisierung der Lebensrisiken führen, lehnen wir ab. Sie zielen auf

den Rückzug des Staates aus der sozialen Verantwortung und überlassen die
Schwächsten, die unsere solidarische
Hilfe brauchen, sich selber. Die Rückkehr zur "Armenfürsorge" alter Prägung verstößt gegen das Sozialstaatsprinzip der Verfassung. Nichts anderes ist aber mit der angestrebten "Begrenzung der sozialen Sicherung auf
die wirklich Hilfsbedürftigen" gemeint. Besonders betroffen sind vor
allem Frauen.

Für Sozialdemokraten steht fest:

- Unsere Bürger haben rechtlich abgesicherte Ansprüche auf soziale Hilfen und soziale Leistungen.
- Soziale Sicherung gründet sich auf Solidarität; das heißt: das Einstehen der Jungen für die Alten, der Gesunden für die Kranken, der Kinderlosen für die Familien, der Arbeitnehmer für die Arbeitslosen.
- Sozialdemokraten sind für Eigenverantwortung und für Selbsthilfe. Aus sozialdemokratischer Sicht kann aber Selbsthilfe nicht an die Stelle sozialer Sicherung treten; sie kann nur eine ergänzende Funktion haben. Die Berufung auf Selbsthilfefähigkeit darf nicht dazu führen, daß Gruppen mit hohem Einkommen oder geringen Risiken aus ihrer Verpflichtung entlassen werden, zur Solidargemeinschaft beizutragen.

Sozialdemokraten haben in der Regierungsverantwortung durch vorbeugende Sozialpolitik wesentlich dazu beigetragen, ein soziales Sicherungssystem aufzubauen, das materielle Not von den Bürgern freihält. Erst dieses soziale Sicherungssystem hat wirkliche Freiheit
geschaffen.

#### 5.4.2.1 Sozialreform statt Sozialabbau

Nicht der Sozialstaat ist zu teuer, sondern die Arbeitslosigkeit.

Konservative und Wirtschaftsliberale führen die hohen Kosten der sozialen Sicherung auf einen "überzogenen Sozialauf "Anspruchsinflation" "Mißbrauch sozialer Leistung" zurück. Hinter dieser Kampagne steht der Versuch, die Substanz des sozialen Sicherungssystems anzutasten. Sozialdemokraten werden sich diesem Versuch energisch widersetzen. Denn: Nicht des Sozialstaates kann die Probleme lösen, sondern nur die radikale Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosiqkeit kostet uns heute rund 55 Milliarden Mark.

## Keine Rückkehr zur "Armenfürsorge"

Rechtlicher Anspruch auf soziale Leistungen

Eigenverantwortung und Selbsthilfe, aber ...

Kampagne gegen das soziale Netz

Arbeitslosigkeit ist zu teuer

Sozialhilfe belastet die Gemeinden

Bundesregierung muß Kurs korrigieren Durch die zunehmende Arbeitslosigkeit, durch Lücken im sozialen Sicherungssystem und durch massive Leistungskürzung ist die materielle Mindestversorgung vieler Bürger gefährdet. Menschliche Arbeitskraft kann nicht länger alleinige Bemessungsgrundlage bei der Finanzierung des sozialen Sicherungssystems sein.

Sozialdemokraten wissen, daß die Systeme der sozialen Sicherung an die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, an die Verschiebung des Altersaufbaus unserer Bevölkerung angepaßt werden müssen. Im Unterschied zur Politik der Bonner CDU-Regierung gilt für Sozialdemokraten aber der Grundsatz: Dies darf nicht zu pauschalem Leistungsabbau führen, das kann nur mit einer sozial ausgewogenen Strukturreform geleistet werden.

#### 5.4.2.2 Sozialhilfe

Die bedrückend hohe Arbeitslosigkeit, die volkswirtschaftlich falsche und sozial ungerechte Sparpolitik der Bonner CDU-Regierung in Bonn und sinkende Reallöhne führen dazu, daß immer mehr Menschen unsere Hilfe brauchen. Die Substanz der Sozialhilfe muß unantastbar bleiben.

Schon 1982 waren mehr als 600.000 Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen auf soziale Hilfe angewiesen. Nach den vielfältigen sozialen Einschnitten der rechtskonservativen Bundesregierung wird die Zahl der Sozialhilfeempfänger weiter zunehmen. Dadurch werden die Kommunen und die Kreise unseres Landes, da sie Sozialhilfe zahlen müssen, weiter belastet. Mittlerweile machen die Ausgaben für Sozialhilfe über zehn Prozent der gesamten kommunalen Ausgaben aus. Diese Mittel fehlen den Gemeinden für beschäftigungswirksame investive und Maßnahmen, die gerade jetzt dringend erforderlich wären. Der Bund darf die Lasten der Sozialhilfe nicht länger den Gemeinden aufbürden.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen verlangen, daß der Bund die Voraussetzungen dafür schafft, daß

- sich die Höhe der Sozialhilfe künftig wieder konsequent am Prinzip der sozialen Gerechtigkeit und am individuellen Bedarf ausrichtet.
- die Regelsätze dynamisiert statt ständig ausgesetzt werden, daß der "Warenkorb" bedarfsgerecht festgesetzt wird. Von einem "überzogenen

Sozialstaat" kann wahrlich nicht die Rede sein, wenn ein Sozialhilfeempfänger als Haushaltsvorstand monatlich 345,-- DM erhält, zusätzlich die Kosten für Miete und Heizung.

345 Mark im Monat sind zu wenig

### 5.4.2.3 Solidarität der Generationen

Füreinander einstehen

Unsere Cesellschaft ist nur dann auf Dauer lebensfähig, wenn es gelingt, die Solidarität der Generationen zu bewahren und immer wieder neu zu begründen. Dazu gehört vor allem das Zusammenleben von Eltern und Kindern. Die arbeitsteilige Industriegesellschaft und der Ausbau der sozialen Sicherungssysteme haben die Familie von vielen gesellschaftlichen Aufgaben entlastet. Die Kehrseite dieser Entwicklung ist Zunahme von menschlicher Not und Einsamkeit, Verlust an spontaner Menschlichkeit.

Für viele Menschen hat in dieser Situation das Familienleben einen neuen Stellenwert erhalten. Aber viele Erwartungen sind zu hoch gesteckt, die Familien in vieler Hinsicht überfordert.

Durch Kürzungen des Kindergeldes, der Ausbildungsförderung, des Mutterschafts-urlaubsgeldes, des Wohngeldes, der Sozialhilfe hat die konservative Bundesregierung die materielle Lage vieler Familien massiv verschlechtert. Hier muß gezielt geholfen werden.

Die sozialdemokratische Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat eine eigene Ausbildungsförderung für Schüler beschlossen, um wenigstens Kindern aus Familien mit geringem Einkommen helfen zu können. Mit rund 28 Millionen DM wird das Land etwa 21.000 Schülern der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen Ausbildungsförderung zahlen.

Die Situation junger Menschen hat sich durch die Politik der Bonner CDU-Regie-rung erheblich verschlechtert. Der Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen trifft junge Menschen und ihre Familien ebenso wie die unsoziale Kürzungspolitik.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen haben dagegen die Politik für Kinder und Jugendliche seit Jahren zu einem Schwerpunkt gemacht. Neben den weiter erhöhten Aufwendungen zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit leistet das Land Beispielhaftes im Rahmen des Landesjugendplanes für die außerschulische Jugendarbeit. Die Leistungen sind 1984 wieder auf weit über 200 Mio.

Gezielte Hilfe für viele Familien

> 28 Millionen aus Landesmitteln

Schwerpunkt Kinder und Jugendliche

### Freizeitstätten

# Freiwillige Helfer

### Verbände und Kirchen

# Das Land steht zu seinen Verpflichtungen

DM gestiegen. Gegenwärtig stehen in serem Land unter anderem rund 1.160 offene Jugendfreizeitstätten, 80 Jugendbildungsstätten, 115 Jugendherbergen und 100 Jugendferienheime mit Freizeitund Bildungsangeboten zur Verfügung. Sozialdemokraten werden diese fortsetzen, um so die Lebenschancen der jungen Menschen und die Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit weiter zu verbessern.

Sozialdemokraten anerkennen uneingeschränkt, daß ohne die beachtlichen Lei– stungen der freien Träger, ohne den Arbeitseinsatz der vielen zigtausend freiwilligen Helfer, ohne das weit über die normale Arbeitszeit und Über jeden Arbeitsvertrag hinausgehende Engagement der hauptamtlichen Mitarbeiter weitaus mehr öffentliche Mittel ausgegeben werden müßten.

Für uns gilt: "Sozialdemokraten wissen den unverzichtbaren Beitrag zu zen, den die Wohlfahrtsverbände und Kirchen in der Bundesrepublik in der Sozialarbeit erbringen. Sie sind der Überzeugung, daß sie vieles besser leisten als staatliche Einrichtungen. Die Partner in der Sozialarbeit verdienen deshalb weiterhin öffentliche finanzielle Unterstützung."

In den letzten drei Jahren sind auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene in den Bereichen der Kultur- und Sportpolitik, der Jugend- und Sozialpolitik und in der Weiterbildung schmerzliche Einsparungen aufgrund der sinkenden Steuerein– nahmen vorgenommen worden.

Daraus ergibt sich, daß

- in den 80er Jahren auf der Grundlage der Ergebnisse des Jugend-, Kinderund Familienberichtes und des Weiterbildungsberichtes alles zu tun ist, um die notwendigen materiellen Verpflichtungen des Landes gegenüber Trägern und Einrichtungen kontinuierlich auszubauen,
- in den nächsten Jahren durch gesetzliche Regelung Mindestangebote im Bereich der Jugendpolitik unter Einbeziehung der kulturellen und sportlichen Maßnahmen sichergestellt werden müssen,
- kurzfristig Häuser der offenen andere Jugendeinrichtungen Ganztags- und Wochenendangebote 🝝 allem für arbeitslose Jugendliche -Hilfen erhalten müssen.

Es gilt gerade jetzt das Wort von stav Heinemann aus dem Jahre 1974: "Es genügt nicht mehr, den Menschen ledig-

Haus der offenen Tür

lich in Notfällen zu helfen. Ihre Lebensgestaltung im ganzen muß gesichert und geschützt werden. Soziale Sicherung gehört zur Ausstattung aller Bürger in der Industriegesellschaft als sicherer Beweis praktizierter Solidarität."

Von der Entwicklung auf dem Video-Cassetten-Markt gehen wachsende Gefahren für Kinder und Jugendliche aus: Grausame, gewaltverherrlichende und pornographische Filme haben erheblich zugenommen. Die sozialdemokratische Landesregierung hat deshalb in Zusammenerbeit mit Eltern und Erziehern dem Jugendmedienschutz und der Aufklärung über die Gefahren dieser Entwicklung verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet. Sozialdemokraten wollen, daß alle rechtlichen und sonstigen Maßnahmen ergriffen werden, um der Jugendgefährdung – insbesondere durch Videofilme – wirksam zu begegnen.

Sozialdemokraten haben in Nordrhein-Westfalen im Rahmen der begrenzten finanziellen Möglichkeiten Vorbildliches geleistet, um die Lebensbedingungen der Familien zu verbessern:

- Für drei Viertel aller Kinder gibt es Kindergartenplätze

- Familienunterstützende Hilfen in Erziehungs-, Jugend- und Eheberatungsstellen.
- Für die 142 Familienbildungseinrichtungen sind 1983 die Landesmittel erhöht worden.
- Besondere Wohnungsbauförderung für Familien mit mehr als drei Kindern.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen halten weitere Verbesserungen für unerläßlich:

- noch besseren Zugang zu Bildungsangeboten.
- Ausbau der Familienberatung und sozialpädagogischer Familienhilfen,
- Verbesserung der Wohnungsversorgung, besonders für kinderreiche Familien,
- Hilfen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen ohne Beeinträchtigung der Belange des Kindes. Die Rückkehr in das Berufsleben nach Zeiten der Kindererziehung muß erleichtert werden.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen fordern vom Bund:

- Die Wiedereinführung einer bundesweiten Ausbildungsförderung für Schüler.
- Finen Verzicht auf die Pläne zur Neuregelung des Familienlastenausgleichs, der einseitig eine Bevorzugung der Besserverdienenden wäre.

 Die schrittweise Einführung eines Elternurlaubes. Gegen Gewaltverherrlichung

Drei von vier Kindern haben einen Kindergartenplatz

> Noch bessere Bildungsangebote

Besserverdienende nicht bevorzugen

Elternurlaub

Weiterentwicklung des Programms Frauenhäuser

Sozialdemokraten treten seit Jahren für Frauenhäuser ein. Die SPD-Landesregierung hat, um die finanzielle Unterstützung der Frauenhäuser durch die vorrangig zuständigen Kommunen zu unterstützen, ein Förderprogramm entwickelt, das eine anteilige Förderung von je einer Fachkraft (Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin) sowie einer weiteren Mitarbeiterin vorsieht.

Für diese Fördermaßnehmen wurden seit 1978 insgesamt 8,6 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Heute werden 31 Frauenhäuser finanziell von der sozialdemokratischen Landesregierung unterstützt. Dies wird fortgesetzt.

Sozialdemokraten wollen in Gesprächen mit Wohlfahrtsverbänden, autonomen Frauenhausinitiativen und Kommunen eine gesicherte finanzielle Basis für die Arbeit von Frauenhäusern schaffen.

Darüber hinaus tritt die SPD defür ein, auch die ambulante Arbeit für mißhandelte Frauen und Frauen in anderen Nothilfesituationen, die zur Zeit im Rahmen von ausschließlich ehrenamtlich arbeitenden Selbsthilfegruppen wie "Frauen helfen Frauen e.V." geleistet wird, in geeigneter Weise zu unterstützen.

Hilfe für alte Menschen

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen haben die Voraussetzung dafür verbessert, daß unsere älteren Mitbürger, so lange es geht und sie es wollen, in ihrer vertrauten Umgebung leben können. Sie können sich an eine der 382 Sozialstationen im Lande wenden, wenn sie Hilfe bei der Pflege oder der Betreuung brauchen. Die Sozialstationen bieten neben der ambulanten Altenpflege auch Dienstleistungen für die ambulante Kranken- und familienpflege an.

Die SPD-Landesregierung hat seit 1978 ein beld flächendeckendes Netz von 382 Sozialstationen aufgebaut. Trotz der angespannten Haushaltslage hat die Landesregierung 1984 die Mittel für Sozialstationen erhöht, um weitere 40 Stationen zu fördern.

Daneben gibt es weit über 1.000 Altentagesstätten, zahlreiche Altenclubs, Essensdienste, mobile soziale Hilfsdienste und andere Einrichtungen.

Gegenwärtig stehen in Nordrhein-Westfalen rund 74.000 Altenwohnungen, 58.000 Plätze in Altenheimen und Altenwohnhei-

"Frauen helfen Frauen"

Wo die Älteren verwurzelt sind

Mehr als 400 Sozialstationen

Pflege für bedürftige Menschen men und 38.000 Plätze in Altenpflegeeinrichtungen zur Verfügung. Ungefähr 13.000 pflegebedürftige alte Menschen werden auf Altenheimplätzen versorgt.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen streben an, daß für die Finanzierung der Pflegekosten im Alter eine neue Lösung gefunden wird, die für die Betroffenen sozial verträglich und für die Kommunen finanziell günstiger ist. Wir wollen, daß pflegebedürftige alte Menschen so lange in ihrer gewohnten häuslichen Umgebung bleiben können, wie dies zumutbar ist. Unsere Überlegungen gehen in Richtung auf eine Pflegeversicherung, die finanzielle Zuschüsse sowohl für pflegebedürftige ältere Menschen zuhause wie auch in Heimen gibt.

Soziale Infrastruktur verbessern

Um dem Bürger unseres Landes auch bei der sozialen Betreuung Wahlfreiheit zu sichern, aber auch, um den verschiedenen Lebensbedingungen gerecht zu werden, muß das Land ein für alle Bürger gleich zugängliches Angebot stationärer Einrichtungen vorhalten, das die ambulanten Angebote stützt und ergänzt.

Da hier landesweit, aber in Einzelfällen auch regional-spezifisch besonders weite Lücken klafften, lag im Ausbaudieser sozialen Infrastruktur in den vergangenen Legislaturperioden der Schwerpunkt der sozialpolitischen Arbeit.

Im stationären Bereich werden Sozialdemokraten daher das Angebot an sozialer Infrastruktur ergänzen und abrunden.

- Zusätzliches Angebot an Plätzen in Werkstätten für Behinderte.
- Erweitertes Angebot an Jugendfreizeitstätten, besonders für Jugendliche in Problemlagen.
- Da in Abhängigkeit von der Arbeitsmarktlage die Zahl der Obdachlosen und Nichtseßhaften steigt, ist der Ausbau von Nichtseßhafteneinrichtungen und ein spezielles Wohnraumbeschaffungsprogramm für alleinstehende Sozialschwache nötig.

#### 5.4.2.4 Gesundheitspolitik

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen treten für eine gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung ein, die sich am Patienten orientiert und bürgernah ist.

Obwohl wir mehr Ärzte haben, gibt es immer noch ein deutliches regionales Ungleichgwicht. Sozialdemokraten wollen

Pflegeversicherung

Wahlfreiheit bei der Betreuung

> Mehr Plätze für Behinderte

Gesundheitsdienst, der sich am Patienten orientiert

### Medizin für den Menschen

Ursachen für Krankheiten verringern

Suchtberatung gegen Drogen crreichen, daß die ärztlichen Selbstverwaltungseinrichtungen die kassenärztliche Versorgung in den stadtfernen Gebieten unseres Landes weiter verbessern.

Sozialdemokraten werden dafür sorgen, daß das Gesundheitswesen weiterhin qualitativ verbessert wird. Ein Weg dazu ist, die immer noch zu starre Trennung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung und dem öffentlichen Gesundheitsdienst abzubauen.

Trotz der Erfolge moderner Medizin droht oft die Humanität auf der Strecke zu bleiben. Sozialdemokraten treten dafür ein, bei Erkrankungen auch die psychischen Folgen mit zu bedenken. In den vergangenen Jahren haben sich immer mehr Selbsthilfegruppen gebildet der Bundesrepublik gibt es mehr als 10.000 -, die dort mit ihrer Arbeit beginnen, wo die herkömmliche ärztliche Versorgung Mängel aufweist. Selbsthilfegruppen kümmern sich vor allem um Krebskranke, um Menschen mit körperlichen und psychichronischen schen Leiden und Suchtkranke. Sozialdemokraten wollen diese positiven Selbsthilfeelemente im Gesundheitswesen stär-

#### Gesundheitsvorsorge verstärken

Die Gesundheitsvorsorge muß verstärkt werden. Sie ist Aufgabe aller Politikbereiche. Sie kann nur gelingen, wenn die Ursachen, die krank machen, verringert beseitigt werden. Konkrete Schritte dazu sınd in der Umweltpolitik die drastische Verringerung von Schadstoff-emissionen, im Arbeitsbereich humane  ${\rm Ar}{\sim}$ beitsplätze und ein effektiver Arbeitsschutz, Aufklärung der Bevölkerung über Risiken, die die Gesundheit gefährden. Beispielsweise sollte die Erforschung von Krebsleiden über die Einrichtung regionaler Krebsregister - unter voller Berücksichtigung der Datenschutzrechte der Betroffenen – beschleunigt werden. Durch solche Krebsregister werden die Erkenntnisgrundlagen für systematische Krebsbekämpfung verbreitet.

Den auch in unserem Land wachsenden Gefahren durch Drogen begegnet die sozialdemokratische Landesrægierung mit

- dem Ausbau der ambulanten Suchtberatungsstellen bei freien Trägern (auf heute 208),
- der Ausweitung des Therapieplätzeengebotes (auf heute 380 Plätze),
- der verstärkten Förderung der Suchtprophylaxe.

Sozialdemokraten wollen den erreichten Standard in der Drogenbekämpfung halten und möglichst ausbauen. Dabei wird vermehrt an der Nachsorge anzusetzen sein. Sozialdemokraten lassen sich bei ihrer Politik leiten von dem Prinzip "Therapie vor Strafe". Mit den zuständigen niederländischen Behörden wird ein Dialog darüber gesucht, wie zunehmenden Gefährdungen im Drogenbereich gemeinsam besser begegnet werden kann.

Der Blick auf sogenannte "harte" Drogen darf nicht vergessen lassen, welche Gefahren der Gesundheit durch Medikamentenmißbrauch, Alkohol und Nikotin drohen. Sozialdemokraten werden auch in diesen Bereichen ihre erfolgreiche Aufklärungsarbeit fortsetzen. Vorbildliche Krankenhausversorgung

Unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung ist in Nordrhein-Westfalen eine moderne Krankenhausversorgung aufgebaut worden:

- In den nordrhein-westfälischen Krankenhäusern stieg die Ärztezahl seit 1970 um über 60 Prozent, die Zahl der Krankenpflegekräfte hat sich verdoppelt.
- Das Land stellt jährlich etwa eine Milliarde Mark für Investitionen im Krankenhausbereich zur Verfügung, und das seit 1972.
- In der psychiatrischen Versorgung gibt es erhebliche Fortschritte. Dazu gehört vor allem der Ausbau der gemeindenahen psycho-sozialen Versorgung durch ambulante Dienste und ergänzende Einrichtungen wie Tageskliniken, Übergangs- und Wohnheime sowie Wohngemeinschaften.
- Im Rettungsdienst konnte mit finanzieller Hilfe des Landes ein flächendeckendes Netz zentraler Leitstellen errichtet werden, die den Einsatz der modernen Notarztwagen und Rettungshubschrauber lenken.

Noch ist es nicht gelungen, die ungeheure Kostenexplosion wirksam zu begrenzen. Hier sind alle gefordert, die Pharma-Industrie, die Ärzte, die Krankenkassen, aber auch die Patienten selber und nicht zuletzt der Bund.

Um jungen Ärzten Startchancen zu bieten, müssen vor allem die Nebentätigkeiten von Ärzten in Krankenhäusern gezielt abgebaut werden. Sozialdemokraten wehren sich aber entschieden gegen den von den Konservativen und Wirtschaftsliberalen beabsichtigten weiteren Ausbauder sogenannten Selbstbeteiligung. Hinter dem Vorwand, die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken,

### Therapie vor Strafe

Moderne Krankenhausversorgung

Pflegepersonal verdoppelt

Zentraler Rettungsdienst

Nebentätigkeit behindert Aufstieg junger Ärzte Selbstbeteiligung ist ungerecht

Wir fordern soziale Maßnahmen zur Kostensenkung

Neue Heimat für Ausländer

Deutsche Staatsangehörigkeit

Mehr Mitwirkungsmöglichkeiten

Bei der Integration helfen werden ausschließlich die betroffenen Arbeitnehmer belastet. Selbstbeteiligung ist nichts anderes als eine sozial ungerechte Beitragserhöhung für kranke Bürger.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen fordern vom Bund:

- Die Rücknahme der Eigenbeteiligung bei Krankenhaus- und Kuraufenthalten.
- Maßnahmen zur Kostensenkung auf dem Arzneimittelmarkt: Produktion, Preisgestaltung und Vertrieb von Arzneimitteln müssen transparent und damit kontrollierbar gemacht werden.
- Verbot der Werbung für Schmerzmittel in den Medien, um die Arzneimittelsucht wirksam zu bekämpfen.

#### 5.4.2.5 Ausländerpolitik

Viele Menschen unterschiedlicher Nationalität, auch aus den Nachbarländern der EG, leben und arbeiten seit langem in unserem Land. Ein großer Teil von ihnen hat bei uns eine neue Heimat gefunden und will dauerhaft bei uns bleiben. Für diese ausländischen Mitbürger müssen die sozialen Chancen erhöht und die Benachteiligungen abgebaut werden.

- Für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien, die rechtmäßig bei uns leben oder bei uns geboren sind, müssen die Möglichkeiten verbessert werden, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten.
- Auch wenn die ausländischen Mitbürger noch nicht in den Kommunen wählen können, so sollten sie doch mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten erhalten als bisher. Sozialdemokraten haben deshalb die Initative ergriffen, die nordrhein-westfälische Gemeindeordnung zu ändern, damit künftig auch ausländische Mitbürger in den Ratsausschüssen beratend als "sachkundige Einwohner" mitwirken können.

Obwohl sich die Zahl der Ausländer in unserem Land (1,44 Millionen) auch 1983 um rund 40.000 verringert hat, ist die Integration der ausländischen Mitbürger durch die Arbeitsmarktsituation, durch den Familiennachzug und durch die Konzentration in bestimmten Städten unseres Landes erschwert.

Sozialdemokraten setzen sich aktiv dafür ein, daß die deutsche Bevölkerung den Ausländern hilft, bei uns heimisch zu werden. Verbände und Vereine leisten bei der Integration der ausländischen Mitbürger Vorbildliches. Sozialdemokraten unterstützen dies aktiv. Integration aber verlangt beiderseitige Toleranz, Geduld miteinander und den Willen, unter Anerkennung der Andersartigkeit gut nachbarschaftlich zusammenzuleben.

Die SPD hat stets die Verpflichtung ernst genommen, den ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien den Verbleib in der Bundesrepublik Deutschland und ihre soziale Integration zu ermöglichen, soweit sie dies selbst wollen.

Sozialdemokraten lehnen behördliche Zwangsmaßnahmen zur Rückführung rechtmäßig hier lebender ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien ab.

In diesem Zusammenhang treten Sozialdemokraten für eine aktive und zielgerichtete Entwicklungshilfepolitik ein. Wir
halten es für sinnvoller, Maschinen zu
den Menschen zu bringen, als Menschen
zu uns zu holen.

Der Schwerpunkt der Integrationsbemühungen muß auf die junge Generation gerichtet sein.

- In der Schule werden deutsche und ausländische Schüler grundsätzlich gemeinsam unterrichtet.
- Für ausländische Kinder, die kein Deutsch können, werden Vorbereitungsklassen eingerichtet. Dafür haben Sozialdemokraten in den letzten Jahren zusätzliche Lehrer eingestellt.
- Im Bereich der beruflichen Bildung sind die Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit zur Berufsvorbereitung und zur sozialen Eingliederung der Ausländer fortzuführen.
- Die Einrichtungen der Weiterbildung müssen mehr als bisher integrationsfördernde Veranstaltungen anbieten; sie sollen insbesondere die Frauen ausländischer Arbeitnehmer aus dem islamischen Kulturkreis an unsere Lebensordnung heranführen.

Integration heißt für Sozialdemokraten aber nicht Assimilation; Ausländer müssen die Möglichkeit behalten, im Rahmen unserer Rechtsordnung das Kulturgut ihres Heimatlandes zu bewahren. Umgekehrt darf das Zusammenleben mit ausländischen Mitbürgern nicht dazu führen, daß Rechte, die wir in der Bundesrepublik errungen haben, gefährdet werden, wie zum Beispiel die Gleichberechtigung der Frauen.

Unverbindliche Lippenbekenntnisse Nichtbetroffener zur Ausländerintegration führen nicht weiter. Sozialdemokraten wehren sich entschieden gegen alle Versuche der konservativen Bundesregie-

### Gegen Zwangsrückführung

Deutsche und Ausländer gemeinsam

Berufliche Eingliederung

Integration, aber keine Selbstaufgabe

### Anwerbestop

Gegen generelles Nachzugsverbot

Bewährtes beim Fernsehen erhalten

Medienatlas NRW

Kabelpilotprojekt Dortmund

Landesmediengesetz

rung, die bisherige Ausländerpolitik grundlegend zu verändern.

Wir treten dafür ein, den seit 1973 bestehenden Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer uneingeschränkt aufrecht zu erhalten.

Wir lehnen das geplante generelle Nachzugsverbot für Kinder ausländischer Arbeitnehmer ab.

#### 5.4.3 Medien

Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen sind aufgeschlossen für neue Medienangebote. Wir wollen neue Chancen eröffnen, ohne bewährte Strukturen preiszugeben. Aber wir wollen – im Gegensatz zu den Konservativen – eine sozial gesteuerte Innovation, und wir wollen den Hörfunk- und Fernsehbereich nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen, sondern werden einen ordnungspolitischen Rahmen schaffen.

Mit dem Medienatlas Nordrhein-Westfalen liegt jetzt erstmals eine detaillierte Bestandsaufnahme des vorhandenen Kommunikations- und Mediengefüges in Nordrhein-Westfalen vor. Der Medienatlas ist gerade im Blick auf die bevorstehenden Veränderungen eine wichtige Handlungsgrundlage. Die SPD tritt dafür ein, daß der Medienatlas in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben wird.

1985 wird in Dortmund das Kabelpilotprojekt des Landes beginnen. In diesem Modellversuch sollen die Auswirkungen neuer Hörfunk- und Fernsehprogramme und
neuer Kommunikationsdienste auf die Familie, auf Presse, Rundfunk und Film,
auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt
geprüft werden. Das Pilotprojekt wird
wissenschaftlich begleitet und ausgewertet. Ein Schwerpunkt soll auf der lokalen Information und Kommunikation liegen. Es ist öffentlich-rechtlich organisiert, private Veranstalter und zusätzliche Werbung sind ausgeschlossen.

Sozialdemokraten wollen ein umfassendes Landesmediengesetz vorlegen. Ein solches Gesetz soll nach ausführlicher inner- und außerparteilicher Diskussion verabschiedet werden. Es hat sich inhaltlich an den nachfolgenden Eckwerten für ein Landesmedienkonzept zu orientieren:

5.4.3.1 Eckwerte für ein Landesmedienkonzept

#### I. Grundsätze

Sozialdemokraten unterstützen eine behutsame Veränderung im Medienwesen Nord-rhein-Westfalens. Die Einführung neuer elektronischer Medien darf jedoch nicht zu Lasten der gewachsenen Medienlandschaft gehen, vor allem nicht des bestehenden Rundfunks und der Presse.

Sowohl bei den verschiedenen Entwicklungen im Bereich der neuen Medien wie zwischen "alten" und "neuen" Medien gibt es allerdings enge Wechselbeziehungen.

Kommunikationspolitik muß Teil einer aktiven Gesellschafts- und Kulturpolitik werden. Die Anwendung der neuen Kommunikationstechniken birgt über den Medienbereich hinaus soziale Risiken und Chancen. Tendenzen der sozialen Isolation soziale Unterschiede einzelnen, (Bildungsgefälle, Stadt-/Landgefälle) können verstärkt oder abgeschwächt werden, aktive Kommunikation und sinnvolle Freizeittätigkeiten können angereot oder beeinträchtigt werden, das vorhandene Kulturleben kann gestützt und er-gänzt oder durch Konkurrenz gefährdet werden. Durch politische Rahmenregelungen und begleitende soziale, kulturelle und pädagogische Maßnahmen muß auf solche Auswirkungen gesellschaftlicher Einfluß genommen werden.

Deswegen brauchen wir ein medienpolitisches Gesamtkonzept.

#### II. Presse

Die Zeitungslandschaft ist, auch in Nordrhein-Westfalen, durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

hoher Grad an Konzentration, insbesondere im Ruhrgebiet; kaum noch Zeitungsneugründungen;

 überwiegende Abhängigkeit von Anzeigeneinnahmen;

- sehr gute Gewinnsituation der marktführenden Verlage; dadurch frei verfügberes Kapital, das nicht zur Verbesserung publizistischer Qualität, sondern für Rationalisierungs-Investitionen im Unternehmensbereich selbst (Elektronisierung der Presse) wie au-Berhalb (Verlegerfernsehen, Bildschirmtext, branchenfremde Industrien) verwendet wird;

rascher technischer Strukturwandel bei der Zeitungsherstellung in Verbindung mit Veränderungen insbesondere des journalistischen Berufsfeldes und damit des Selbstverständnisses (Redaktionsterminals) und der Satzherstellung (Fotosatz in Verbindung mit Off-

### Behutsame Entwicklung

Risiken und Chancen der Kommunikation

# Zeitungslandschaft mit festgefügten Strukturen

### Verflechtung mit Neuen Medien

### Klare Besitzverhältnisse

### Mitbestimmung

### Presseordnungsrecht

## Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

setdruck) sowie der Archive (Prossedatenbank);

- fehlende Regelung der Mitbestimmung im redaktionellen Bereich ("innere Pressefreiheit"), aber auch auf der allgemein-betrieblichen Ebene bei Investitions- und Rationalisierungsentscheidungen.

Angesichts dieser Situation sind zur Gewährleistung einer freien und vielfältigen Presse und zu deren Weiterentwicklung folgende Maßnahmen notwendig:

#### 1. Pressestrukturmaßnahmen

- Die traditionellen wettbewerbsrechtlichen Instrumentarien (Kartellrecht) zur Bekämpfung der Pressekonzentration sind ausgeschöpft. Allerdings sind ergänzende Regelungen im Hinblick auf multimediale Verflechtungen (Presse - Neue Medien) zu prüfen.
- Im Hinblick auf eine aktive Strukturpolitik sind Möglichkeiten für eine gezielte Förderung von Presseneugründungen durch Subventionen oder steuerliche Erleichterungen zu prüfen.
- 2. Gesetzliche Verankerung von Transparenzpflichten im Landespressegesetz
  - Offenlegung von Besitz- und Kapitalbeteiligungsverhältnissen.
  - Schriftliche Fixierung und Offenlegung der publizistischen Grundhaltung der Zeitungen.
- Erweiterung der Mitbestimmung durch Absicherung der redaktionellen Autonomie gegenüber verlegerischen Eingriffen.
- 4. Verbesserung des Presseordnungsrechtes durch Vereinheitlichung der sich entsprechenden Regelungen zwischen Presse- und Rundfunkrecht.
  - Erweiterung des Gegendarstellungsrechts.
  - Einführung einer Zwangshaftpflicht-Versicherung für Journalisten.

#### III. Rundfunk

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk bildet ein unverzichtbares Element unserer demokratischen Kultur- und Medienordnung. Keine andere Organisationsform verwirklicht in gleicher wirksamer Weise die für das öffentliche Kommunikationssystem tragenden Prinzipien der Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt, der gesellschaftlichen Verantwortung und der Offenheit des Zugangs. Dadurch, daß er alle relevanten Meinungs-

77

richtungen innerhalb eines Darstellung bringen kann, stellt der öffentlich-rechtliche Rundfunk eiwichtigen Integrationsfaktor für die Gosellschaft dar. Im Rahmen seines von Gewinninteressen unabhängigen Programmauftrags leistet er wesentliche Beiträge zur Kultur unseres Landes und bildet ein unverzichtbares Gegengewicht zur privatwirtschaftlichen Presse. In ihm verkörpert sich am besten die Idee. "Rundfunks für alle", der im Unter⊷ schied zum "Freien-Medien-Markt" Freiheit gewährleistet, weil er dem Gemeinwohl verpflichtet ist und damit dem demokratischen Prinzip am besten gerecht wird. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Organisationsgrundsätze in ständiger Rechtsprechung bestätigt und fortentwickelt.

- Die SPD Nordrhein-Westfalens wird sich nachdrücklich dafür einsetzen, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch künftig eine tragende Funktion in unserem Mediensystem zu garantieren.
- 2. Die Garantie der bloßen Fortexistenz öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten ist keine ausreichende Voraussetzung für einen medienpolitischen Konsens. Die öffentlich-rechtlichen Sender müssen vielmehr ihren Programmauftrag dynamisch erfüllen weiterentwickeln können, weil sie die unverzichtbare Organisationsform für den flächendeckenden "Rundfunk für alle" sind und bleiben: Ein Rundfunk, der für alle ein umfassendes, alle Programmsparten einschließendes Programmangebot bietet, d. h. Programmangebote für Mehrheiten wie für Minderheiten zu machen verpflichtet ist.
- 3. Der öffentlich-rechtliche muβ das breite Publikum ebenso erreichen können wie qualifizierte Minderheiten. Er muß Integrationsrundfunk bleiben. Keine Programmgattung darf ihm rechtlich oder tatsächlich (wirtschaftlich) versagt sein. Andernfalls wäre zu erwarten, daß einerseits bestimmte Programmangebote (z. B. Sportübertragungen, Film, große Unterhaltungssendungen) nur noch für die am Kabel angeschlossenen und zu zusätzlichen Entgelten bereiten Teile der Gesellschaft zur Verfügung stehen, während andererseits das Öffentlich-rechtliche Programm solche - für die Masse des Publikums unerläßlichen – Teile entbehren müßte.

### Rundfunk für alle

# Weiterentwicklung sichern

### Auch für Minderheiten

### Technisch modern bleiben

- 4. Bei der Festlegung der rechtlichen Rahmenbedingungen einer modifizierten Rundfunkorganisation muß technischen und wirtschaftlichen Forderungen von vornherein Rechnung getragen werden:
  - a) Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muß gleiche Teilhabe an allen technischen Neu- und Weiterentwicklungen haben. Kein technisches Mittel zur Veranstaltung
    von Rundfunk darf ihm verschlossen bleiben. Bei der Verteilung
    technischer Mittel muß das "Programm für alle" Priorität besitzen.
  - b) In wirtschaftlicher Hinsicht muß der öffentlich-rechtliche Rungfunk mit einer für seine Funktion ausreichenden Finanzausstattung versehen werden. Dabei entspríchť dem "Rundfunk für alle" in erster Linie die Finanzierung durch ald.h. durch Rundfunkgebühren, die ausschließlich dem öffentlich-Rundfunk zufließen. rechtlichen Das Verfahren zur Festlegung die-ser Gebühren muß der dem "Rund-funk für alle" angemessenen Neutralität und Unabhängigkeit entsprechen und darf nicht funktionsfremde Einflüsse bei der Festlegung der Finanzausstattung ermöglichen.

Andererseits erfordern die Wettbewerbsgerechtigkeit sowie die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch die Möglichkeit, daß auch künftig die bisherige Mischfinanzierung durch eingeschränkte Werbung ebenso zugestanden werden muß wie die lichkeit, für Sonderangebote an bestimmte Teilnehmerkreise Kabel oder Satellit Nutzungsgebühren zusätzlich zu erheben. vielfältiger die Finanzierung ist, desto mehr wird die Unabhängigkeit gestärkt. Die wirtschaftliche Ausstattung insgesamt muß dem öffentlich-rechtlichen Rund- . funk die Chance erhalten, gerade auch in einem zunehmenden und damit kostensteigenden Wettbewerb mitzuhalten.

5. Das Eintreten für den öffentlichrechtlichen Rundfunk bedingt auf der
anderen Seite die Bereitschaft, erkannte Unzulänglichkeiten zu korrigieren. Sie liegen insbesondere im
zunehmenden Einfluß von Interessengruppen und in Tendenzen zur inneren

### Ausreichende Gebühren

Angemessene Werbung

Rundfunk ist nicht öffentlicher Dienst Bürokratisierung der Anstalten. Die SPD tritt daher für eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein, die vor allem an folgenden Punkten ansetzen muß:

- Die Haushalts-, Verwaltungs- und Tarifstrukturen der Anstalten müssen Effizienz und Wirtschaftlichgewährleisten, sie dürfen die Entfaltung der Kreativität der Mitarbeiter und ihre Mobilität nicht behindern. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk darf nicht mit dem öffentlichen Dienst gleichgesetzt werden. Er kann je∽ doch auch nicht gleichzeitig die Vorteile des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft für sich beanspruchen.
- Das System gesellschaftlicher Kontrolle des Rundfunks in der Bundesrepublik Deutschland muß reformiert werden. Die Reform muß die Funktionsfähigkeit des Rundfunks als Medium freier, öffentlicher Information und Meinungsbildung und als Kulturfaktor stärken. Dabei ist zu gewährleisten, daß der Rundfunk nicht politischen und gesellschaftlichen Machtinteressen ausgeliefert wird.

#### IV. Neue Medien und neue Programmveranstalter

Der rasch voranschreitende Ausbau des technischen Kommunikationssystems wird weitreichende wirtschaftliche und soziale folgen haben. Die SPD will diese Entwicklung nach Kriterien kultureller und sozialer Verantwortung und wirtschaftlicher Vernunft gestalten.

Im Laufe der nächsten Jahre ist eine Fülle zusätzlicher Übertragungskapazitäten zu erwarten, wobei insbesondere folgende Entwicklungen von Bedeutung sind:

- Unabhängig von den Kabelpilotprojekten soll nach den Plänen der Bundespost die Verkabelung mit Koaxial-Kupfernetzen intensiv vorangetrieben werden. Die Kupfer-Koaxial-Technik der Deutschen Bundespost ist heute für eine Übertragung von 12 Fernsehkanälen ausgelegt; die Kapazität kann künftigmehr als verdoppelt werden. Über einen Fernsehkanal lassen sich 24 Hörfunkprogramme übertragen.
- Ab 1986 stehen weitere UKW-Frequenzen im Bereich oberhalb 100 MHz für die drahtlose Hörfunkversorgung zur Verfügung. Damit kann neben den 4 WDR-Programmen landesweit ein zusätzliches Programm verbreitet werden. Alterna-

Ausbau der Neuen Medien

Neue Fernsehkanäle

Zusätzliche örtliche Hörfunksender

### Satellitenfernsehen

### Großes Angebot für die Bürger

### Neue Programmideen

Gegen den reinen Kommerzfunk

- tiv bzw. in Kombination hierzu ist eine Kette örtlicher Sender kleiner Leistungen denkbar.
- Über Satellit werden zusätzlich Programme aus dem In- und Ausland, wahrscheinlich größtenteils mit kommerziellem Charakter, bundesweit ausgestrahlt werden und empfangbar sein.
- Die Sozialdemokraten Nordrhein-Westfalens werden sich dafür einsetzen, diese neuen Übertragungstechniken unter folgenden Zielvorstellungen zu nutzen:
  - Die Bürger unseres Landes sollen über ein vielfältiges Angebot an lokalen, regionalen und landesweiten Hörfunk- und Fernsehsendungen verfügen können,
  - die verschiedenartigen Interessen der Rundfunkteilnehmer sollen noch umfassender als bisher im publizistischen Gesamtangebot berücksichtigt werden,
  - immer mehr Bürger sollen sich mit Kreativität und Einfallsreichtum an der Gestaltung von Rundfunkprogrammen beteiligen können.
- 2. Eine wesentliche Chance der neuen Medien liegt in der Förderung neuer kreativer Potentiale. Sie dürfen nicht zur bloßen Vermehrung vorhandener Programme, sondern sollten zur qualitativen Erweiterung der Informationsvielfalt genutzt werden. Dazu ist es notwendig, neue Programmideen und neue kreative Kräfte (z. B. lokale Gruppen, junge Produzenten) zu fördern. Durch Verbesserung des Urheberrechts sind die Interessen der Medienschaffenden auch bei den neuen Medien zu sichern.
- 3. Im Rahmen dieser Zielvorstellungen ist die SPD bereit, auch neuen Rundfunkveranstaltern eine Chance zu geben. Auch für diese müssen allerdings die vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Organisationsgrundsätze maßgebend sein. Für die SPD Nordrhein-Westfalen sind dabei folgende Grundsätze unverzichtbar:
  - Der Rundfunk ist Faktor und Medium der öffentlichen Meinungsbildung. Er erfüllt eine kulturelle Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Er darf nicht als bloßes Mittel privater Gewinnerzielung dienen.
  - Der Rundfunk hat ein breites Spektrum an Information, Unterhaltung und Bildung anzubieten; Qualität geht vor Quantität.
  - Der Rundfunk darf nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen und nicht einer oder einzelnen gesell-

schaftlichen Gruppen ausgeliefert werden. Die gesellschaftliche Verantwortung und Kontrolle des Rundfunks ist zu sichern.

- Die Vielfalt der Meinungen muß auch in neuen Programmangeboten möglichst breit und vollständig Ausdruck finden. Die gesellschaftlich relevanten Kräfte müssen im Gesamtprogramm zu Wort kommen. Dies kann angesichts der in der Bundesrepublik Deutschland gegebenen Finanzierungsvoraussetzungen nur durch eine binnenpluralistische Organisationsform gewährleistet werden.
- Veranstalter von Rundfunkprogrammen sind verpflichtet, ökonomische Besitz- und Beteiligungsverhältnisse offenzulegen. Regionale publizistische Monopole sind ausgeschlossen.
- 4. In diesem Rahmen sind insbesondere auf lokaler Ebene gemeinnützigen, kommerziellen Organisationsformen der Vorzug zu geben. Soweit Werbung zugelassen wird, muß sie strukturell und inhaltlich ähnlichen Bindungen unterworfen werden wie in den öffentlich-rechtlichen Programmen. sollten Regelungen in Betracht gezogen werden, die die Veranstaltung mit Werbung von dem Veranstaltung von Programmen trennt und eine Verwendung der Werbeerlöse auch zur Finanzierung finanzschwächerer grammanbieter vorsieht. um Vielfalt der Information zu stärken. Ein wichtiges Ziel auf der lokalen Ebene wird es sein, die lokale Kommunikation für neue Informationsanbieter zu öffnen.

Lokale Pressemonopole dürfen nicht auf den Rundfunk ausgedehnt werden, wie überhaupt Zugangsprivilegien für die Presse verfassungsrechtlich nicht vertretbar wären.

5. Im Verhältnis der Presse zum Rundfunk und zu den neuen Medien wird zu entscheiden sein, wie sich der Anspruch der Presse auf Beteiligung an ncuen Medien zum Interesse der Öffentlichkeit an Erweiterung der Informationsvielfalt (keine Erweiterung von Pressemonopolen) verhält. Soweit die Presse von neuen Medienentwicklungen betroffen ist, muß sie selbst abwägen, inwicweit ihre Interessen eher durch Beteiligung an den neuen Medien oder umgekehrt durch Schutz vor negativen Auswirkungen, insbesondere im Bereich der Werbung. zu wahren sind.

Vielfalt der Meinungen

Kontrollierte Werbung im Privatfunk

Keine lokalen Monopole

Es kommt auf zusätzliche Informationen an

### Öffentlich-rechtliches Dach für Satellitenfunk

6. Im Bereich des Satellitenrundfunks wird sich die SPD Nordrhein-Westfalens dafür einsetzen, einem bundeseinheitlichen Ordnungsrahmen schaffen, der sicherstellt, daß die vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Grundsätze für die Organisation des Rundfunks und die Programminhalte beachtet und faire Wettbewerbsbedingungen gewährleistet wer-Dabei ist die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen bundesweiten Dachorganisation für Satellitenrundfunk durch Länderstaatsvertrag prüfen, die folgende Aufgabe hat:

- Erteilung von Sendelizenzen unter Beachtung binnenpluralistischer

Organisationsgrundsätze,

- Überwachung der Einhaltung von Programm- und Finanzierungsrichtlinien in Verbindung mit effektiven Sanktionsbefugnissen.

Unabhängig von der Zulassung neuer Programmveranstalter in Nordrhein-Westfalen wird sich das verfüobare Programmangebot durch Entwicklungen außerhalb der Landesgrenzen vermehren. In CDU-regierten Ländern, insbesondere Niedersachsen, sollen in den nächsten Jahren private, werbefinanzierte Fernseh- und Hörfunkprogramme zugelassen werden, die auch auf den NRW-Markt drängen werden.

Neben den Aktivitäten aus Niedersachsen werden für Nordrhein-Westfalen insbesondere die Projekte von Verleger-Konsortien, Bertelsmann/RTL, WAZ und des Kabelpilotprojektes Ludwigshafen von Belang sein.

Landesgesetzgeber ergibt ( Für den Regelungen sich daraus die Aufgabe, die Einspeisung solcher Programme in NRW-Kabelnetze zu erlassen. Dabei ist für Nordrhein-Westfalen von folgenden Grundsätzen auszugehen:

- Empfang der für das betreffende Gebiet gesetzlich bestimmten Pro-

gramme: obligatorisch.

- Einspeisung sonstiger ortsüblich empfangbarer Programme: ohne Genehmigung zulässig, allenfalls differenzierbar nach Gesichtspunkten technischer Empfangsqualität.

- Einspeisung sonstiger über Kabel, Fernmeldesatellit oder Richtfunk herangeführten Programme: Auswahl unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit mit dem Landesmedienrecht. Die Entscheidung ist entweder dem WDR oder einer neuen öffentlich-rechtlichen Anstalt übertragen.

### Grundsätze zur Kabeleinspeisung

Trotz der unterschiedlichen medienpolitischen Zielvorstellungen in den Bundesländern gilt nach wie vor, daß die Einheitlichkeit des Rundfunksystems ein wertvolles Gut ist, das so weit wie möglich erhalten werden sollte. Dies trifft insbesondere auf die Rundfunkversorgung über Satelliten zu, die schon von ihren technischen Voraussetzungen her nicht auf Ländergrenzen beschränkt werden kann.

8. Kabelnetze dienen der Verbesserung bzw. der Erweiterung der bestehenden drahtlosen Rundfunkversorgung, die auch künftig Vorrang haben muß. Der Anschlußzwang an Kabelnetze und der Erlaß von Antennenverboten wären mit diesem Grundsatz und dem Recht der Bürger auf Informationsfreiheit nicht vereinbar.

### Kein Anschlußzwang, kein Antennenverbot

#### 5.5 Öffentliche Finanzen

#### 5.5.1 Solide Finanzwirtschaft mit Stetigkeit und Augenmaß

Land und Gemeinden sind politisch nur dann handlungsfähig, wenn sie auch einen angemessenen Anteil an den öffentlichen Finanzen haben. Die Handlungsfähigkeit wird hier zweifach bedroht: Durch zunehmende Verlagerung von Lasten des Bundes auf die Länder und Gemeinden einerseits, durch die Finanzkrise aller öffentlichen Haushalte in allen westlichen Industrieländern seit Mitte der 70er Jahre andererseits.

#### 5.5.1.1 Ursachen der Finanzkrise

Die weltweite Rezession hat große Finanzierungslücken in allen öffentlichen Haushalten entstehen lassen. Der konjunkturelle Einbruch in 1980 erklärt jedoch nur einen Teil der Zunahme des öffentlichen Kreditbedarfs. Steuersenkungen (wie 1979 und 1981) und kreditfinan-Nachfrageprogramme haben das Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren nicht auf die erhofften Zielgrößen von vier und mehr Prozent gebracht nur dann aber wären die derzeitigen Haushaltslücken vermeidbar gewesen. Älle politischen Kräfte haben sich getäuscht: Zu hohe Wachstumserwartungen haben zu lange die finanzpolitischen Entscheidungen geprägt, so daß frühzeitige Anpassung unterblieben ist.

Die Verringerung der Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes ist begleitet von

# Zu wenig Geld für Land und Kommunen

### Auswirkungen der Wirtschaftskrise

Die richtige Haushaltspolitik in der Krise

Kredite für Investitionen stark unterdurchschnittlichen Wachstumsraten des Steueraufkommens bei Land und Gemeinden. Allein beim Land Nordshein-Westfalen sind in den 4 Jahren 1981 84 die tatsächlichen Steuereinnahmen um 27,5 Milliarden DM hinter den Erwartungen der amtlichen Steuerschätzer von März 1980 zurückgeblieben. Gleichzeitig stellen die Aufgaben der sozialen Abfederung des Strukturwandels, der Förderung von Anpassungsmaßnahmen in den Unternehmen der Problembranchen sowie die Anstrengungen zur Schaffung von Ersatz für weggefallene Arbeitsplätze erhöhte Anforderungen an den Landeshaushalt und die kommunalen Haushalte.

# 5.5.1.2 Finanz- und Haushaltspolitik in Nordrhein-Westfalen

Sozialdemokratische Finanz- und Haushaltspolitik der vergangenen Jahre in Nordrhein-Westfalen hat drei Ziele erfolgreich verfolgt:

- o In den wichtigsten Infrastrukturbereichen in Nordrhein-Westfalen wurden
  die Defizite aus den 50er und 60er
  Jahren beseitigt. Dabei standen solche Investitionen im Vordergrund, die
  für die Erhaltung und Schaffung leistungs- und wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen von besonderer Bedeutung sind.
- o Das Land Nordrhein-Westfalen hat die kommunale Selbstverwaltung durch überdurchschnittliche Leistungen an seine Städte und Gemeinden gesichert.
- o Nordrhein-Westfalen hat durch eine antizyklische und strukturpolitisch orientierte Finanzpolitik aktiv dazu beigetragen, weitere Wachstumsverluste, Strukturkrisen und Beschäftigungseinbrüche zu vermeiden. Ohne diesen notwendigen Beitrag der Finanzpolitik zur Überwindung der Wirtschaftskrise wären Hunderttausende Frauen und Männer in Nordrhein-Westfalen zusätzlich ohne Arbeitsplatz.

Dafür hat das Land Kredite aufgenommen – von 1970 bis 1983 rund 54,2 Milliarden DM netto; diesen Krediten standen im gleichen Zeitraum Ausgaben für Investitionen (im engen haushaltsrechtlichen Sinne) in Höhe von rund 90 Mrd. DM gegenüber. Aus diesen Investitionen werden die kommenden Generationen einen vielfach größeren Nutzen ziehen als Belastungen durch Zinsen und Tilgung entstehen.

Die Kreditaufnahme der vergangenen Jahre war unter den gegebenen Bedingungen unvermeidlich und richtig. Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen stehen zu dieser Finanz- und Haushaltspolitik.

#### 5.5.1.3 Haushaltspolitik der kommenden Jahre

1984 hat der Landeshaushalt ein Volumen von rund 57,5 Mrd. DM, davon werden rund 8,8 Mrd. DM durch Nettokrediter-mächtigung finanziert. Im Haushalt 1984 sind enthalten Gesamtleistungen des Landes an die Städte und Gemeinden in Höhe von 12,9 Mrd. DM, Investitionen in Höhe von 10,3 Mrd. DM, Personalausgaben in Höhe von 22,6 Mrd. DM und Zinszahlungen in Höhe von 5,4 Mrd. DM.

Wichtigstes Ziel der kommenden Jahre muß es sein, das Defizit im Landeshaus- halt bis zum Anfang der 90er Jahre auf ein längerfristig vertretbares Niveau zurückzuführen, um den Anstieg des Anteils der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben zu bremsen und der Landespolitik neuen Handlungsraum zu eröffnen.

Für die künftige Entwicklung der Kreditaufnahme gibt es eine objektive Grenze:
Hohe Kreditaufnahme belastet die öffentlichen Haushalte der nächsten Jahre mit
erheblichen Zinszahlungen. Um ein finanzielles Austrocknen wichtiger staatlicher Aufgabenfelder zu verhindern, gilt
es, sicherzustellen, daß auf Dauer die
zusätzlichen Staatseinnahmen über den
zusätzlichen Zinszahlungen liegen.

In den kommenden Jahren müssen deshalb diese Haushaltslücken – bei realistischen Wachstumserwartungen von stens l bis 2 % real jährlich im Dyrchschnitt der 80er Jahre – kontinuierlich abgebaut werden, ohne soziale Ungerechtigkeiten zu schaffen und ohne notwendige Zukunftsinvestitionen zu vernachlässigen. Sozialdemokraten treten deshalb dafür ein, daß mittelfristig die öffentliche Kreditaufnahme durch einen Kurs der stetigen Konsolidierung mit Augenmaß verringert wird. Dabei gilt es, eimerseits durch Defizitbegrenzungen die Zinsbelastungen der öffentlichen Haushalte andererseits abzubauen, Schwächung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch überzogene Kürzungen vor allem im Bereich beschäftigungsintensiver Ausgaben – zu vermeiden.

#### 5.5.1.4 Verantwortung des Bundes

Wenn die Konservativen im Bundestag und in der Bundesregierung Steuersenkungen

### Solide Finanzpolitik

## Konsolidierung ohne sozialen Kahlschlag

# Bundesregierung verschärft unsere Lage

Unternehmen oder Entlastungen des Bundeshaushaltes zu Lasten der Haushalte von Land und Gemeinden durchsetzen, so verschärfen sie nicht nur die Finanzkrise, sondern rütteln auch an den Verfassungsprinzipien des demokratischen und sozialen Bundesstaates (Artikel 20 Grundgesetz) und der gemeindlichen Selbstverwaltung (Artikel 28 Grundgesetz). Bei seiner Finanz- und Haushaltspolitik muß der Bund Sonderbelastungen einzelner Länder berücksichtigen. gilt besonders für Nordrhein-Westfalen bei der Sicherung der Kohle- und Stahlbasis im gesamtstaatlichen Interesse.

# Nettokreditaufnahme mit Augenmaß

# 5.5.1.5 Sozialdemokratische Strategie der Konsolidierung

Die Bewältigung dieser Finanzkrise erfordert die langfristige Anpassung der öffentlichen Haushalte an die Einnahmen aus einer insgesamt geringer wachsenden Wirtschaft. Der Anfang dafür ist gemacht. Seit 1982 hat der Nettokreditbedarf als Egebnis weitreichender und oft schmerzlicher Sparmaßnahmen fallende Tendenz. Nach der mittelfristigen Finanzplanung 1983 – 1987 soll die jährliche Nettokreditermächtigung bis 1987 gegenüber dem Höchststand 1981 nahezu halbiert werden.

Vernünftige Finanzpolitik verlangt Stetigkeit, Geduld und Augenmaß, um gegenüber Bürgern und Wirtschaft glaubwürdig zu sein. Zu den wichtigsten Blöcken des Landeshaushaltes wird sich sozialdemokratische Regierungspolitik an folgenden Leitlinien grientieren:

### Auf die Leistungen muß Verlaß sein

- Städte und Gemeinden müssen sich auf die finanziellen Leistungen des Landes zur Sicherung ihrer kommunalen Aufgaben verlassen können. Das Land bemüht sich, trotz seiner Konsolidierungsnotwendigkeiten den Anteil der Zuweisungen an die Gemeinden möglichst hoch zu halten.
- Unternehmen, örtliche Wirtschaft und Gewerkschaften müssen sich auf die Investitionsfähigkeit der öffentlichen Hand verlassen können; staatliche Innovations- und Technologieförderung kann nicht kurzatmig betrieben werden. Die Investitionen sollten auch in der Konsolidierungsphase auf dem Stand 1983 (nominal) gehalten werden. Ausweitungen sind mit dem Konsolidierungziel schwer zu vereinbaren, Kürzungen hier würden dem Wachstumsziel widersprechen.

- Problemgruppen müssen sich auch in schwierigen Zeiten auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen könnon. Dies ist nicht nur ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch ökonomisch vernünftig: Diese Gruppen könnten auf Kürzungen ausschließlich mit einer gesamtwirtschaftlich unerwünschten radikalen Absenkung ihrer Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen reagieren - was in der Folge auch zu einem Unterlassen von Investitionen führen müßte, weil es an kaufkräftiger Nachfrage mangelt.

Die unumgängliche Entscheidung, die Krezurückzuführen, ditaufnahme und die richtige Festlegung, daß beschäftigungs- und investitionsfördernde Staatsausgaben sowie die Leistungen des Landes für die Gemeinden und die sozial Schwachen möglichst hoch gehalten werden sollen, haben zur Folge, daß konsum-🐲 tive Ausgaben des Landes und der Gemeinden eingeschränkt werden müssen. Das bedeutet vor allem: Für die Personalhaushalte des Landes und der Gemeinden ist eine konsequente Sparstrategie unverzichtbar. Personalausgaben machen nahezu 40 % des Landeshaushaltes Gleichzeitig müssen Land und Gemeinden ihrer unmittelbaren arbeitsmarktpolitischen Verantwortung dadurch gerecht werden, daß Arbeitszeitverkürzungen und Arbeitsflexibilisierung auch im öffentlichen Dienst verwirklicht werden. Notwendiger Personalabbau muß sich entsprechend veränderter Aufgaben von Land und Gemeinden vollziehen; wesentliche neue Aufgaben – beispielsweise im Bereich des Umweltschutzes – müssen und können durch Umschichtung aus anderen Bereichen - beispielsweise aus dem Staatshochbau, dem Straßenbau und der Straßenbauverwaltung - bewältigt werden. Die Personalentwicklung bei Land und Gemeinden hängt unmittelbar zusammen mit der Bereitschaft der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, bei Bezahlung und Entlohnung im öffentlichen Dienst der Solidarität zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen mehr Gewicht geben.

Da das Land seine Einnahmen nicht aus eigener Kraft steigern kann, kann es seiner unmittelbaren arbeitsmarktpolitischen Verantwortung im Bereich der öffentlichen Beschäftigung nur in dem Maße gerecht werden, wie Angehörige des öffentlichen Dienstes – vor allem der höheren Besoldungs- und Gehaltsgruppen – bereit zu solidarischen Beiträgen sind.

Die Notwendigkeit eines kontinuierlichen Konsolidierungskurses in den näch-

### Konsequente Sparstrategie

Umschichtung auf die wichtigsten Aufgaben

# NRW plant mittelfristig:

- Krankenhäuser
- Umweltschutz
- Wirtschaft und Forschung
- ÖPNV
- Lärmschutz
- Stadterneuerung
- Wohnungsbau
- Soziale Dienste

NRW hat Anspruch auf besseren Finanzausgleich sten zehn Jahren entfiele auch nicht, wenn wider Erwarten die realen Wachstumsraten in den nächsten Jahren höher als angenommen ausfielen – er würde bestenfalls etwas weniger lange durchzuhalten sein. Es ist aber vernünftig, die Konsolidierungsstrategie mit den angenommenen niedrigen Wachstumsraten zur Grundlage einer zuverlässigen mittelfristigen Finanzplanung zu machen und diese jährlich fortzuschreiben. So kann die finanzpolitische Handlungsfähigkeit bewahrt und auch unter veränderten ökonomischen Bedingungen eine mittelfristig planvolle Politik fortgeführt werden.

#### 5.5.1.6 Politik im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung

Die derzeit gültige mittelfristige Finanzplanung für den Zeitraum bis 1987 einschließlich belegt, welche Aktivitäten in dieser unter anderem realisierbar sind:

- Ausstattung von Krankenhäusern mit modernem technischen Gerät und der Bau neuer Krankenhäuser,
- Maßnahmen zum Schutz der Umwelt: Gewässerschutz, Abwasserreinigung, Abfallbeseitigung, Immissionsschutz,
- Regionale Wirtschaftsförderung insbesondere in Stahlstandorten, aber auch außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe,
- Förderung der Forschung sowie des Transfers und der Anwendung neuer Technologien,
- weiterer Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs,
- Ausbau und, soweit verkehrspolitisch unbedingt geboten, Neubau von Landesstraßen und Straßen in kommunaler Trägerschaft sowie Lärmschutz an Straßen,
- Stadterneuerung, Wohnungsmodernisierung und Verbesserung des Wohnumfeldes in den Städten,
- Förderung des Wohnungsbaus für die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen, vor allem für kinderreiche Familien, alte Menschen und Studenten,
- weiterer Ausbau der Sozialeinrichtungen.

#### 5.5.1.7 Nordrhein-Wostfalen hat Anspruch auf Rückzahlung seiner Vorleistungen

Nordrhein-Westfalen hat Anspruch auf Abgeltung der vom Land getragenen Sonderlasten, insbesondere der Lasten aus der Sicherung der nationalen Kohle- und Stahlbasis. Eine leistungs- und lastengerechte Behandlung bei der Verteilung von Bundesergänzungszuweisungen sowie von Bundesfinanzhilfen im Rahmen von Mischfinanzierungen ist unverzichtbar.

Im Länderfinanzausgleich erhebt Nordrhein-Westfalen Anspruch auf eine sachgerechte Regelung, die endlich Einnahmen aus Förderzinsen voll in den Finanzkraftausgleich einbezieht. Die Bundesregierung ist außgefordert, noch vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Länderfinanzausgleich im Sinne eines umfassenden Finanzkraftausgleichs neu regelt und der auch den Verteilungsschlüssel der Ergänzungszuweisungen an die veränderten Finanzkraftrelationen der Länder anpaßt.

#### 5.5.2 Kommunalfinanzen

Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen bekennen sich zu einer starken kommunalen Selbstverwaltung und treten deshalb weiterhin für eine ausreichende und gerechte Finanzausstattung der Gemeinden ein.

Das Land Nordrhein-Westfalen stattet traditionell seine Kommunen weit überdurchschnittlich aus. Das gegenwärtige kommunale Finanzsystem ist an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt.

#### 5.5.2.1 Ursachen der Finanzkrise in den Gemeinden

Die Ursachen defür liegen insbesondere in dem sich beschleunigenden gezielten einer wesentlichen kommunalen Steuerquelle, der Gewerbesteuer, durch den Bundesgesetzgeber. Durch die von der konservativen Bundesregierung vollzogenen massiven Einschnitte in das soziale Netz im Bereich der Arbeitslosenhilfe, des Arbeitslosengeldes, der Ausbildungsförderung, des Wohngeldes, des Mictrechts und der Renten- und Krankenversicherung werden die betroffenen Personen immer häufiger in die Sozialhilfe abgedrängt, für die die Gemeinden aufzukommen haben.

Die Schere zwischen steigenden Sozialhilfelasten und sinkenden Steuereinnahmen öffnet sich gerade in den Gemeinden
besonders weit, die von den konjunkturellen und strukturellen Einbrüchen der
letzten Jahre ohnehin schon am stärksten betroffen sind. Die politisch ungeeigneten Eingriffe des Bundes in die Gewerbesteuer haben das bestehende Einkommensgefälle zwischen Nord und Süd wäh-

### Genügend Geld für die Gemeinden

Die Schere: weniger Einnahmen, mehr Ausgaben

> Der Bund trägt Verantwortung

### Sonderlasten Kohle und Stahl

rend der letzten drei Jahre weiter zu Lasten der nordrhein-westfälischen Gemeinden vergrößert, die wegen ihrer Struktur vor allem auf ertragsunabhängige Steuereinnahmen angewiesen sind.

Der vom Land Nordrhein-Westfalen seinen Städten und Gemeinden gewährte kommunale Finanzausgleich konnte und kann die Folgen des durch Bundesgesetze bewirkten Verfalls der originären kommunalen Finanzkraft nicht abfangen. Insbesondere Sonderlasten bei Kohle und Stahl, die das Land im gesamtstaatlichen Interesse erbringt und für die der Bund einen gerechten Ausgleich verweigert, haben im Landeshaushalt in den letzten Jahren einen dringenden Konsolidierungsbedarf entstehen lassen.

# 5.5.2.2 Nordrhein-Westfalen steht seinen Städten und Gemeinden

ΖŪ

### Finanzplanung bis 1987 qesichert

Die nordrhein-westfälischen Kommunen sollen sich auf das Land verlassen können. Im Zeitraum der Finanzplanung bis 1987 sollten deshalb Eingriffe in die geltenden Verbundregeln vermieden werden. Der Finanzausgleich zwischen den nordrhein-westfälischen Kommunen kann die bestehenden strukturellen Unterschiede nicht unberücksichtigt lassen. Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen treten deshalb auch bei den Städten und Gemeinden für die solidarische Unterstützung untereinander ein.

Seinen festen Willen, die Finanzautonomie der Gemeinden zu stärken, hat das sozialdemokratisch geführte Nordrhein-Westfalen auch dadurch unter Beweis gestellt, daß es im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs in allen zurückliegenden Jahren den allgemeinen Finanzzuweisungen, die den Gemeinden ohne Zweckbindung zur freien Verfügung bereitgestellt werden, immer den Vorrang eingeräumt hat. Diese Schlüsselzuweisungen sollen ihr Gewicht behalten. Für die kommunale Selbstverwaltung sind langfristig gesicherte Einnahmen der Städte und Gemeinden unverzichtbar. darf es einer umfassenden Gemeindefinanzreform. Verbessert werden die Möglichkeiten der einzelnen Gemeinden, selbst über das kommunale aufkommen zu entscheiden.

### Gemeindefinanzreform

5.5.2.3 Starke Städte und Gemeinden durch Gemeindefinanzreform

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wollen die originären Steuerquellen und das kommunale Hebesatzrecht sichern, da-

Wertschöpfungssteuer

mit den Gemeinden konjunktur- und krisenunempfindliche Einnahmequellen erschlossen werden. Geeignet dafür erscheint die Einführung der Wertschöpfungssteuer.

Der heute vorherrschende Verteilungskampf zwischen den Kommunen würde durch
die Stabilisierung ihrer selbständigen
Einnahmequellen entschärft. Das Land
könnte den Finanzausgleich stärker zugunsten der strukturschwachen Problemgemeinden umstrukturieren. Außerdem brächte die Wertschöpfungssteuer eine breitere Bemessungsgrundlage und damit eine
gerechtere Steuerlastverteilung. Der
einzelne Gewerbetreibende würde also insoweit entlastet.

Eine umfassende Gemeindefinanzreform muß sorgfältig vorbereitet werden. Bis dahin werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, die Gewerbesteuer als wichtigste kommunale Steuer zu erhalten und zu festigen.

Um den Gemeinden kurzfristig Entlastung zu verschaffen, unterstützen Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen den Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion, insbesondere

- die Gewerbesteuereinnahmen durch den Abbau von Vergünstigungen zu erhöhen,
- freiberuflich Tätige mit großen Praxen und Büros der Gewerbesteuerpflicht zu unterwerfen,
- den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer um 1 % zu erhöhen.

#### 5.5.3 Gegen den Irrweg der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen

Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wird von vielen Konservativen und Wirtschaftsliberalen als Beitrag zur finanziellen Entlastung der Städte und Gemeinden propagiert.

In der Praxis haben sich jedoch in vielen Fällen massive Bedenken und Einwände gegen Privatisierungsmaßnahmen bestätigt. Häufig kommt es nicht zu einer finanziellen Entlastung des bisherigen öffentlichen Trägers, weil private Unternehmen sich nach dem "Rosinen-Prinzip"
nur für jene Bereiche interessieren,
die bei guter Organisation auch in öffentlicher Trägerschaft rentabel betrieben werden können. Die Qualität der privat erbrachten Dienstleistungen verschlechtert sich oft unter dem Zwang,
Gewinne zu erwirtschaften.

### Bessere Einnahmen aus der Gewerbesteuer

Privatisierung der Dienstleistungen vielfach falsch

Wer mehr verdient, soll mehr Steuern zahlen Negative Folgen haben Privatisierungsmaßnahmen in vielen Fällen auch für die betroffenen Arbeitnehmer. Zum einen werden Arbeitsplätze abgebaut, zum anderen werden die Arbeitsbedingungen, die soziale und rechtliche Absicherung der Arbeitnehmer zum Teil erheblich verschlechtert.

Wir Sozialdemokraten lehnen daher die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen grundsätzlich ab.

Die von der Bundesregierung angekündigte und bereits begonnene Privatisierung von Unternehmen oder Unternehmensanteilen in Bundesbesitz dient in erster Likurzfristig Geld in die Kassen des Bundes zu bringen. Die mittelund langfristigen Folgen dieser Strategie sind negativ. Private Interessenten werden sich nämlich nur für Unternehmen finden, die Gewinne erwirtschaften; dem Staat blieben letztlich nur solche Unternehmen, deren Verluste dann ausschließlich vom Steuerzahler zu tragen sind. Diese Politik nach dem Motto "Privatisierung der Gewinne, Verstaatlichung der Verluste" lehnen Sozialdemokraten ab. Es darf keinen weiteren Ausverkauf des gesellschaftlichen Reichtums geben; den Schaden hätten letztlich alle Bürger.

### 5.5.4 Für eine gerechte Steuerpolitik

Steuerrecht unseres Staates wird dem Grundsatz der Besteuerung nach von Leistungsfähigkeit bestimmt: wenig verdient, zahlt keine Steuern, die Höchstverdiener sollen auch eine hohe Steuer zahlen. Während die Bundesregierung den Schwächeren große Opfer əbverlangt, fördert ihre Steuerpolitik die Tendenz, daß die Reichen noch reicher werden. Nordrhein-Westfalen wird auch künftig im Bundesrat für eine gerechtere Steuerpolitik initiativ werden, besonders im Zusammenhang mit der Diskussion über das angekündigte steuerliche Gesamtkonzept der Bundesregierung.

#### 5.5.4.1 Steuerliche Schlupflöcher verstopfen

Beispielhaft für den ganzen Bereich der Steuerpolitik ist zu nennen: Nach wie vor können sich Bürger mit sehr hohem Einkommen einer ihrer Leistungsfähigkeit entspechenden Besteuerung zum Beispiel dadurch entziehen, daß sie sich an "Bauherrenmodellen" und "Verlustzuveisungsgesellschaften" beteiligen. Die

Schluß mit unseriösen Bauherren-Modellen Folge davon ist, daß unserer Gemeinschaft Mittel verloren gehen, die durch Einschränkungen und Belastungen dann von den breiten Schichten unseres Volkes zusätzlich aufgebracht werden müssen.

Nordrhein-Westfalen hat deshalb eine Gesetzesinitiative im Bundesrat eingebracht, um Schluß zu machen mit unseriösen Bauherrengemeinschaften und Verlustzuweisungsgesellschaften. Was die Mehrheit der CDU/CSU-regierten Länder und die neue Bundesregierung aus dieser Initiative gemacht haben, reicht längstnicht aus. Nordrhein-Westfalen wird weiter um mehr Steuergerechtigkeit kämpfen.

5.5.4.2 Steuerliche Förderung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen

Nordrhein-Westfalen setzt sein Gewicht dofür ein, daß es dem Normalverdiener erleichtert wird, sich und seiner Familie ein eigenes Heim oder eine Wohnung zu schaffen. Die heute geltende Regelung ist ein Skandal, weil sie Spitzenverdiener beim Bauen mehr als doppelt so stark entlastet wie Normalverdiener. Die Förderung des Eigenheimbaus ist im Sinne der Konsumgutlösung umzugestalten; statt des bisherigen § 7 b Einkom− mensteuergesetz ist der Abzug von der Steuerschuld mit festen Beträgen, gestaffelt nach Familienstand, einzuführen. Durch die Einführung eines einheitlichen Förderungsbetrags (Eigenheimabzugsbetrag), der von der Steuerschuld abgezogen wird bzw. dem Betroffenen aus-🕽 gezahlt wird (Negativsteuer), sollen auch die Bezieher kleinerer Einkommen in den Genuß von Steuervorteilen kommen.

#### 5.5.4.3 Familienlastenausgleich

Der Familienlastenausgleich soll neu geregelt werden. Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, daß die ungerechten steuerlichen Kinderfreibeträge wieder abgeschafft werden, weil diese dazu führen, daß dem Fiskus das Kind eines Spitzenverdieners mehr als doppelt so viel wert ist wie das Kind eines Normalbürgers. Die Bundesregierung und die sic tragenden Parteien beabsichtigen offenbar, das Kindergeld in ein Familiensplitting aufgehen zu lassen – und zwar in ein Splitting, bei dem Familien mit geringerem Einkommen nicht mehr, sondern weniger Familienlastenausgleich erhalten; Familien mit höherem Einkommen

Eigenheim für den "Normalverdiener"

Kindergeld gerechter staffeln

Bundesregierung begünstigt Familien mit hohem Einkommen Steuerreform, die den Namen verdient

6. WIR IN NORDRHEIN-WESTFALEN: GEMEINSAM SCHAFFEN WIR ES

Wir in Nordrhein-Westfalen erhalten dann einen um so höheren Ausgleich, je höher ihr Einkommen ist.

Sozialdemokraten lehnen diese unsozialen, familienfeindlichen Pläne ab. Gerechtfertigt ist allein eine Erhöhung des derzeitigen Kindergeldes, das selbstverständlich in seiner Höhe sozial gestaffelt sein muß. Besondere Berücksichtigung müssen dabei alleinerziehende Elternteile erhalten.

5.5.4.4 Reform der Lohn- und Einkommenssteuer

Pauschale Steuersenkungen widersprechen dem Ziel, die Finanzkrise zu bewältigen. Steuersenkungen zu Lasten der Haushalte von Ländern und Gemeinden gefährden deren Handlungsfähigkeit und damit die Grundlage unserer staatlichen Ordnung. Dies ist besonders auch bei der Diskussion um eine Reform der Lohn-Einkommenssteuer zu berücksichtigen. Eine solche Tarifkorrektur kann nur mittelfristig angestrebt werden. Der Einkommenssteuertarif muß so geändert werden, daß steuerliche Entlastungen vor allem jenen Einkommensgruppen kommen, die erhebliche Belastungen an gestiegenen Sozialabgaben tragen müssen. Deshalb soll bei einer möglichen Tarifreform der Grundfreibetrag angehoben, die Proportionalzone beibehalten und die Progression im unteren Bereich der Progressionszone gemildert werden. Finanziert werden muß eine solche Tarifreform in allererster Linie durch das Verstopfen von Schlupflöchern im Steuerrecht und durch dem Abbau von Subventionen. Solange dies nicht geschieht, hen andere steuerliche Maßnahmen nicht zur Debatte.

### 6.1 Verantwortung für unser Land

Sozialdemokraten möchten ihre Politik zusammen mit all jenen durchsetzen, die ihr politisches und soziales Wollen am Leitbild der Solidarischen Gesellschaft ausrichten. Die Bereitschaft zum Mitmachen und die Fähigkeit zur Zusammenarbeit sind heute noch wichtiger als in den Jahren bisher.

In unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind die Zuständigkeiten für zentrale Bereiche gemeinschaftlicher Ziele aufgeteilt auf Staat und Private, auf Tarifvertragsparteien und gesellschaftliche Gruppen. Das hat gute Gründe: Jede einzelne Gruppe hat nur einen begrenzten Handlungsspielraum, wie auch der Handlungsspielraum des Staates insgesamt begrenzt ist.

Gegen den zentralistischen Machtanspruch der Konservativen vertrauen Sozialdemokraten auf eine dezentrale Machtverteilung in überschaubaren Verantwortungsbereichen. Weniger staatliche Machtkonzentration erweitert den Freiheitsraum der Bürger.

#### Für Nordrhein-Westfalen heißt das:

- Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen verträuen auf die Kompetenz von Kreisen, Städten und Gemeinden. Dies drückt sich auch darin aus, daß Nordrhein-Westfalen absolut und pro Kopf die höchsten Finanzzuweisungen an die Gemeinden gibt. Es zeigt sich auch im beharrlichen Bemühen um den Abbau überflüssiger Rechtsvorschriften.
- Unerträglich aber ist die zunehmende Neigung des Bundes, seine Probleme auf Kosten von Ländern und Gemeinden zu lösen. Damit wird der Handlungsdes Landes unverantwortspielraum lich beeinträchtigt. Der Bund versucht - immer wieder, Geld aus unseren Taschen neu zu verteilen. Das Land hat tatsächlich keine Einflußmöglichkeiten auf seine Einnahmen, gleichzeitig verschiebt der Bund Aufgaben auf das Land und die Kommunen. Verhalten ist unerträglich, denn die Schere zwischen ungenügender finanzausstattung und zunehmender Aufgabenlast öffnet sich immer weiter.

Nordrhein-Westfalen hat Vorleistungen erbracht, und es hat Anspruch auf Rückzahlung seiner Vorleistungen. Wir verlangen vom Bund deshalb unter anderem:

- einen höheren Beitrag des Bundes zur Sicherung der nationalen Kohlebasis (Steigerung des Bundesanteils an kohlepolitischen Maßnahmen),
- einen höheren Beitrag des Bundes zur Sicherung der nationalen Stahlbesis (Steigerung der Bundesmittel für Investitionszuschüsse im Rahmen des Stahlstandorteprogramms),
- einen höheren Beitrag des Bundes zur Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation (zusätzliche Bundesmaßnahmen zur Bekämpfung der Jugenderbeitslosigkeit und des Lehrstellenmangels),
- Sicherung der Montanmitbestimmung, Erweiterung der Mitbestimmung bei Einführung neuer Technologien,
- Verzicht auf die geplante Kahlschlagpolitik im Bereich der deutschen Bundesbahn,
- Erhaltung und Ausbau der vom Bund mitgetragenen Forschungseinrichtungen

## Mehr Freiraum für die Bürger

### Was NRW vom Bund fordert

Wir sind das Gegengewicht

Nichtstun ist keine Antwort in Nordrhein-Westfalen, angemessenere Berücksichtigung von Nordrhein-Westfalen bei der Vergabe von Forschungsprojekten,

 Wiederaufnahme der Modernisierungsförderung durch den Bund,

- Bau der S-Bahn im Raum Köln/Bonn,

 Verwirklichung einer Gemeindefinanzreform nach den Vorschlägen der SPD-Bundestagsfraktion.

Sozialdemokraten vertreten die legitimen Interessen der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens gegenüber dem
Bund und den anderen Ländern. Die SPD
lädt die anderen politischen Kräfte
ein, sich ebenfalls als Interessenvertreter unseres Landes zu verstehen.

#### 6.2 <u>Wir sind das Gegengewicht zur Bon-</u> ner CDU-Regierung

Die konservative Politik in Bonn hat entmutigende Folgen für viele Bürgerinnen und Bürger: Eine steigende Zahl junger Menschen bleibt ohne Hoffnung, weil ihnen der Einstieg ins Berufsleben verwehrt wird. Bei der Bonner CDU-Regierung stehen die Arbeitnehmer nicht mehr vorn, wenn es um das Abwägen von berechtigten Interessen geht. Frauen sind im besonderen Ausmaß Opfer des Sozialabbaues und der verfehlten Wirtschaftspolitik. Alte Menschen werden einfach an den Rand gedrückt.

Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen wissen, daß wir im Interesse des Landes mit der Bundesregierung kooperieren müssen. Aber die SPD ist nicht bereit, ihre Hand einer Politik zu reichen, die auf Einschränkung realer Freiheit der vielen, weniger soziale Gerechtigkeit und weniger Solidarität hinausläuft. Im Gegenteil: Sozialdemokraten müssen und werden in Nordrhein-Westfalen durch ihre Regierungsleistungen eine überzeugende Alternative zur Politik der Bundesregierung schaffen.

#### 6.3 Wer erhalten will, muß verändern

Konservative Politik wird mit den neuen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, nicht fertig. In ihrer rückwärts gewandten Ideologie haben Reformen, aktive Gestaltung und Entfaltung der Solidarischen Gesellschaft keinen Platz. Diese konservative Haltung ist kurzsichtig und gefährlich. Gerade angesichts der großen Probleme sind Reformen unentbehrlich. Nichtstun ist keine Antwort.

Sozialdemokraten sind zur rechtzeitigen Veränderung bereit. Sie handeln heute für die Zukunft unserer Kinder, weil sie wissen: Jede heute unterlassene Investition in zukunftsträchtige Arbeitsplätze, saubere Umwelt und gute Schulen muß morgen mit ungleich höherem Aufwand nachgeholt werden.

# 6.4 <u>Die SPD in Nordrhein-Westfalen: Die</u> offene Volkspartei

Nie in ihrer Geschichte haben deutsche Sozialdemokraten Krieg und Verderben über ihr Volk gebracht. Sie waren vielfach Opfer und immer Gegner jener, die ihre Politik mit den Mitteln der Gewalt durchzusetzen trachten – national und international. Sozialdemokratische Politik gründet auf Dialog und Einsicht. Sie baut auf Solidarität und streitet für mehr Freiheit und Gerechtigkeit. Die allmähliche Durchsetzung gleicher Chancen für Bildung und Ausbildung baute Schritt für Schritt den Obrigkeitsstaat ab und machte den Weg frei für den demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Diesen mühsam erworbenen Fortschritt will der zurückdrehen, der erneut die höhere Schule als Privileg der wenigen und die Elite-Universität für die Reichen gegen unser offenes Bildungssystem setzt.

Das Leitbild der Solidarischen Gesellschaft dagegen orientiert sich an der Würde und den Bedürfnissen aller Menschen. Sie erfordert das geduldige Gespräch mit den Bürgern und die Zusammenarbeit mit allen, die ihr politisches und soziales Wollen an diesem Leitbild ausrichten. Das ist unsere längerfristige Orientierung.

Die SPD will die vernünftige Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen, Kirchen und religiösen Verbänden. Grundpfeiler aller Vertrauensarbeit aber ist und bleibt die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.

Die SPD wird die große demokratische, lebendige Volkspartei bleiben, weil sie bereit bleibt, vitale gesellschaftliche Bewegungen immer wieder mit einzubeziehen: Neue soziale Bewegungen wie die Frauenbewegung, die Friedensbewegung und die Ökologiebewegung sind Herausforderungen an sozialdemokratische Lernbereitschaft und Lernfähigkeit.

Die Kraft zur Gestaltung und zur Mehrheitsfähigkeit schöpft die SPD aus der immer wieder neu zu begründenden Verbindung der arbeitenden Menschen und ihrer SPD: Die offene Volkspartei

Unser Leitbild: Die solidarische Gesellschaft

Bereit zur Zusammenarbeit

### Wir kämpfen um die Mehrheit

Familien mit denjenigen, die Freiheit in einer offenen, sozialen Gesellschaft wollen.

#### 6.5 Wir kämpfen um die Mehrheit

1980 haben die Wählerinnen und Wähler der SPD die Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen übertragen. Dieses Vertrauen hat sich gelohnt für unser Land. 1985 stellen wir uns erneut dem Urteil der Bürgerinnen und Bürger.

Wir suchen keinen Koalitionspartner. Wir kämpfen um die Zustimmung der Mehrheit zu unserem Weg.

Wir sind zuversichtlich, daß die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Nord-rhein-Westfalen der konservativen CDU-Regierung entgegentritt, daß sie für Solidarität, für das soziale und demokratische Nordrhein-Westfalen eintreten wird. Wir Sozialdemokraten sind die politische Heimat dieser Mehrheit.